

Eine Veröffentlichung des  
Niedersächsischen  
Innenministeriums



**Verfassungs-  
schutz-  
bericht 89**

ISSN-Nr.: 0930-4347

Herausgeber: Niedersächsisches Innenministerium  
Postfach 44 20, 3000 Hannover 1

Herstellung: Schlütersche Verlagsanstalt, Hannover

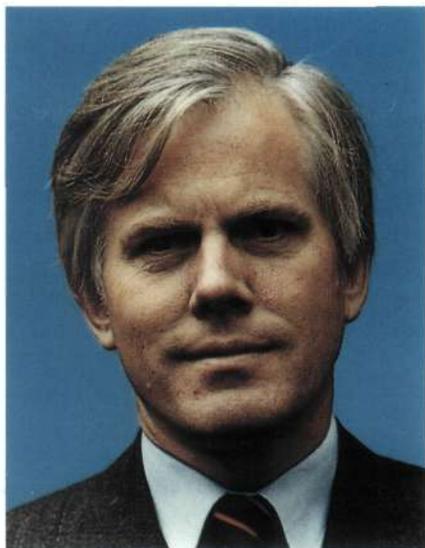
Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger!

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1989 soll in gedrängter Form einen Überblick über die gegen unsere Verfassung gerichteten Bestrebungen geben.

Der Bericht umfaßt dabei einen Zeitraum, der noch voll in die Amtszeit der früheren Landesregierung fiel, so daß auch die Entstehung und Schwerpunktsetzung des Berichts in der Verantwortung dieser früheren Landesregierung lagen.

Auch für die neue Landesregierung steht die Notwendigkeit eines effektiven Verfassungsschutzes außer Frage. Seine Arbeit ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens unserer freiheitlichen Demokratie. Selbst angesichts vielfältiger politischer Veränderungen, die in diesem Bericht genannt sind, und weiterer Entwicklungen ist noch keineswegs ein Zustand erreicht, in dem es eine Gefährdung unserer Verfassungsordnung nicht mehr gibt.

Neben den Veränderungen in der Arbeit des Verfassungsschutzes aufgrund der politischen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa wird es eine wichtige organisatorische Änderung geben, wenn die jetzige Verfassungsschutzabteilung meines Ministeriums in ein Landesamt unter Aufsicht des Innenministeriums umgewandelt wird. Die Absicht der Landesregierung ist dabei klar: Durch diese Konstruktion soll die Aufsicht über die Arbeit des Verfassungsschutzes intensiviert werden. Hierzu bedarf es allerdings zunächst gesetzgeberischer Maßnahmen, insbesondere einer Änderung des Verfassungsschutzgesetzes, das im übrigen wesentliche Neuregelungen im Bereich des Datenschutzes und der Befugnisse



des Verfassungsschutzes enthalten wird.

Gleichzeitig soll der Personalbestand der Verfassungsschutzbehörde angesichts der neuen politischen Entwicklung auf die unabdingbare Stärke abgebaut werden. Diese für den Verfassungsschutz ins Auge gefaßten Veränderungen haben nichts Spektakuläres an sich.

Organisation, Arbeitsweise und Personalausstattung des Verfassungsschutzes werden lediglich aktuellen Erfordernissen angepaßt und damit wird sichergestellt, daß der Verfassungsschutz als ein wirksames, rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechendes Instrument zum Schutze unserer Bürger vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Spionage eingesetzt wird.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Gerhard Glogowski'. The signature is fluid and cursive.

Gerhard Glogowski  
Niedersächsischer Innenminister

Vorwort	3
Überblick	10

## **LINKSEXTREMISMUS**

<b>Orthodoxer Kommunismus</b>	12
DKP	12
DKP in Niedersachsen	20
Nebenorganisationen der DKP	22
SDAJ	22
MSB	24
JP	25
<b>DKP-beeinflußte Organisationen</b>	25
VVN-BdA	26
DFU	28
<b>Dogmatisch-extremistische „Neue Linke“</b>	29
„Marxistische Gruppe“ (MG)	29
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	31
„Kommunistischer Bund“ (KB)	32
„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	34
„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)	36
„Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (Volksfront)	37
„Radikale Linke“	37
<b>Undogmatischer Linksextremismus</b>	38
Allgemeine Entwicklung	38
„Autonome“	38
<b>Besondere linksextremistische Aktionsfelder</b>	40
„Antifaschismuskampf“	40
Einflußnahme von Linksextremisten auf die „Anti-Kernkraft-Bewegung“	42
Aktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstedt	42
<b>Linksextremistischer Terrorismus</b>	44
„Rote-Armee-Fraktion“ (RAF)	44
„Revolutionäre Zellen“ / „Rote Zora“	45
Anschläge 1988/89	48

# RECHTSEXTREMISMUS

Grundsätzliche Merkmale und Differenzierungen	50
Mitglieder-Entwicklung	51
Zur allgemeinen Lage des Rechtsextremismus	52
Entwicklungen und Tendenzen	54
<b>Neonazistische Bestrebungen</b>	56
„Die Bewegung“	56
Zur Entwicklung der „Gesinnungsgemeinschaft“ um den Neonazi KÜHNEN	56
Zur Entwicklung der „Gesinnungsgemeinschaft“ um die Neonazis MOSLER und HEIDEL	58
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	59
FAP-Aktivitäten in Niedersachsen	62
„Nationalistische Front“ (NF)	64
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	64
„Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)	64
„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO)	64
Weitere herausragende Aktivitäten von Neonazis	66
Aktionen von Neonazis anlässlich des 100. Geburtstags HITLERS	66
Demonstration zum 2. Todestag von Rudolf HESS	66
<b>„Nationaldemokratischer“ Rechtsextremismus</b>	67
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	67
Teilnahme an Wahlen	67
Europawahl	67
Zum Verhältnis NPD / „Republikaner“	69
Bundesparteitag der NPD	69
Reaktionen der NPD auf die Veränderungen in der DDR	70
Aktivitäten der NPD in Niedersachsen	70
„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	72
Allgemeine Entwicklung	72
JN-Bundeskongreß	72
JN-Landeskongreß	72
<b>„National-freiheitlicher“ Rechtsextremismus: DVU</b>	73
Zur Entwicklung der DVU in Niedersachsen	76
Reaktionen des „nationalfreiheitlichen“ Rechtsextremismus auf die DDR-Entwicklung	77

<b>Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen</b>	77
„WIKING-JUGEND e.V.“	77
Rechtsextremistische Gruppenbildung in Hann.-Münden	79
Rechtsextremistischer „Treffpunkt“ HETENDORF weiter in den Schlagzeilen	79
Überblick über das rechtsextremistische Potential innerhalb der Skinhead-Bewegung in Niedersachsen	82

## AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Allgemeine Entwicklung	84
„Provisional Irish Republican Army“ (PIRA)	84
<b>KURDEN</b>	85
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	85
„Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (KOMKAR)	88
„Befreiungsbewegung Kurdistans“ (TEVGER)	88
„Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V.“ (KKDK)	89
<b>Türken</b>	89
Linksextremistische Organisationen	89
„Devrimci Isci“	89
„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L)	90
„Konföderation türkischer Arbeitervereine in Europa“ (ATIK)	90
„Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF)	91
„Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.“ (DIDF)	91
<b>Islamische Extremisten</b>	91
„Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) (AVRUPA-MILLI-GÖRUS-TESKILATLARI)	91
„Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln“	92
<b>Extreme Nationalisten</b>	92
„Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)	92
<b>ARABER</b>	92
Schiitische Extremisten	92
„Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)“	93

<b>IRANER</b>	93
Anhänger der iranischen Regierung	94
Union der Islamischen Studentenvereine in Europa,, (U.I.S.A.)	94
Gegner der iranischen Regierung	94

<b>SPIONAGEABWEHR</b>	96
-----------------------	----

<b>GEHEIMSCHUTZ</b>	100
---------------------	-----

<b>ÖFFENTLICHKEITSARBEIT</b>	102
------------------------------	-----

# Überblick in Zahlen

Organisationen	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	
Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen)		
- Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	etwa 41000	ca. 56000
- Mitglieder linksextremistisch beeinflußter Organisationen <sup>1)2)</sup>		etwa 40000 (4600)
- Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen	35900	(28300)
Orthodoxer Kommunismus		
- Kernorganisationen <sup>1)</sup> (DKP, SEW)	25000	(39500)
- Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	6700	(15900)
- beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>		53000 (60000)
„Neue Linke“		
- Revolutionäre Marxisten		
- Kernorganisationen <sup>1)</sup>	9200	(7100)
- Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	500	(500)
- beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>		1600 (1400)
- Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre (terroristisches Umfeld)	4500	(4000)
Rechtsextremisten		
- Neonazis	1110	(1320)
- „Nationaldemokratische“ Organisationen	8000	(7250)
- „National-freiheitliche“ Organisationen <sup>3)</sup>	25000	(18600)
- sonstige Vereinigungen	3200	(3200)
Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern	97250	(101600)
- Islamisch-extremistische Gruppen	17450	(17650)
- Extremistisch-nationalistische Gruppen	8950	(9700)
- Rechtsextremistische Gruppen	3400	(3400)
- Linksextremistische Gruppen	67450	(70850)

(Vergleichszahlen 1988 in Klammern)

Abzüge für Mehrfachmitgliedschaften lassen sich nur auf Bundesebene erfassen und sind deshalb in der Zusammenfassung (oberste Spalte) nur für den Bundesbereich berücksichtigt.

Niedersachsen		Organisationen
etwa 2900	(4400)	Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen) - Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen <sup>1)</sup> - Mitglieder linksextremistisch beeinflußter Organisationen <sup>1)2)</sup> - Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen
3400	(2700)	2345 (2460)
1800	(2600)	Orthodoxer Kommunismus - Kernorganisationen <sup>1)</sup> (DKP, SEW) - Nebenorganisationen <sup>1)</sup> - beeinflußte Organisationen <sup>1)2)</sup>
300	(800)	2300 (2400)
} 445	(440)	„Neue Linke“ - Revolutionäre Marxisten - Kernorganisationen <sup>1)</sup> - Nebenorganisationen <sup>1)</sup> - beeinflußte Organisationen <sup>1)2)</sup> - Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre (terroristisches Umfeld)
300	(300)	45 (60)
70	(70)	
100	(170)	Rechtsextremisten - Neonazis - „Nationaldemokratische“ Organisationen - „National-freiheitliche“ Organisationen <sup>3)</sup> - sonstige Vereinigungen
900	(855)	
2250	(1500)	
150	(140)	
4320	(4325)	Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern - Islamisch-extremistische Gruppen - Extremistisch-nationalistische Gruppen - Rechtsextremistische Gruppen - Linksextremistische Gruppen
2080	(1980)	
560	(650)	
20	(35)	
1660	(1660)	

Vergleiche Erläuterungen auf der folgenden Seite.

## Erläuterungen

<sup>1)</sup> **Kernorganisationen** sind Parteien und Gruppierungen, die die führende Kraft in dem jeweiligen politisch-extremistischen Lager bilden.

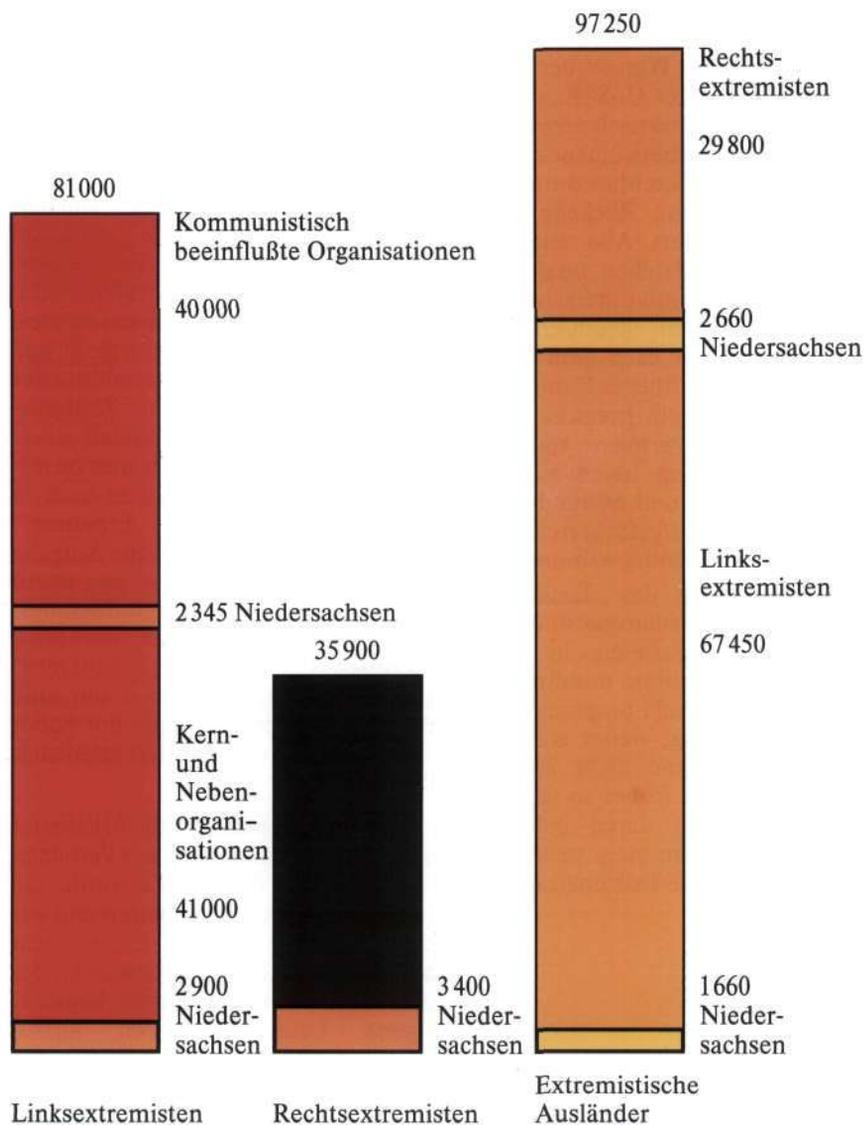
**Nebenorganisationen** sind Vereinigungen, die sich selbst offen als einer Kernorganisation politisch verbunden bezeichnen, deren führende Rolle anerkennen und in allen maßgeblichen Funktionen von Mitgliedern der Kernorganisation besetzt sind. Sie sind jedoch aufgrund einer eigenen Satzung, eigener Führungsgremien und eines mit dem der Kernorganisation nicht identischen Mitgliederbestandes in organisatorischer Hinsicht selbständig.

**Beeinflußt** sind Organisationen und Initiativen, auf die eine Kernorganisation sich in ihrem Bemühen stützt, möglichst viele Bürger für ihre jeweiligen Ziele zu mobilisieren; sie erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber erheblich von der Kernorganisation beeinflusst.

<sup>2)</sup> Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen ausgerückt. Mitglieder von Initiativen wurden hier nur dann erfaßt, wenn ein organisatorischer Zusammenhalt und eine Mitgliederstruktur gegeben sind.

<sup>3)</sup> Dr. Frey gibt eine höhere Mitgliederzahl an.

## Bundesgebiet / Niedersachsen



# Orthodoxer Kommunismus

Der ehemals monolithische Block des sogen. orthodoxen Kommunismus, in Europa repräsentiert durch die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR, ist im Jahre 1989 politisch faktisch zerfallen. Die bis dahin alles überwölbende und einigende Ideologie des Marxismus-Leninismus ist auf dem Rückzug und langfristig diskreditiert. Alle osteuropäischen Staaten vollziehen, unabhängig voneinander und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, gesellschaftliche Umgestaltungen nach dem Vorbild westlicher freiheitlicher Demokratie. Die ehemals allein herrschenden kommunistischen Parteien müssen sich zunehmend dem freien Votum ihrer Bürger stellen und Minderheitspositionen in breit aufgefächerten pluralistischen Strukturen hinnehmen.

Vom Niedergang des staatlichen Kommunismus in Osteuropa sind alle kommunistischen Parteien in den westlichen Demokratien unmittelbar betroffen. Tiefgreifende programmatische Verunsicherung, weiter schwindende Akzeptanz und nicht zuletzt radikaler Entzug der früher so reichlichen Unterstützung durch östliche Bruderparteien stellen viele westliche Kommunisten vor die Existenzfrage.

## DKP

Schon zu Beginn des Jahres 1989 geriet die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) in eine schwere Krise. Der auf dem 9. Parteitag im Januar

offen ausgetragene Streit um die künftige Entwicklung der Partei eskalierte. Die traditionalistisch-dogmatische Parteimehrheit versuchte mit allen Mitteln, die Verselbständigung der immer hartnäckiger drängenden reformbereiten „Erneuerer“ zu unterbinden.

Im Gegensatz zu den Positionen der „Bewahrer“ haben die „Erneuerer“ in der Partei zu kritischen Reflexionen insbesondere in Richtung auf das Parteiverständnis, aber auch zu politischen Grundfragen gefunden. Die tiefgreifenden Unterschiede zwischen „Traditionalisten“ und „Erneuerern“ z.B. über allgemeine Menschheitsfragen, zur Rolle des Klassenkampfes, zum Verhältnis von Reformen und Revolution und zur Ausgestaltung des sogen. „demokratischen Zentralismus“ als Organisationsmodell einer kommunistischen Partei waren unverkennbar. Andererseits gab es auch in den Überlegungen der „Erneuerer“ weiterhin Aussagen, die keine Aufgabe von klassischen Positionen und damit keine Abkehr von den verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der DKP erkennen ließen. Den „Erneuerern“ ging es vorrangig zunächst um eine Politik im neuen Gewande mit hoher Transparenz und innerparteilicher Demokratie.

In einem Appell „An alle Mitglieder der DKP“ vom 13. Mai in der Parteizeitung „Unsere Zeit“ (UZ) wurde die Einheit der Partei beschworen und vor einer Spaltung gewarnt. Es sei nicht hinzunehmen, daß die Minderheit der „Erneuerer“ in der Partei beginne, eigene Leitungsstrukturen aufzubauen und damit praktisch eine zweite Partei in und neben der DKP zu errichten. Sollten sich Funktionäre nicht an die Beschlüsse des 9. Parteitages hal-

# infodienst

Für DKP-

Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen

**„ . . . daß sich alle in diesem Land wohl und geborgen fühlen!“**

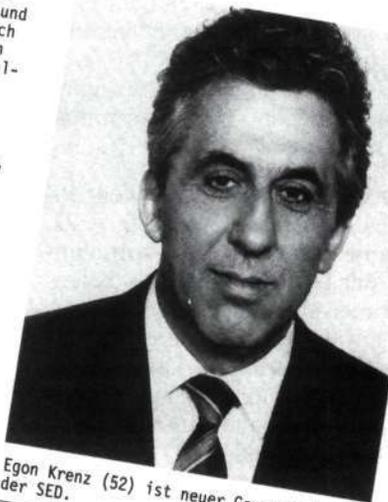
**Die Wünsche der DKP zum 40. Jahrestag der DDR**

DKP-Parteivorsitzender Herbert Mies wünschte der DDR zum 40. Geburtstag, den Sozialismus und das Land "so attraktiv und überzeugend zu gestalten", daß "alle sich in ihm geborgen fühlen, statt den Wunsch zu haben, es zu verlassen." Die Veranstaltung der DKP stand unter dem Motto "40 Jahre DDR - 40 Jahre deutscher Staat des Friedens und des Sozialismus".

Trotz aktueller Probleme und Widersprüche, die es zu bewältigen gelte, habe die DDR gezeigt und zeige, "daß der Sozialismus auch auf deutschem Boden lebens- und entwicklungsfähig ist, daß er eine reale und besserungsfähige Alternative zur Ausbeuter- und Zweidrittelgesellschaft des Imperialismus ist".

Mies warnte davor, die DDR aushebeln zu wollen, um wieder ein deutsches Reich in den Grenzen von 1937, als die Nationalsozialisten die Macht hatten, zu installieren. Zugleich warnte er vor der heuchlerischen Aufforderung, daß die DDR zu Reformen wie in der Bundesrepublik kommen müsse: Eine Steuerreform, eine Gesundheitsreform oder eine Rentenreform, die die soziale Sicherheit der Bürger noch weiter einschränke, brauche die DDR genau nicht.

Herbert Mies fand aufmerksame Zuhörer in Günter Rettner, Mitglied des Zentralkomitees der SED, sowie in den Botschaftern aus der DDR, der UdSSR, aus Kuba, Polen, Rumänien, CSSR, Ungarn und Vietnam sowie der Freiheitsbewegung Farabundi Martí aus



Egon Krenz (52) ist neuer Generalsekretär der SED.

El Salvador. Die wirtschaftliche Weiterentwicklung und die neuen höheren Bedürfnisse der Menschen verlangten "aber auch neue Herausforderungen hinsichtlich der Weiterentwicklung des politischen Systems der sozialistischen Demokratie, Herausforderungen auf dem Gebiet neuer idealer und geistiger Ansprüche der gut ausgebildeten Menschen, wie sie der Sozialismus hervorbringt".

ten, müßten die nötigen Konsequenzen gezogen werden.

Am 27. Mai wählte der DKP-Parteivorstand die führenden „Erneuerer“ Birgit RADOW und Werner STÜR-MANN aus dem 20köpfigen Präsidium ab. Beide hatten sich bis zuletzt – auch öffentlich – für die Sache der „Erneuerer“ eingesetzt und weitere „Strömungstreffen“ angekündigt. RADOW und STÜR-MANN verblieben aber weiterhin im Vorstand (insgesamt 98 Mitglieder), über dessen Zusammensetzung nur ein Parteitag entscheiden kann. Präsidium und Sekretariat als maßgebliche Führungsorgane der DKP schienen frei von „Erneuerern“ zu sein. Die Minderheitenbewegung in der DKP war damit aber nicht zerschlagen. Es gärte in den meisten Landesorganisationen. Die „Erneuerer“ bereiteten zielgerichtet einen „Kongreß Erneuerung“ vor. Die „Verfestigung von Strömungen“ (DKP-Terminus) deutete sich an.

Unter den mehr als 2.000 Teilnehmern des Kongresses vom 20. – 22. Oktober in Frankfurt/M. – vornehmlich aus der DKP-Minderheit – befanden sich auch ehemalige Mitglieder der Partei sowie Sympathisierende aus anderen Organisationen. Die traditionalistische Parteiführung hatte elf Präsidiumsmitglieder und fünfzig weitere Funktionäre aufgeboten, an ihrer Spitze die stellvertretende Vorsitzende Ellen WEBER. Anwesend waren auch Repräsentanten der SED.

Der Kongreß sollte zur „linken“ Strategieentwicklung und Marxismusdiskussion beitragen sowie Anstöße für die DKP geben. Dazu wurde in Arbeitsgruppen u.a. über Parteiverständnis, Imperialismus und Reformalternative sowie Sozialismus-Per-

spektive diskutiert. Eingerichtet wurde ein Büro in Köln und ein Koordinationsausschuß, vorgesehen eine regelmäßige „Korrespondenz Erneuerung“. Durch eine Arbeitstagung zum Jahreswechsel und eine spätere Strategiekonferenz wollte sich die „Erneuerer“-Bewegung weiter festigen.

„Erneuerer“ sprachen nach dem Kongreß von einer „gewachsenen Souveränität“. Wenn die DKP-Spitze halsstarrig bleibe, werde die Partei einen großen Teil jener Mitglieder verlieren, die offensichtlich auch für andere Linke interessant seien. Für die Parteiführung erklärte Rolf PRIEMER (Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats), die Chancen des Dialogs seien nach dem Frankfurter Kongreß eingeschränkt. Die DKP müsse nun entscheiden, ob dem „Konzept der Vernunft des Parteivorstandes oder dem Konzept der Unvernunft der Parteioption“ gefolgt werden solle.

In den osteuropäischen Staaten zeichneten sich zu diesem Zeitpunkt bereits weitreichende Reformtendenzen ab. Für den DKP-Chef MIES schien die DDR Welt freilich noch in Ordnung. Auf einer Festveranstaltung „40 Jahre DDR – 40 Jahre deutscher Staat des Friedens und des Sozialismus“ am 4. Oktober prangerte er „krisenhafte Entwicklungsprozesse in einigen sozialistischen Ländern“ an. Es gehe nicht nur um den Sozialismus in diesen Ländern selber, sondern zugleich um die gemeinsamen Interessen aller Kräfte des Sozialismus und um den Frieden. Gemeint war nicht etwa die DDR, der die Bewohner in Scharen davonliefen, sondern die Reformländer Polen und Ungarn.

Zum Wechsel von HONECKER zu KRENZ am 18. Oktober betonte MIES,

Veranstaltung des DKP-Parteivorstands

# Gute Wünsche zum 40. DDR-Geburtstag

Unter dem Motto: „40 Jahre  
DDR – 40 Jahre deutscher  
Staat des Friedens und des  
Sozialismus“ stand die  
Veranstaltung des DKP-  
Parteivorstands aus Anlaß  
des Jahrestages in  
Düsseldorf.

Herbert Mies, der Vorsitzende der  
DKP, nannte die Gründung der DDR  
vor vierzig Jahren „eine geschichtliche  
Konsequenz“ aus der durch die  
Separierung der damaligen Westzonen  
vollzogene Spaltung Deutschlands. Die  
40 Jahre DDR hätten gezeigt, daß es  
möglich ist, ohne die Herrschaft des  
Kapitals zu leben. Trotz aktueller  
Probleme und Widersprüche, die es  
zu bewältigen gelte, habe die DDR  
gezeigt und zeige, „daß der Sozialismus  
auch auf deutschem Boden lebens- und  
entwicklungsfähig ist, daß er eine reale  
und machbare, wenn auch immer noch  
weiter verbesserungsfähige Alternative zur  
Ausbeuter- und Zweidrittelgesellschaft  
des Imperialismus ist“.

Unter dem Beifall der Veranstaltungsteilnehmer, unter ihnen das  
Mitglied des Zentralkomitees der  
SED, Günter Rettner, der Leiter der  
Ständigen Vertretung der DDR in der  
Bundesrepublik, Horst Neubauer, der  
Botschafter der UdSSR in der  
Bundesrepublik, Juli Kwizinskij, und Ver-

treter der Botschaften Bulgariens,  
Kubas, Polens, Rumäniens, der  
CSSR, Ungarns und Vietnams sowie  
der Freiheitsbewegung Farabundi  
Marti aus El Salvador wünschte  
Herbert Mies der DDR und ihrer  
führenden Partei, der SED, Erfolge bei  
der Fortsetzung ihrer Friedenspolitik  
und bei ihren Anstrengungen, den  
Sozialismus zu sichern. Es gelte,  
ihn „so attraktiv und überzeugend zu  
gestalten“, daß „alle sich in diesem  
Land wohl und geborgen fühlen,  
statt den Wunsch zu haben, es zu  
verlassen“.

Er warnte vor Versuchen, eine „Korrektur“  
der Nachkriegsentwicklung auf die  
Tagesordnung zu setzen und vor  
„jeder Art von Wiedervereinigungsträumen“.

Ihren kämpferischen, begeisternden,  
aber auch nachdenklich stimmenden  
Beitrag zu diesem Jahrestag leisteten  
die DDR-Künstler Hans-Peter Minetti  
und Ekkehard Schall und ihr  
Piavon Brecht (Freiheit und Democracy  
u. a.), Claus Hammel (Poem über den  
Parteiarbeiter) und Goethe (Faust I).  
Sie handelten dabei, so Hans-Peter  
Minetti in seiner Einführung in das  
Programm, nach dem Brecht-Wort:  
„Weil wir dieses Land verbessern,  
lieben und beschirmen wirs“. Mit viel  
Beifall und roten Nelken dankten die  
Versammlungsteilnehmer den  
Künstlern für ihren engagierten Auftritt.

-sch

die DKP begrüße den neuen Kurs und den Willen zum Dialog mit allen – auch kritischen – Kräften, die „dem Sozialismus verbunden“ seien. Für KRENZ galt noch zu diesem Zeitpunkt: „Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition!“ Die Macht der Arbeiterklasse unter Führung der Partei dürfe nicht angetastet werden.

Wenige Tage nach seinem Amtsantritt empfing KRENZ am 26. Oktober in Berlin (Ost) die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen WEBER. Sie begrüßte die von der SED eingeleitete Wende, die sich positiv auf die „Kampfbedingungen“ der DKP auswirken werde. KRENZ bekundete enge Verbundenheit mit den Kommunisten in der Bundesrepublik.

In der UZ vom 25. November bestätigte die Parteiführung „veränderte Bedingungen der politischen und materiellen Solidarität zwischen kommunistischen Parteien“. Am 27. November fuhr MIES nach Berlin/Ost. Zwar sprachen MIES und KRENZ noch von der „traditionellen Verbundenheit“ ihrer Parteien, erstmals war jedoch auch die Rede von deren „völliger Eigenverantwortlichkeit“. Das DKP-Präsidium attestierte eine „äußerst schwierige Finanzlage“. Der Unterhalt der Partei, der bisher auch durch „internationale Solidarität“ ermöglicht worden sei, solle ausschließlich auf „Eigenerwirtschaftung“ umgestellt werden. Damit war auch nach außen klargeworden: Die radikale Wende in der DDR und der Stopp der konspirativen Finanzierung stellte die Partei vor die Existenzfrage. In Mitleidenschaft gezogen wurden auch solche Organisationen und Einrichtungen, deren Abhängigkeit von der DDR für Außenstehende nicht ohne weiteres

erkennbar war und die deshalb ihre von den Verfassungsschutzbehörden festgestellte kommunistische Steuerung stets bestritten hatten. Unter dem Datum 13. Oktober 1989 hatte die SED entsprechend ihrer Praxis der Vorjahre einen Finanzplan 1990 für die DKP mit einem Volumen von 67,9 Mio. DM erstellt, der dem damaligen SED-Generalsekretär Erich HONECKER zur Entscheidung vorgelegt und von diesem am 15. Oktober 1989 gebilligt wurde (siehe Anlage). Dieser Finanzrahmen mußte aufgrund der Entwicklung in der DDR allerdings später zunächst auf 46,5 Mio. DM gekürzt werden, bevor schließlich die Finanzierung der DKP eingestellt wurde.

Am 5. Dezember sprach das DKP-Präsidium von einer „dramatischen Entwicklung“, vom „Zusammenbruch der bisherigen finanziellen Grundlagen“. Alle Beschäftigungsverhältnisse beim Parteivorstand wurden beendet, ähnliche Maßnahmen auch in den Bezirken eingeleitet. In der Zukunft soll die Partei fast völlig auf hauptamtliche Funktionäre verzichten. Viele langjährige Mitarbeiter wurden dadurch zum „Sozialfall“. Zum Teil waren unzureichende Rentenversicherungsbeiträge abgeführt wurden, zumal neben dem gering gehaltenen Gehalt „schwarze“ Gelder gezahlt wurden. Mietverträge für Parteibüros der DKP wurden gekündigt. Die UZ, die allein für Personal jährlich weit mehr als 2 Millionen DM Kosten verursachte, wurde ab 1. Januar 1990 auf wöchentliches Erscheinen umgestellt. Verlag und Druckerei der UZ müssen Massenentlassungen vornehmen. Mehrere hundert Stadt- und Betriebszeitungen fielen dem Rotstift zum Opfer. Die kommunistische „Progress Presse Agentur“, die etwa 15 Redak-



SED

HAUPTMITTEILUNG

An Generalsekretär Genossen Monecker	Von Abteilung J. Cebulla	Datum	13.10.89	Erstzugriff .....
		Telefon-Nr.		
Betr.				

Werte Genosse Monecker!  
 Nachstehend übermittle ich Dir den Finanzplan der DKP für das Jahr  
 1990.

Im einzelnen schlüsselt er sich wie folgt auf:

1. Fonds I - für die Hauptkasse des ZK der SED
  2. Fonds II - Staatssekretär für Koordinierung, Gen. Schalck
- Aus dem Fonds I müßten folgende Mittel bereitgestellt werden:

- a) Für Partei, Jugendorganisationen, befreundete Organisationen usw.  
= monatlich 4.020.833,- DM
- b) Sonderausgaben für die Wahlen, Friedensaktionen

48.250.000,- DM

4.400.000,- DM

52.650.000,- DM

Aus dem Fonds II - Staatssekretariat für kommerzielle Koordinierung - müßten folgende Mittel bereitgestellt werden:

- a) Tageszeitung UZ
- b) Zuführung für Druckaufträge aus der DDR  
Druckerei Plämbeck & Co.
- c) Meska Druck Portuguesa, Portugal
- d) Stütze des Reisebüros Hansa-Tourist

10.500.000,- DM

1.500.000,- DM

3.000.000,- DM

250.000,- DM

15.250.000,- DM

# Linksextremismus

Im Vergleich zum Vorjahr besteht ein Minderverbrauch bei

Fonds I a) von 4.916.000,- DM

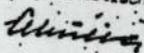
Fonds II von 3.000.000,- DM

Mit dem Fonds I und II ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von

7.916.000,- DM

Ich bitte um Deine Zustimmung.

Mit sozialistischem Gruß



J. Cebulla

teure beschäftigte, wurde eingestellt. Das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt und die aufwendigen Schulungseinrichtungen sind in Frage gestellt.

Gravierende Auswirkungen hat der Stopp der Geldzufuhr aus der DDR auch für die Bündnisorganisationen der DKP:

- Die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) steht vor dem Ruin. Die hauptamtlichen Mitarbeiter wurden entlassen und die Büros gekündigt.
- Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) muß ihre Arbeit auf Bundesebene einstellen. Die Bundeszentrale in Frankfurt/M. wurde aufgegeben, den etwa 50 hauptamtlichen Mitarbeitern dort und in den Landesverbänden gekündigt. Einige der rechtlich selbständigen Landesverbände stehen vor der Auflösung. Für Niedersachsen erklärte der Landesschatzmeister Werner MÜLLER, daß die Arbeit in dem bisherigen Umfang wahrscheinlich nicht mehr weitergeführt werden könne.
- Die von der DFU getragene Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ gab zu, wegen des Ausbleibens materieller Unterstützung ihre Hilfeleistungen einschränken zu müssen.
- Der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V.“ (BdWi) beklagte sinkende Beiträge und Spenden.
- Die DKP-gesteuerte „Akzent Handelsgesellschaft mbH & Co. KG“ (Düsseldorf) mußte ein Vergleichsverfahren beantragen. Begründet wurde dies mit den Entwicklungen in der DDR und einem „katastro-

phalen“ Umsatzrückgang. Die 27 Buchhandlungen wurden geschlossen. In einigen Fällen versuchten Mitglieder, durch „Selbsthilfeaktionen“ die Buchhandlungen auf eigene Rechnung weiterzuführen.

Der „Pahl-Rugenstein-Verlag“ in Köln mit dem Renommierobjekt „Blätter für deutsche und internationale Politik“ meldete Konkurs an. Die „Volkszeitung“, Bündnisorgan der DKP mit einer Auflage zwischen 30.000 und 35.000 Exemplaren, stellte ihr Erscheinen ein.

Der plötzliche Notstand dieser Organisationen und Objekte zeigt das ganze Ausmaß der Abhängigkeit von der DDR. MIES sprach nun öffentlich davon, daß die „finanzielle Solidarität seitens der SED“ eingeschränkt worden sei. Noch im August hatte die DKP-Führung die Feststellungen des Verfassungsschutzes über die Fremdfinanzierung durch die SED als „uralte Lüge“ und die Rechenschaftsberichte der DKP an den Präsidenten des Deutschen Bundestages als „korrekt“ bezeichnet.

Der DKP-Parteivorstand beschloß am 16. Dezember, einen ordentlichen Parteitag für den 24./25. März 1990 einzuberufen. Forderungen nach Rücktritt des Präsidiums und des Sekretariats lehnte er mehrheitlich ab.

Weiter wurde ein Beschluß „Für den Erhalt und die Reorganisation der DKP – für einen realistischen Neuanfang“ verabschiedet. Die DKP solle als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse erhalten und auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin erneuert werden. Die Trennung der „Erneuerer“ von der Partei sei überfällig gewesen, da das Parteiverständnis von Mehrheit und Minderheit unvereinbar sei.

Damit beharrte die DKP auf Positionen, die die Bruderpartei SED (später PDS) in dieser Eindeutigkeit bereits längst nicht mehr öffentlich zu formulieren wagte. Die DKP blieb immer mehr hinter den Reformbemühungen anderer kommunistischer Parteien zurück und hinkte am Jahresende ideologisch hinter allen anderen her.

Die „Erneuerer“ vermochten aus der Starre der Parteiführung indessen keine Vorteile zu ziehen. Sie blieben nach erstem Reformschwung im Sommer hinter ihren Erwartungen zurück. Auch sie sind inzwischen von der verbreiteten Agonie des Kommunismus ergriffen. Ihre bislang unausgereiften Visionen eines modernisierten Sozialismus – mit Meinungspluralismus zur „sozialistischen Umwälzung“ – sind ebenso wie andere Versuche der Neuformierung einer „Radikalen Linken“ geprägt vom Trauma des Verlustes der marxistischen Grundorientierung, weshalb sie mit allen Mitteln an der Fiktion einer „sozialistischen DDR“ festhalten und gegen alle Einigungsabsichten protestieren.

Viele Mitglieder resignierten angesichts der anhaltenden Unbeweglichkeit der Parteiführung und verließen die Partei, andere zogen sich abwartend zurück. Der ehemals breitgefächerte Aktionismus ging erheblich zurück. Am Ende des Jahres sind der DKP bundesweit nur noch ungefähr 22.000 Mitglieder zuzurechnen. Diese Zahl dürfte sich 1990 weiter erheblich vermindern.

## **DKP in Niedersachsen**

Von der Krise der DKP war von Anfang an auch die Bezirksorganisation Niedersachsen betroffen. Der

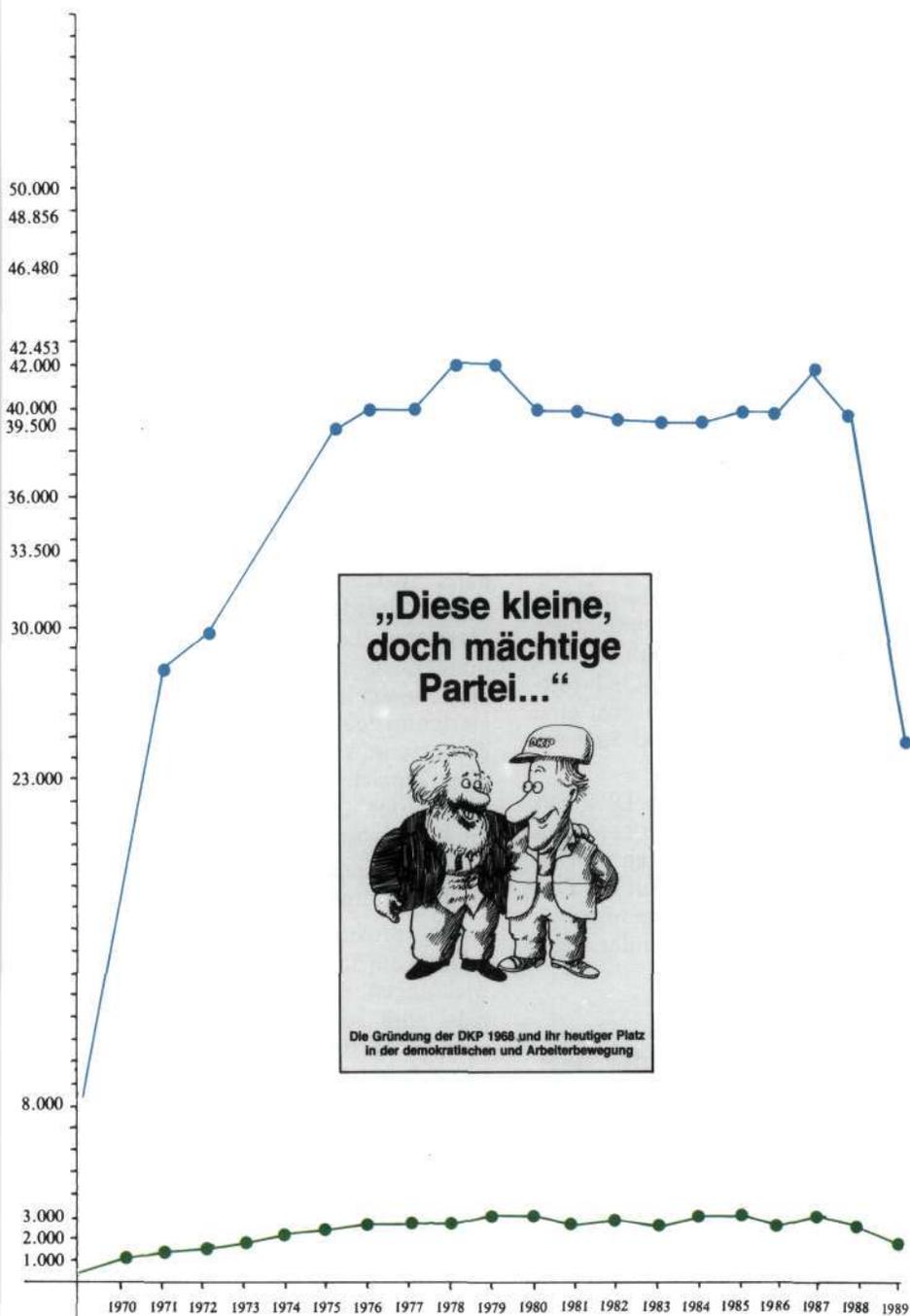
Streit zwischen „Bewahrern“ und „Erneuerern“ ging quer durch alle Gruppierungen.

Der Bezirksvorsitzende Hans-Jörg HENNECKE zählte bis Ende 1988 noch zu den „Traditionalisten“. Noch im Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes am 19./20. November 1988 hatte er betont, daß in Niedersachsen keine „zwei Linien“ existieren. Später unterstützte er eine vermittelnde Position: Das Diskussionsbedürfnis in Teilen der Partei sei legitim und verständlich, da nach wie vor eine gewisse Kluft zwischen den politischen Forderungen der DKP nach Demokratisierung der Gesellschaft und dem Innenleben der Partei bestehe.

Für diesen Kurs fand sich im Bezirksvorstand aber keine Mehrheit. Am 17. September traten HENNECKE und sein Vertreter Hans-Joachim MÜLLER von ihren Ämtern zurück. In einer gemeinsamen Erklärung brachten sie zum Ausdruck, daß sie im Bezirksvorstand keine Voraussetzungen für die notwendige grundlegende Erneuerung der DKP Niedersachsen sähen.

Das DKP-Präsidium in Düsseldorf bewertete die Rücktritte als Beleg für ein fragwürdiges Demokratieverständnis und als „Verschärfung der Lage der Partei“. Die Bezirksorganisation gab sich bis zu Neuwahlen im Jahre 1990 eine kommissarische Leitung. „Erneuerer“ gerieten wie auf Bundesebene unter verstärkten Druck und verließen zum Teil verbittert die Partei. Dadurch gingen der DKP in Niedersachsen 14 der 1986 errungenen 17 Ratssitze in Kommunalvertretungen verloren. Von den knapp 2.600 Mitgliedern wandten sich im Verlaufe des Jahres 1989 mehr als 800 von der Partei ab.

## Entwicklung des Mitgliederstandes der DKP



Zeichenerklärung: von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt: — (blue line)  
 DKP in Niedersachsen (geschätzt): — (green line)

In vielen Untergruppierungen ist die politische Arbeit praktisch erloschen.

Der frühere stellvertretende Vorsitzende Niedersachsens und Lehrer HansJoachim MÜLLER, viele Jahre lang als „Berufsverbotsopfer“ Werbeträger der DKP, begründete am 10. Januar 1990 in einer mehrseitigen öffentlichen Erklärung seinen Parteiaustritt. Nach 19jähriger Mitgliedschaft – davon 16 Jahre als faktisch hauptamtlicher Funktionär – beuge er sich der „bitteren und schmerzhaften Erkenntnis“, daß sich in und mit der DKP nichts mehr erreichen lasse. „Was ich früher als Ausgeburt bürgerlicher Propaganda zurückgewiesen habe, gestehe ich inzwischen als unbestreitbare Tatsache ein: Die DKP existierte real als politischer Ableger der SED in der BRD“. Das DKP-Sozialismuskonzept sei zu einer mechanischen Widerspiegelung von SED-Sozialismuspropaganda mit stetig abnehmendem Wirklichkeitsbezug verkommen. Wie für viele andere ehemalige DKP-Mitglieder sehe er für sich zunächst eine Phase des Nachdenkens und Suchens anbrechen.

Zur Europawahl trat die DKP mit einer 77 Kandidaten umfassenden Bundesliste an; davon waren vier in Niedersachsen wohnhaft. Auf die Partei entfielen sowohl bundesweit, als auch in Niedersachsen 0,2% der abgegebene Stimmen.

## Nebenorganisationen der DKP

Nebenorganisationen sind Vereinigungen, die sich offen zur DKP bekennen, deren führende Rolle anerkennen und in allen maßgeblichen Funktionen von Mitgliedern der DKP besetzt sind. Sie sind jedoch aufgrund einer eigenen Satzung, eigener Führungsgremien

und eines Mitgliederbestandes, der mit dem der DKP nicht identisch ist, in organisatorischer Hinsicht selbständig. In diesem Bereich sind die Zuordnungen zur Kernorganisation DKP unscharf geworden.

## SDAJ

Der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) drohte Anfang des Jahres die Spaltung. „Erneuerer“ stellten im Bundesvorstand die Mehrheit.

Der 10. Bundeskongreß am 17./18. Juni in Dortmund brachte aber mit knapper Mehrheit (242 zu 224 Stimmen) eine vorläufige Richtungsentscheidung zugunsten der „Traditionallisten“. Die SDAJ sollte als „revolutionärer sozialistischer Jugendverband“ erhalten werden, der auf der Basis des Marxismus-Leninismus in enger Verbundenheit zur DKP arbeitet. Die „Erneuerer“ legten daraufhin ihr Delegiertenmandat nieder. Ein neuer Bundesvorstand konnte nicht gewählt werden. Zunächst übernahm ein DKP-orientierter „Bundesarbeitsausschuß“ die Leitung des Verbandes.

In Niedersachsen vollzog sich eine ähnliche Entwicklung.

Die provisorische Bundesführung erklärte am 15. November zu den Entwicklungen in der DDR, die SDAJ habe ihre sozialistische Identität zu sehr aus der Existenz der DDR abgeleitet und nur unzureichend aus den politischen Aufgaben, Bedingungen und dem Klassenkampf in der Bundesrepublik Deutschland. Das Prinzip der Nichteinmischung in die Politik der sozialistischen Staaten sei falsch verstanden worden. Grundlage des prinzipiell solidarischen Verhältnisses der

April 4/89 2 DM

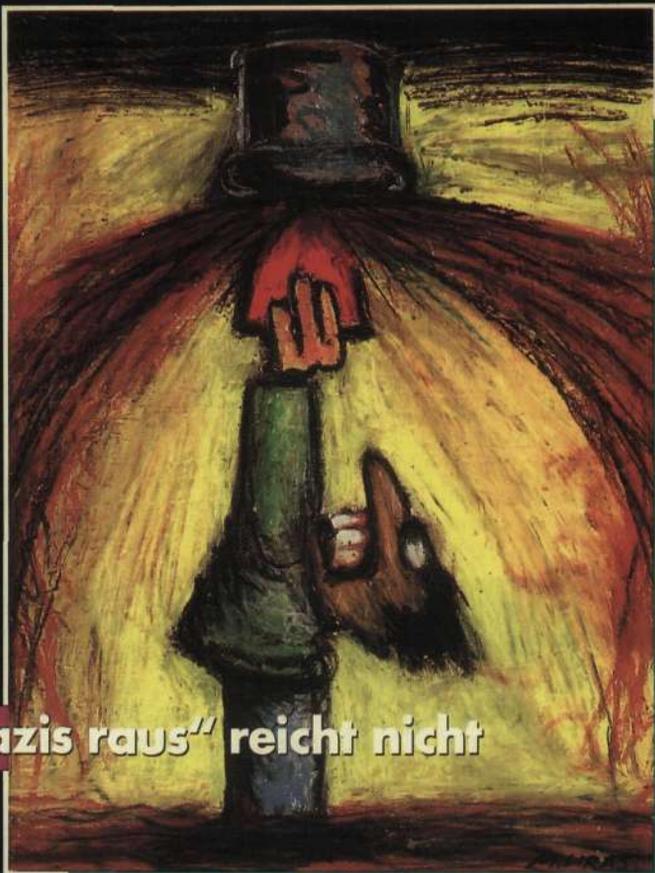
DAS JUGENDMAGAZIN  
**elan**

**Hungerstreik  
politischer Gefangener:**

Isolationshaft ist Folter

**Tote Hosen:**

Achterbahn und 1. Liga



„Nazis raus“ reicht nicht

DER HILFLOSE

ANTIFASCHISMUS

SDAJ zu den sozialistischen Staaten bleibe jedoch die Erkenntnis von Marx, Engels und Lenin, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwunden werden müsse.

Am 20./21. Januar 1990 veranstaltete die SDAJ in Essen einen außerordentlichen Bundeskongreß. Von den anwesenden ca. 200 Delegierten gehörten 75 Prozent der DKP an. Die Delegierten nahmen eine Erklärung an, die bis zur Verabschiedung eines neuen SDAJ-Programms die politisch-ideologische Grundlage für die Arbeit der SDAJ bildet. In dieser Erklärung bezeichnet sich die SDAJ nach wie vor als revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugendorganisation, die auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin wirke, eng verbunden mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der DKP.

Der neue Bundesvorstand (34 Mitglieder) wählte den „Bewahrer“ Patrik KÖBELE zum Bundesvorsitzenden. Unterschiedliche Meinungen dürfen künftig offen diskutiert werden. Organisierte „Strömungen“ kämen aber nicht in Betracht. Das Jugendmagazin der SDAJ „elan“ wurde zum Ende des Jahres eingestellt; es war bis zuletzt maßgeblich von „Erneuerern“ gestaltet worden.

## MSB-Spartakus

Der „Marxistische Studentinnen- und Studentenbund Spartakus“ (MSB-Spartakus) schlug am konsequentesten einen Erneuerungskurs ein. Im Juni stellte das MSB-Sekretariat fest, daß die organisierte Linke nicht mehr über die Meinungsführerschaft in der Studentenschaft verfüge. Ihr fehlten ein zeitgemäßes Politikkonzept und effektive Organisationsformen. Deshalb

plädiere der MSB für eine parteiunabhängige Reorganisation und Sammlung der verschiedenen Kräfte der Linken, an der er sich mit eigenen Vorschlägen aktiv beteiligen wolle. Die eigene Situation zeichnete der MSB als äußerst negativ, man befinde sich in einer kritischen Situation. Der Verband habe z.Z. nur noch ca. 2.000 Mitglieder. Der rückläufige Trend des Verbandes sei mit der Krise der kommunistischen Bewegung und der DKP eng verflochten. Ca. 70 Prozent der MSB-Genossen seien Mitglieder der DKP.

In einem Grußschreiben zum 11. Bundeskongreß am 6. Oktober in Köln äußerte DKP-Chef MIES, die Partei mache sich Sorgen über die Zukunft des MSB. Es bestehe die Gefahr, daß die marxistische Organisation aufgehe in der angestrebten linken Sammlungsbewegung, die nach heutigen Bedingungen wahrscheinlich von grün-alternativen Vorstellungen geprägt wäre. Man möchte nicht, daß DKP und MSB von einem bisher freundschaftlichen und solidarischen Miteinander zu einem bloßen Nebeneinander oder gar Gegeneinander geführt werden. Die neugewählte Verbandsführung ist eindeutig den „Erneuerern“ zuzurechnen. Programatische Entscheidungen, auch zum Verhältnis zur DKP, wurden verschoben. Das Verbandsorgan „rote blätter“ wurde eingestellt. In der letzten Ausgabe (12/89) wurde zur Teilnahme an einem Kongreß „Perspektiven der StudentInnenbewegung - Perspektiven der Linken“ am 3./4. Februar 1990 in Dortmund aufgerufen. Auf diesem Kongreß sollte „unabhängig von Parteien... linke Politik, die nicht ständisch-borniert ist, sondern sich an der Notwendigkeit grundlegender, antikapitalistischer Veränderungen orien-

tiert“, entwickelt werden. Der Kongreß fand kaum Resonanz, nur etwa 60 Teilnehmer aus verschiedenen Organisationen diskutierten ergebnislos Möglichkeiten der weiteren Arbeit. Der Verlust der Mehrheit in Allgemeinen Studentenausschüssen großer Universitäten (Bonn, Köln, Münster) habe gezeigt, daß die Linke innerhalb der Studentenschaft nicht mehr die Hegemonie besitze. In Niedersachsen steht der MSB vor der Auflösung.

## JP

Die „Jungen Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) warben auch 1989 wieder für „Pfungstcamps“ und Kinderferienaufenthalte in der DDR. Die desolote Lage dieser Organisation zeigte der Rücktritt des Bundesvorsitzenden Gerd HERTEL. Er begründete seine Entscheidung u.a. mit der Fremdbestimmung der JP durch SDAJ und DKP: „Bei noch so guten Versuchen, unsere politischen, pädagogischen und Verbandsmeinungen zu entwickeln und zu vertreten, führt allein diese Struktur zu Fremdbestimmung, undemokratischen Mausechlecken und Absprachen - der Unterordnung unseres Sekretariats unter letztendlich die Beschlüsse der Personalabteilung der DKP, des Präsidiums der DKP, der SDAJ usw.“. Wengleich HERTEL sich mit dieser Meinung insgesamt in einer Minderheitenposition im Verband sieht, wurde auch in einem Papier von Mitgliedern der JP-Bundesleitung eine autonome Positionsbestimmung der JP aufgrund der Umbruchsituation für unabdingbar gehalten. Die Verbandszeitschrift „pionier“ erschien zuletzt mit der Ausgabe 5/89 im Mai 1989.

## DKP-beeinflußte Organisationen

Der Schwerpunkt orthodox-kommunistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland lag bislang stets im Bereich der Bündnispolitik.

Diese beruht auf marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik. In diesem Rahmen war die DKP auch im Hinblick auf ihr schwaches Wählerpotential bemüht, Bündnisse mit nicht-kommunistischen Kräften zu begründen und mit der Heranführung auch demokratischer Kräfte an die Partei ihre Basis zu verbreitern. Die DKP hat dabei, ohne ihre politische, ideologische und organisatorische Selbständigkeit aufzugeben, vor allem Forderungen propagiert, die auch bei Demokraten auf breite Zustimmung stoßen konnten. In der Bündnispolitik setzen die Kommunisten auf von ihnen maßgeblich beeinflusste Organisationen. Zu ihnen zählen u.a.:

- Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA),
- die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU),
- die „Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK).

Diesen Organisationen gehören auch Personen an, die keine kommunistischen Ziele anstreben. Die entscheidenden Führungsfunktionen sind aber bisher mit DKP-Mitgliedern besetzt. Der orthodox-kommunistische Einfluß ist nicht immer erkennbar. Dies gilt insbesondere für die DFG-VK, die in Niedersachsen 1989 nicht mehr aktiv hervorgetreten ist.

## VVN-BdA

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) war bislang die mitgliederstärkste Bündnisorganisation der DKP. Mit ihr haben orthodoxe Kommunisten stets den „Antifaschismus-Kampf“ als Bestandteil ihrer revolutionären Strategie verfolgt. Von jeher wurde hier ein besonders erfolgversprechender Ansatzpunkt für Bündnisse mit Demokraten gesehen. Wichtigstes Ziel dieser Zusammenarbeit ist jedoch nie gewesen, die Interessen der demokratischen Bündnispartner zu fördern, sondern die Sache des Sozialismus voranzubringen. Der „Faschismus“ gilt im kommunistischen Verständnis als ein Herrschaftsinstrument des Kapitals. Er sei folglich immer möglich, solange das Kapital bestimmenden Einfluß auf das politische System habe und könne erst im Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung überwunden werden.

Auch auf die VVN-BdA griffen die Richtungskämpfe in der DKP über. In vielen VVN-BdA-Führungsgremien stritten Vertreter der DKP-„Erneuerer“ und der „Traditionalisten“ darüber, ob die Rolle der 1947 gegründeten Organisation in der Stalin-Zeit aufgearbeitet werden müsse und wie ein „moderner Antifaschismus“ aussehen solle. Verstärkt wurde diskutiert, ob die VVN-BdA sich auf Aktionen gegen „Neofaschisten“ konzentrieren oder vornehmlich Konzepte für politische Veränderungen erarbeiten solle. Nach der Einstellung der DDR-Zahlungen an die DKP kam es im November fast schlagartig zum organisatorischen Zusammenbruch des Verbandes. Die Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle wurde zum 31. Dezember eingestellt.

Alle hauptamtlichen Mitarbeiter beim Bundesverband wurden entlassen. Die Mitgliederzeitschrift „Antifaschistische Rundschau“ stellte mit der Dezemberausgabe ihr Erscheinen ein. Der Vorstand mußte öffentlich bekennen, was stets bestritten und als Verleumdung durch den Verfassungsschutz hingestellt worden war:

- Jahrelang wurde die VVN-BdA mit Geldern aus der DDR finanziert, die über Konten der DKP flossen.
- „Alle Bewerbungsunterlagen von hauptamtlichen Mitarbeitern gingen zunächst zum Parteivorstand der DKP, Abteilung Personalpolitik. Erst wenn von dort grünes Licht kam, wurde in den Gremien der VVN-BdA die Diskussion darüber begonnen“ (so der Organisationssekretär der VVN-BdA).

Präsidium und Sekretariat des Bundesvorstandes traten im Januar 1990 zurück. Die rege Verbandstätigkeit noch zu Anfang des Jahres ist erloschen. Der niedersächsische Landesverband der VVN-BdA berief im Dezember eine außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz für den 4. Februar 1990 ein, um nach künftigen Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. In einer Erklärung betonte die niedersächsische VVN-BdA, die Tatsache und der Umfang der Zahlungen aus der DDR seien den Mitgliedern und den meisten Funktionären weitgehend verborgen geblieben. Landesschatzmeister Werner MÜLLER erklärte, der VVN-Landesverband sei zwar nicht pleite, könne seine Arbeit in dem bisherigen Umfang aber wahrscheinlich nicht mehr weiterführen. Der Landessekretär Dirk ADDICKS trat aus der DKP aus.

# antifaschistische rundschau

Nr. 12 / Dezember 1989



Seiten 10/11:

## ZUR BUNDESTAGSWAHL 1990

## DFU

Noch im Mai hatte die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) nach fast zweijähriger interner Beratung eine „Programmatische Erklärung“ vorgelegt. Darin beschreibt sie sich als „Teil der nationalen und weltweiten Bewegung für Frieden und Abrüstung, Gerechtigkeit und Demokratie“. Antikommunistische Ideologie aus der Zeit des „Kalten Krieges“ grenzten wichtige Auffassungen aus dem politischen Meinungsspektrum aus. „Berufsverbote“ und Terroristengesetze machten jeden Bürger zum potentiellen Sicherheitsrisiko. Prägendes Element der Arbeit der DFU sei der Kampf gegen den Antikommunismus. Mit dieser Zielsetzung sei sie Teil und Partner der demokratischen Bewegungen und wolle dazu beitragen, demokratische Bündnisse zu stärken.

Nach der Einstellung der DDR-Finanzierung erklärten Spitzenfunktionäre der DFU, die Organisation habe sich zu 90% aus Spenden finanziert. Diese habe sie ganz überwiegend von Ost-West-Handelsfirmen erhalten, die sich aus wirtschaftlichem Interesse vom Wirken der DFU ein verbessertes politisches Klima versprochen hätten. Infolge der veränderten Lage in Osteuropa hätten diese Firmen kein Interesse mehr an der DFU und deshalb ihre Spenden eingestellt. Vor dem Bundesvorstand erklärte der Finanzverantwortliche der DFU, Karl WIESINGER (DKP), es sei möglich, daß die DFU auch Spenden von der DKP erhalten habe.

Nachdem das volle Ausmaß der Finanzkrise deutlich geworden war, wurden weitreichende Maßnahmen getroffen. So wurde fast allen der über

TAZ 29/11/89

## DKP vor der Pleite

**Bremen (taz/dpa)** — Laut Radio Bremen haben die Bezirksvorsitzenden der Bremer DKP auf einer außerordentlichen Parteikonferenz berichtet, die gesamte DKP stehe vor dem Bankrott. Ab Mitte 1990 werde sie nicht mehr mit Unterstützungszahlungen der kommunistischen Bruderparteien rechnen können. Zudem seien in den vergangenen Wochen Tausende Mitglieder ausgetreten, andere protestierten mit Beitragsboykott gegen die Betonpolitik des Bundesvorstandes. Die Deutsche Friedens-Union (DFU) werde allen hauptamtlichen Mitarbeitern kündigen. Auch die im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag erscheinende 'Deutsche Volkszeitung' stehe vor dem Ende: Ihr Erscheinen ist nur noch für zwei Ausgaben gesichert, weil sämtliche DDR-Anzeigenaufträge für das kommende Jahr im Wert von einer Million Mark gekündigt wurden.

50 hauptamtlichen Mitarbeiter gekündigt; gekündigt wurden auch die Mietverträge für die Geschäftsstellen und für Bürogeräte. DFU-Geschäftsführer Willi van Ooyen erklärte: „Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt.“

Auf DFU-Versammlungen kam es teilweise zu tumultartigen Szenen. Mehrere Funktionäre traten zurück, manche verließen die DFU.

# Dogmatisch- extremistische „Neue Linke“

Die unter der Bezeichnung dogmatisch-extremistische „Neue Linke“ zusammengefaßten Organisationen sind am Ende der sechziger Jahre aus der linksorientierten Studentenbewegung entstanden. Ihre Anhänger bejahen in unterschiedlicher Gewichtung neben dem Marxismus-Leninismus auch die Lehren von Stalin, Trotzki oder Mao Tse-Tung. Vertreten sind hier recht unterschiedliche, zum Teil konkurrierende Gruppierungen, die sich in politischen Programmen, Aktionsformen, aber auch grundsätzlichen Verständnisfragen etwa zur Gewalt oder zu Gesetzesverstößen als Mittel der Politik unterscheiden. Obwohl sie sich keiner zentralen Führung unterordnen, sind die meisten Organisationen zu themenorientierten Aktionsbündnissen untereinander und mit demokratischen Kräften bereit.

Der Reformentwicklung in den osteuropäischen Staaten und in der DDR standen die Gruppen der „Neuen Linken“ zögernd bis ablehnend gegenüber. Zwar sahen sie ihre Kritik an den „entarteten Parteibürokraten“ im „realen Sozialismus“ bestätigt, doch gingen ihnen die Veränderungen zu weit. Es wuchsen aber auch Zweifel an der eigenen Politik und an der „Realitätstüchtigkeit“ sozialistischer Konzepte schlechthin.

Fast alle Gruppierungen hetzten in Flugschriften und öffentlichen Ver-

sammlungen gegen die DDR-Übersiedler; sie seien „Spießerschrott“, „HurraFlüchtlinge“, „Angehörige einer Sommerschlußverkaufs-Generation“; „Zonis“ seien dafür verantwortlich, daß die nationale Welle in der Bundesrepublik Deutschland alles überrolle. Der Protest gegen die Vereinigung war dann auch das Generalthema der dogmatischen-extremistischen „Neuen Linken“ zum Jahreswechsel 1989/1990. Der Mitgliederbestand blieb auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Lediglich die „Marxistische Gruppe“ (MG) konnte das Potential ihrer Anhänger erhöhen.

## „Marxistische Gruppe“ (MG)

Als stärkste Organisation der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“ konnte die MG ihr personelles Potential erneut erheblich steigern. Die Anzahl ihrer gegenwärtig aktiven Anhänger wird auf 5000 Personen geschätzt (1987: 1800, 1988: 3000). An Schulungsveranstaltungen haben mehrere tausend Personen teilgenommen. Die MG fällt besonders durch eine elitär-arrogante, zynisch-destruktive Polemik auf. Trotz erheblicher öffentlicher Agitationsarbeit in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Druckschriftenverteilungen hielt sie innerorganisatorische Angelegenheiten konspirativ verdeckt. Die Ereignisse in Osteuropa und der DDR wurden zum Schwerpunktthema der MG-Agitation. Gescheitert seien dort Nationalisten neuen Typs, die es mit dem Kommunismus nie ernsthaft versucht hätten. Die nationalistische Show um die „sogenannte“ Flucht aus der DDR sei „zum Kotzen“. Das Allerübelhafteste an den Übersiedlern sei, daß sie als so typisch gute Deutsche und stolze Glücksritter einer bundes-

# Hannoversche Hochschulzeitung

17. Oktober 89

ZEITUNG DER MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

## „Wir machen die DDR kaputt!“ - Warum eigentlich? Und wer hat was davon?

## 10 Fragen an unsere neuen Mitbürger aus der DDR

Herbst 1989 - nach einem heißen Flüchtlingssommer decken sich die vielen verschiedenen, freien Meinungen im Lande ganz mit der Auffassung von Kanzler Kohl. In einem Punkt, der auch unter den frei kooperierenden Parteien völlig unstrittig ist: Der SED-Staat hat seine Existenzrecht verliert, der BRD mit ihrer Regierung in Bonn - nehmen aus der Sache zu.

Die Gründe sind klar und kommen wie die Pflichten ausnahmslos von oben. Schließlich ist die DDR nicht normal, und somit stellen wir ab. Das wird Tag für Tag behauptet und bewiesen dazu. Hauptächlich durch Wiederholung. Geprüft werden die schönen Beweise. So kommt nie heraus, daß die Gründe ausnahmslos aus Westdeutschland stammen.

1. „Der Abgang der SED, der Rücktritt Honecker, die Abkantung der Grenze - und jetzt erst recht und endgültig.“

Und wenn sollen sie Platz machen? Jüngere dynamischen Bereiche mit wachsenden Ländern? Wissen, erfahren und in der BRD-Politik als gewachsenen Weisheit? Den Paragrafen-Empfänger des anderen deutschen Bundesstaats?

2. „Für die Menschen in der DDR haben konkrete Verbesserungen stattzufinden.“

Und warum sind die Außenpolitik von Kohl, Genscher und Vogel nicht auf die Abschaffung der Stas in den USA, auf die Hungertoten am Magen Thatchers Kollaboraten, auf die Armutigen

von EG-Löhnen in Spanien und anderswo? Wo bleibt die entschlossene „Weg mit...“, was sich in Regimes weitcher „Erwählungstodes“ be-

3. „Die DDR braucht Reformen.“

Welche denn? Die Bonner Stasereform von neuem? Die Reform des Gesundheitswesens von Partei? Die Reform der CDU auf ihrem letzten

4. „Die Flüchtlinge, die zu uns strömen...“

Sind da nicht noch ein paar Flüchtlinge in der Welt unterwegs und schau in der BRD vorbei? Demnach Konzeption? Kriegen sie gleich einen Fall - und all die anderen Zweidrittel, die unter einem Ausländergesetz fallen? Hat Genscher schon keine? Hat er schon einmal ein paar Tausend Flüchtlinge und politisch Verfolgte sonstwo abgeholt? Gegen den Willen anderer Regierungswesen? Na also! So weit, daß das Bonner Außenamt - im Namen der Humanität - die Opposition im

Ausland - in diesem Führen - nur gerade nicht - kräftig unterstützt, kommt es ja sonst auch nicht. Aber es gibt eben Humanität mit Bonnanen, die „Erkennung der politischen Strukturen“ und die Menschlichkeit regierungswesen sind die Sache der Bundes-DDR und Aussiedler aus dem restlichen Ost- und Süssmuth als ein „Präbium“ als ein Recht. Aus einer Tarnung jedenfalls dreht sich der und seinen Staat, den er durch Veränderung der Landkreise gerecht werden müßte!

1. Sie sind jetzt in der Freiheit und sind dankbar. Freiheit irgend etwas anders zu tun als das, was Sie vorher mit Ihrer Unfreiheit getan haben? Sie sind alle nur misen, um sich in der besten Welt zurechtzufinden und zu bewahren?

2. Sie können aufsetzen; denn Sie werden hier nicht westdeutsches Biotop für nötig halten. Angenommen Sie sind auch hier selber - an die Verlebensregeln Ihres Vorgesetzten usw. - sämtliche „Preise der Freiheit“, ist das die „Selbstverwirklichung“, die Sie gerade machen?

3. Der Aufsicht des Staat sind Sie entzogen. Daß ein Auge auf Sie hat und sich jede verdingliche Gestaltung merkt, werden Sie auf Ihren Mann auch, klar, daß Sie Freiheit von der allgütigen Kontrolle, die den demokratischen Staat nämlich durch Vorgesetzte, Nachbarn und Kollegen, denen jedes falsche Bestehen auffällt! Daß still die realisten 20 % dann unter Staat erliegen, ist Ihnen die Feine wert gewesen?

4. Eine Partei, die Zustimmung und Denkbarkeit für lauter Wohltaten will, die für Irene sind diese nicht. Die demokratischen Parteien hierher sind freilich bloß Sie und wieder ein Wahlkreis von bewußt von gar keine Wohltaten versprechen, daß wenn Sie gar nicht wählen mögen, werden Sie genauso regieren. Gefällt Ihnen das?

5. Dribben haben Sie sich an dem mickrigen Lutz Ihrer Oberbundesregierung an und des Zitates, hinter dessen er signifiziert. Haben Sie eigentlich vor, sich hierüber auszuweisen? Bestrahen von Nomenklatur und Grundbesitzern, Parteibauern.

Frau Süssmuth tadelt die DDR: „Die Menschen kommen in die Bundesrepublik will sich in der DDR wieder eine Nation nach (Süddeutsche Zeitung, 6.10.89)“

Frau Süssmuth lobt die BRD: „Es gibt auch keinen Anlaß für ernsthafte Befürchtungen über die Folgen der Bundesrepublik in den Nachbarländern oder über einen Rückfall in autoritäres Denken.“ (Süddeutsche Zeitung, 7.10.1989)

Da soll sich ein Nationalist noch auskennen.

1. und Ministern mit Aufwärtstendenzen, argen? Werden Sie im Falle von Bundesbürger zu deren Rückung eventuell weiterfahren?

2. Sie sind weitgehend hier und wieder, von dem Ihnen klar, daß dieselben Leute andere deutschen Menschen gerade nicht zur dessein mit Verrechnung behandeln? Gefallen Sie sich denn an oder werden Sie zum Gegner des Nationalismus Meier BRD?

3. Sie werden sich, gemerkt haben oder bald merken, daß Sie von anderen Ihrer neuen alten in Sachen Mietwohnung und Arbeitsplätze betroffen werden. Wie wollen Sie sich dazu eigenlich stellen? Werden Sie auf Ihren Interessen bestehen oder Ihr Glück genießen? Auch wenn dürfen Sie wie einige Deutsche vor Ihnen unerkennbar deutsche Volksgenossen sind, wahligen Türken und Polacken - wie?

4. Sie hatten - sagen Sie - in der DDR „keine Perspektive“. Deswegen sind Sie froh und Ober und genommen und mit seinem Fall Korruption nicht ohne Härten Sie denn eine andere gehabt?

5. Der westdeutsche Staat betrachtet Sie und alle BRD-Bürger als seine ungenutzte Bürgergesellschaft. Wissen Sie warum? Für Sie haben die Bonner Politiker diesen Besitzanspruch mit DDR-Volk nichtig nicht. Sie sind in Ihrem politischen Berechnung, auch wenn Sie Ihren Fortbewegungsweg als Beweis gegen Sie schon einmal vorbringen wollten? Ist sie Ihnen überheblich?

6. Sie sind „mit der DDR fertig“. Deswegen sind Sie für die Großdeutschlandspolizei in Bonn ein gefährlicher Beleg für deren Absicht, den Staat DDR fertig zu machen. Das werden Sie wissen. Aber in Bonn sich schon folgendes aufgefalten: Die Bundesrepublik ist alles, was staatliche Existenz der DDR in Frage zu stellen und zu untergraben. Deshalb spielt sie sich an übergründete Schutzmaßnahmen für alle illegitime westdeutschen BRD-Bürger auf. Und bloß dieses haben Sie es sich überhaupt getraut, entgegen, und haben sich der besten Abgabe zu Staatsmacht in die Arme geworfen, als gerade letzten der „nationalen Frage“, die in gerade diesem großdeutschen Projekt, die in Bonn sind nicht einmal gemerkt. Was wollen Sie das eigentlich Ihren Kindern erklären, wenn sie deren härtevoll und völkisch für „no future“

## „Wir machen die DDR kaputt!“ - Warum eigentlich? Und wer hat was davon?

- Die DDR-Flüchtlinge:
- Welche Freiheit meinen sie?
- Die Oppositionellen drüben:
- Welche Änderungen wünschen sie?
- Die regierenden Humanisten in Bonn:
- Welches Deutschland wollen sie?
- Die Reformgegner in der SED:
- Welchen Sozialismus verteidigen sie?

Vortrag mit Diskussion  
Dienstag, 31. Oktober, 19 Uhr  
Freizeitheim Lister Turm (Gr. Saal)  
Hannover, Waldseerstr. 100

### Inhalt:

DDR kaputt?	S. 2	Die BRD kauft Atomkraft	S. 3
DDR-Flüchtlinge kritisieren ihr System	S. 2	Der Ausstieg aus dem Einigkeit in den	S. 3
Je weniger Abgang, desto schlechter die Kritik	S. 2	Ausstieg aus der Atompolitik	S. 3
Kamradliche:	S. 2	Auch die DDR wird 40 Jahre:	S. 4
Der Westen sorgt für	S. 3	Was ist an dem anderen deutschen	S. 4
„afghanische Verhältnisse“	S. 3	Staat eigentlich so unnormal?	S. 4

republikanischen Großdeutschlandpolitik aufzutreten. Herübergekommen seien lauter Anpassungswillige; in der DDR habe sie gestört, daß es dort keinen freiheitlichen Modeschmuck und keine Kaffeefahrten an die Costa Brava gebe. Solche Freiheitsbegeisterung passe gut zur offiziellen bundesdeutschen Staatsideologie.

In verschiedenen Publikationen richtete die MG ab 17. Oktober

„10 Fragen an unsere neuen Mitbürger aus der DDR“.

Bezeichnend für die Argumentation der MG wird darin unter anderem ausgeführt:

„Der Aufsicht des Stasi sind Sie entronnen. Daß statt dessen der westdeutsche Verfassungsschutz ein Auge auf Sie hat und sich jede verdächtige Gesinnung merkt, werden Sie wissen. Aber ist Ihnen auch klar, daß 80 Prozent von der alltäglichen Kontrolle, die dem ostdeutschen Stasi nachgesagt wird, hierzulande wirklich stattfindet, nämlich durch Vorgesetzte, Nachbarn und Kollegen, denen jedes falsche Benehmen auffällt?“

Zu diesem Thema wurden öffentliche Veranstaltungen mit folgenden Parolen durchgeführt:

- „Hurra, wir kriegen die DDR!“
- „Wir machen die DDR kaputt! Warum eigentlich? Und wer hat was davon?“
- „Die D-Mark-Demokratie kauft sich die DDR. Die SED gibt auf. Ein Volk dreht durch.“

An diesen Aktionen beteiligten sich bis zu 1000 Personen. Daneben wurden Anhänger der MG in internen Schulungen auf die von der Führung vorgegebenen Sprachregelungen eingestimmt.

In Niedersachsen war der personelle Zuwachs geringer. MG-Anhänger nahmen - vornehmlich in Hannover - an Schulungsveranstaltungen, öffentlichen Versammlungen und Plakataktionen teil. Sie verteilten in beachtlicher Anzahl die verschiedenen MG-Publikationen.

Die Ereignisse in der DDR führten auch in Niedersachsen zu einer MG-Kampagne „Gegen den deutschen Wahn“.

MG-Angehörige versuchten, ihre Auffassungen über Ursachen und Folgen dieser Entwicklung einem möglichst breiten Publikum darzulegen. Dazu wurden in niedersächsischen Städten Plakate geklebt und Flugblätter verteilt zu den Themen

- „Die Mauer ist weg - wer hat was davon?“
- „Brauchen die drüben freie Wahlen?“
- „Wem gehört die DDR?“
- „Die SED - lauter Lumpen?“
- „DDR kaputt - und jetzt?“
- „Was jeder wissen will: Der Kommunismus ist tot. Was keiner wahrhaben will: Alles spricht für ihn!“

Eine dem Aufwand auch nur annähernd entsprechende Resonanz blieb jedoch aus. In einigen Orten waren MG-Angehörige bemüht, Besucher aus der DDR anzusprechen, um sie mit diesen Argumenten zu konfrontieren und mit ihnen zu diskutieren.

### **„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)**

Die MLPD hat bundesweit immer noch etwa 1300 Mitglieder. Sie beruft sich auf Marx, Engels, Lenin, Stalin

und Mao Tse-tung. Bei der Bekanntgabe der Parteaufgaben 1989 bezeichnete der MLPD-Vorsitzende Stefan ENGEL den Widerstand gegen die europäische Integration als „zentrale Frage in der Klassenauseinandersetzung“. Alle Kräfte sollten zu einer anti-imperialistischen Einheitsfront „gegen die reaktionären Großmachtpläne zu einem Vereinigten Europa“, für Auflösung der EG, der NATO und des Warschauer Paktes gesammelt werden. Bei der Europawahl 1989 kandidierte auf der Bundesliste der MLPD ein Bewerber aus Hannover. In Niedersachsen erhielt die Partei 1001 Stimmen (Bundestagswahl 1987: 1174 Stimmen). Bundesweit entfielen 10.162 Stimmen auf die MLPD-Liste.

Die blutige Niederschlagung der Protestbewegung in China wurde von der MLPD kritisiert. Sie bezeichnete das Vorgehen der chinesischen Armee als „sozialfaschistisches Massaker“ und brutalsten Ausdruck der bürokratisch-kapitalistischen Diktatur in Peking seit ihrer Machtergreifung. Schon Mao habe gewarnt, Bürokraten wie Deng Xiaoping könnten die kommunistische Partei in eine faschistische verwandeln. Wichtig sei jetzt, den Volksaufstand in eine neue Kulturrevolution zu überführen.

Zu den Ereignissen in der DDR erklärte das Parteiorgan „Rote Fahne“ in einem Extrablatt vom 14. November:

„Die MLPD unterstützt den Freiheitskampf der Werktätigen in der DDR auf antiimperialistischer Grundlage und setzt sich zugleich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein, über die imperialistischen Großmachtpläne in der BRD aufzuklären. Denn bei aller Begeisterung für den mutigen Kampf der Volksmassen in der DDR und der

Öffnung der innerdeutschen Grenze ist doch zugleich äußerste Wachsamkeit geboten... Die MLPD setzt sich dafür ein, daß auch hierzulande den Herrschenden millionenfach entgegengerufen wird: 'Wir sind das Volk! Euroimperialistische Großmachtpläne wollen wir nicht!'"

Mit Blickrichtung auf die DDR erklärte der Parteivorsitzende Stefan ENGEL es für wichtig, die richtigen Folgerungen aus der revisionistischen Enttarnung des Sozialismus zu ziehen und die Lehren des Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao-Tse-Tungs und die theoretischen Errungenschaften Stalins positiv zu konkretisieren. Zur Ermordung des Vorstandssprechers der „Deutschen Bank“ schrieb die Parteizeitung „Rote Fahne“, der von der RAF eingeschlagene Weg individuellen Terrors sei sinnlos und schädlich. Er zerstöre nur die Person des Klassenführers, ändere aber nichts an der Politik dieser Klasse. Den Entschluß, die Diktatur der HERRHAUSEN und Co. zu stürzen, könnten nur die Massen selbst fassen. Ihn durchzufechten, werde dann nur mit revolutionärer Gewalt möglich sein. In Niedersachsen blieb die MLPD weiterhin bedeutungslos und weitgehend auf bündnispolitische Aktivitäten beschränkt.

## „Kommunistischer Bund“ (KB)

Am 14./15. Januar 1989 führte der KB in Hamburg einen intensiv vorbereiteten Kongreß durch. Neben mehr als 300 Mitgliedern und Sympathisanten nahmen auch Vertreter der DKP, der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP), des „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK), der „Marxistischen Gruppe“ (MG), der „Initiative Marxistische Kritik“ (IMK), der „Ini-

# Pöte Fahne

Wochenzeitung der MLPD

1DM 02 01/2 50 11 — Telefax-Nr. 02 01/25 10 93  
Postfach 10 31 12, 4300 Essen 1



So hätten sie es gern — mehr zum Bonner Rentenbeschluss Seite 2

## Diese Woche ★ Diese Woche

**ROTE-FAHNE-Reportage** aus der DDR  
Seite 4/5

**Behinderte kämpfen gegen Bürokratie** — Betroffene berichten  
Seite 6

**Interview mit Delegiertem vom IG-Metall-Gewerkschaftstag**  
Seite 3

**Über die revisionistische Entartung und die Restauration des Kapitalismus in der DDR**  
Seite 9

**Ergebnisse der Kommunalwahlen in Peru**  
Seite 7

# In der DDR und hier, das Volk sind wir — gemeinsam gegen großdeutsche Pläne

### Kurz berichtet

#### Rasche Tarifabschlüsse bei Bergbau und Bankern

Sehr rasch wurden am 14. und 15. November die Tarifverträge für den Bergbau und das Bankgewerbe abgeschlossen. Für den Bergbau wurde eine Lohnsteigerung von 1,87 Prozent und im Bankgewerbe von 4,5 Prozent vereinbart, ohne daß die Arbeitszeit verkürzt, oder daß die Betroffenen befragt wurden.

Die 5,05 Prozent für die über 100.000 Bergleute bedeuten netto auf jeden Fall weiteren Reallohnabbau. Daneben freuten sich die bundesdeutschen Monopole besonders darüber, daß beide Gewerkschaftsführungen ohne Murren auf Arbeitsvertragsbedingungen verzichteten, und bescheinigten dies als Signal für 1990.

#### Großoffensive im Befreiungskampf

El Salvador: Vier Tage nach Beginn der Großoffensive kontrollierte die Befreiungsorganisation FMLN am 15. 11. rund ein Drittel des Landes. Der größte Gewerkschaftsverband droht mit Generalstreik gegen die Luftangriffe der Regierungstruppen auf Wohngebiete. Um die Versorgungsprobleme der Bevölkerung zu lindern, bot die FMLN eine Pouspausa an. Die ultrarechte Regierung Coussinari hat bis jetzt abgelehnt. Sie kasstert erst mal 85 Millionen Dollar zusätzliche Militärhilfe aus den USA.

(mp) In plötzlicher Einnahme schlagen nun CDU-Bienedikt und SPD-Lieber vor, 5 Jahre lang am 17. Juni zu arbeiten. Die Löhne und Gehälter dieses Tages sollen in einen Fonds fließen, der angeblich dazu dient, den Lebensstandard in der DDR zu heben.

Genauer besprochen sind damit Geldanlagen in Straßenbau und Telefonnetz sowie zur Förderung der Produktivität der Wirtschaft in der DDR gemeint. Bundesdeutschen Bau- und Elektronikkonzernen wären die Profite gewiß. Und mit kapitalistischer Produktivitätsförderung — sprich Rationalisierung — haben die

westdeutschen Werktätigen reichhaltige Erfahrungen in Sachen Arbeitsplatzvernichtung sammeln können.

Diese Politikerpläne liegen auf einer Linie mit den Wünschen von Thyssen-Chef Spettmann oder Daimler-Boss Reuter.

Von der DDR fordern sie mit einem Investitionsschutzabkommen Freiheit für Kapitalverkehr und Investitionen. Für eventuelle wirtschaftliche oder politische Risiken fordern sie über Hermes-Bürgschaften die Absicherung mit Steuergeldern aus Bonn. Für die neuen umfangreichen Investitionsmöglichkeiten in der DDR fordern

die Opfer von uns. Das aus den Werktätigen hier gepreßte Kapital soll dann höchstprofitierend in die Ausbeutung der DDR-Werkstätten investiert werden.

Die große Sympathie für den Kampf um demokratische Rechte in der DDR soll dazu umgepöht werden, die Profit- und Machtinteressen westdeutscher Konzernherren zu unterstützen. Eine nach Streichung der Preissubventionen auf über 400 Prozent monatlich hochgeschaltete Inflationsrate in Polen zeigt, was die marktwirtschaftlichen Elemente für den Lebensstandard der Werktätigen bedeuten.

## Gegenoffensive gegen Großdeutschlandkurs

Was bisher über vier Jahrzehnte hinweg reaktionäre Trübsinn, Planspiel in den Chefbüros westdeutscher Konzerne und in Parteivorständen war, beginnt in diesen Tagen in der Realität Gestalt anzunehmen: Die westdeutschen Monopole stehen mit gigantischen Kapitalsummen, mit ihrem Massenmedien und Breiten Machtapparat bereit, die DDR in den westdeutschen Imperialismus einzuzerlegen.

Wirtschaftliche Durchdringung, schließlich Bildung einer zentral-europäischen Konföderation zwischen BRD und DDR, so oder ähnlich wird der Weg zu einer Supermacht Europa unter großdeutscher Führung umrissen. Die Einleitung praktischer Schritte zur Einver-

leibung der DDR kennzeichnet eine einschneidende Wendung der objektiven Entwicklung, deren alleinige Konsequenzen heute noch nicht abschätzbar sind. Dabei versuchen die Monopole, sich das berechtigte Interesse Fortsetzung Seite 2

Wulfhan Bann, Vizevorsitzender des Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverbands



«Nie wieder Großdeutschland» — eine Losung unter den Transparenten in Ostberlin am 10. 11. 89

## Sozialismus

Schreit ihr Jungfräul nieder, sagt ihr ohnmächtig, ihr Herren in Ost und West, warum so laut — seid ihr so Naiv?  
Läßt ihr nur fort, mit jedem Wort holt die Wirklichkeit euch ins, und hundertfach entsetzt er na, denn er hat unsondlich Leben wenig Lobs in einer Strickerei — Frauen weihen sich, bei Daimler in Sadafrika

streikt Schwarz für ihr Rechte, Kumpeln in den USA, Comptosien in Peru — insondlich Liebes, keine Ruh ...  
Im Nacken sitzt ihr diesen vielen und quält die Nasen von weise, Mit diesem vielm steht er auf müll müllmenschlich und rot wieder gegen euch ...  
Pi (Hilfsges)

tiative Sozialistische Politik“ (ISP), der „Graswurzel“-Bewegung und auch Vertreter linksextremistischer Organisationen aus Dänemark, dem Baskenland sowie iranischer und türkischer Gruppen teil. Das KB-Organ „ak-Arbeiterkampf“ veröffentlichte dazu eine Vorlage der Parteiführung, die sich mit Perspektiven der „revolutionären Linken“ befaßt. Darin heißt es, eine Bündelung der „besten Kräfte der Linken“ sei notwendig, wenn linke und marxistische Politik in der Bundesrepublik Deutschland eine Zukunft haben solle. Als gemeinsame Positionen fordert der KB: Unversöhnlichkeit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Politik, Unterstützung der Rebellion sozialer Minderheiten und volle Gleichstellung von Immigranten. Es konnte nicht festgestellt werden, daß von dieser Veranstaltung wesentliche Impulse ausgegangen sind.

Gegen die Übersiedler aus der DDR betrieb auch der KB massive Hetze. In der Septemбераusgabe des „ak-Arbeiterkampf“ wurden unter der Überschrift

„Liebe Deinen Zoni wie Dich selbst“

in einer auch für KB-Verhältnisse ungewöhnlichen Weise polemisiert. Man hätte den eintreffenden „Zonis“ gleich auf dem Bahnsteig „gern die Fresse poliert“. Denn eine solche Gelegenheit, „auf einen Schlag Millionen reaktionärer A... mitzutreffen, darf man nicht auslassen“. Wenigstens in einigen Leserbriefen wurden diese Ausfälle als „eine intellektuelle Bankrotterklärung ohnegleichen“ kritisiert. Für derart wüste Haßtiraden dürfe kein Platz sein.

Am 11. Dezember veröffentlichte der KB eine Erklärung seines „Leiten-

den Gremiums“ zur Deutschlandpolitik. Unter anderem wird ausgeführt, daß der KB Deutschland das Recht auf nationale Selbstbestimmung abspreche. Nationale Eigenstaatlichkeit sei eine sinnvolle Forderung nur für Länder, die sich aus kolonialistischer Unterdrückung befreien. Der KB lehne die Wiedervereinigung auch ab, weil er internationalistisch sei.

Den Mord an HERRHAUSEN kommentierte der KB mit persönlichen Verunglimpfungen des Opfers.

In Niedersachsen war der KB überwiegend im Rahmen von Aktionsbündnissen mit Schwerpunkt in Göttingen aktiv.

## „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der BWK widmete sich schwerpunktmäßig der geplanten Fusion mit der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) und der „Freien Arbeiter Union/Rätekommunisten“ (FAU/R). In einer gemeinsam erstellten „Beilage“ Nr. 3 vom 28. September zu den Publikationen

- „Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen),
- „Politische Berichte“, (BWK),
- „Sozialistische Zeitung“, (VSP)

wurden der Entwurf einer programmatischen Erklärung und das „Protokoll“ der gemeinsamen Konferenz von BWK, FAU/R, VSP zur Programmdiskussion am 26./27.8.89 in Köln veröffentlicht. Den Fusionsbemühungen blieb allerdings der Erfolg versagt. Nach wiederholten Differenzen - vor allem in der Bewertung der Vorgänge in Osteuropa - beschloß die VSP im Januar 1990, die Vereinigungsverhandlungen nicht fortsetzen.



Im übrigen beschränkte sich der BWK überwiegend auf Aktivitäten als Bündnispartner oder Unterstützer anderer Organisationen, insbesondere der terroristischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

In einer Dokumentation „DDR-Opposition zur deutschen Frage“ und in einem Artikel „BRD-Ziel Wiedervereinigung ist Teil der EG-Ostexpansion“ im zentralen Organ „Politische Berichte“ vom 22. Dezember wird von einer Art gemeinsamer EG-Kolonialbank, der gemeinsamen „Erschließung Osteuropas“ und vom Anspruch der Bundesregierung auf Annexion der DDR gesprochen. Weiter werden „revanchistische Territorialansprüche gegenüber Polen und der UdSSR“ unterstellt.

In Niedersachsen spielte der BWK eine untergeordnete Rolle. Von anderen Gruppierungen wird er hauptsächlich wegen seiner technischen Möglichkeiten geschätzt.

## **„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)**

In der aus der KPD/ML und der „Gruppe Internationaler Marxisten“ (GIM) im Oktober 1986 hervorgegangenen VSP gibt es nach wie vor interne Spannungen. Die seit langem angestrebte Fusion mit dem BWK scheiterte. Unvereinbare Positionen hatten sich vor allem bei der Bewertung der Vorgänge in den osteuropäischen Ländern ergeben. Während die VSP dort Ansätze zur Demokratisierung sah, sprach der BWK von Konterrevolution. An dem gemeinsamen Programmentwurf als Arbeitsgrundlage für Aktionseinheiten beider Organisationen soll festgehalten werden.

Zum Mord an HERRHAUSEN veröffentlichte die „Sozialistische Zeitung“ (SoZ) der VSP am 7. Dezember eine ganzseitige „Stellungnahme und eine Kommentierung durch SoZ-Archiv-Material“. Der Ermordete wird in der gesamten Dokumentation nur A.H. genannt und verunglimpft.

Breiten publizistischen Raum nahmen in der „Sozialistischen Zeitung“ die Umwälzung im Ostblock und die Ereignisse in der DDR ein. Zusammenfassend sprach sich die VSP gegen eine Vereinigung aus, „die unter den gegebenen Bedingungen nur den Kapitalismus stärken kann“.

An einer für Mitte Dezember auf Einladung der VSP in Hamburg durchgeführten zentralen Arbeitskonferenz zum Thema

„DDR '90, Aufbruch, Umbruch, Aufkauf“

nahmen nach eigenen Angaben über 200 Personen – darunter Vertreter des KB, der MLPD sowie je zwei Anhänger der DDR-Organisationen „Vereinigte Linke“ und „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“ – teil.

Anschließend wurden „praktische Hilfsmaßnahmen zugunsten linker Kräfte in der DDR“ vorgestellt und diskutiert. Die „Sozialistische Zeitung“ bewertete die Konferenz als „ersten – bescheidenen – Anfang einer notwendigen Diskussion der westdeutschen Linken zur Einschätzung der Lage in der DDR, zur Präzisierung unserer Sozialismuskonzeptionen und zur Entwicklung von Konzepten gegen die Offensiven des BRD-Kapitals“.

In Niedersachsen blieb die VSP weiterhin bedeutungslos. Anfang Dezember gab sie ihre Mitarbeit an der

gemeinsam mit dem BWK und der Volksfront herausgegebenen Publikation

„Lokalberichte Hannover“ auf.

### **„Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (Volksfront)**

Die Volksfront wird inzwischen maßgeblich vom BWK beeinflusst. In der Öffentlichkeit trat sie hauptsächlich als Bündnispartner anderer Organisationen auf. Als ständige Publikationen erscheinen

- „Volksecho“ und
- „Antifaschistische Nachrichten“ mit Berichten zum „Antifaschismus-Kampf“.

In Niedersachsen war die Volksfront personell zu eigenständigen Aktionen nicht fähig. Auch die verschiedensten Beteiligungen an bündnispolitischen Aktivitäten waren vielfach nur vorgetäuscht, da die aktiven Volksfront-Mitglieder bereits als BWK-Angehörige teilnahmen. Innerhalb der extremistischen „Neuen Linken“ gilt die Volksfront als „nur mit Papieren beschäftigte“ Gruppierung.

### **„Radikale Linke“**

Als „Radikale Linke“ bezeichnet sich ein loser Zusammenschluß von Mitgliedern des KB, der VSP, „Erneuerern“ aus den Reihen der DKP, Anhängern autonomer und anarcho-kommunistischer Gruppierungen, Personen aus dem RAF-Umfeld sowie Anhängern ökosozialistischer und fundamentalistischer Strömungen in den Grünen zur Sammlung revolutionär-sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik.

Auf Arbeitstreffen am 16./17. April und am 1./2. Juli prallten sehr unterschiedliche Auffassungen aufeinander.

Bei der Diskussion eines überarbeiteten „Grundlagenpapiers“ am 14./15. Oktober in Frankfurt/M. wurde eine wirksame Opposition gegen den „Konsens der kapitalistischen Modernisierung“ gefordert. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein kapitalistischer Staat, der durch Vorherrschaft in Westeuropa zur Weltmacht werden wolle und im Osten Gebietsansprüche erhebe. Die Zeit der Klassen und Klassenkämpfe sei nicht vorbei. In dem Papier wird weiter ausgeführt, daß die „staatsfeindliche“ oder auch nur systemkritische Linke in den letzten Jahren schwächer geworden sei. Inzwischen eröffne sich aber wieder ein günstiges Feld für antikapitalistische, radikalökologische und feministische Politik.

Am 24. November kündigten Anhänger der „Radikalen Linken“ eine Gesetzesinitiative gegen eine Wiedervereinigung an. Im Grundgesetz müsse die Zweistaatlichkeit von DDR und BRD festgeschrieben werden.

Die „Sozialistische Zeitung“ der VSP und das KB-Organ „ak-Arbeiterkampf“ veröffentlichten kritische Stellungnahmen zum „Grundlagenpapier“ der „Radikalen Linken“. Den Verfassern wurde vorgehalten, ihr Entwurf begünstige die Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte, er verkenne die Notwendigkeit von Solidarität der Zukurzgekommenen in den Metropolen mit den Opfern des Imperialismus und der Dritten Welt.

Insgesamt ist das Projekt einer „Radikalen Linken“ nicht wesentlich vorangekommen.

# Undogmatischer Links- extremismus

## Allgemeine Entwicklung

Im undogmatischen Bereich der „Neuen Linken“ sind nach wie vor kaum feste Strukturen, klare ideologische Zielvorstellungen oder etwa ausformulierte Programme feststellbar. Wo Ansätze von Gruppenbildungen deutlich wurden, lag dies an Leitfiguren, die sich für ein besonderes Thema stark machten und andere vorübergehend an sich banden.

Auch in diesem Spektrum des Linksextremismus sind die Entwicklungen in Osteuropa und insbesondere in der DDR nicht ohne Wirkung geblieben. Der rasante Niedergang des real existierenden Sozialismus und damit der marxistisch-leninistischen Ideologie entzog auch weiten Bereichen der undogmatischen Linksextremisten die Grundlage für die politische Begründung ihres Handelns, soweit dieses sich zumindest auf Teile dieser Ideologie bezogen hatte.

Anarchistische Denkweisen als gleichsam letzte verbliebene Erklärung für Linksextremisten gewinnen dagegen noch stärker an Bedeutung.

Organisiertes Handeln von Gruppierungen der undogmatischen „Neuen Linken“ wurde im Berichtszeitraum im „Antifaschismuskampf“, im „Häuserkampf“ und im „Widerstand“ gegen die Kernenergie und gegen die sogenannte „Panzertrasse“ im Raum Garlstadt festgestellt. Insgesamt waren die Aktivitäten auch hier rückläufig.

Aktionen aus dem undogmatischen Bereich sind schwer berechenbar, da Gefühlslage und Feindbild oft spontan den Verlauf der Geschehnisse bestimmen. Dies wurde in Göttingen bei Protestaktionen besonders deutlich, bei denen der tödliche Verkehrsunfall einer Studentin von der „autonomen Szene“ sofort als „Mord“ durch die „Bullen“ angeprangert wurde.

Zu größeren Gewalttaten aus dem Bereich der undogmatischen „Neuen Linken“ ist es in Niedersachsen – bis auf die Ausschreitungen bei einer Demonstration im November in Göttingen (s. S. 26) – nicht gekommen.

## „Autonome“

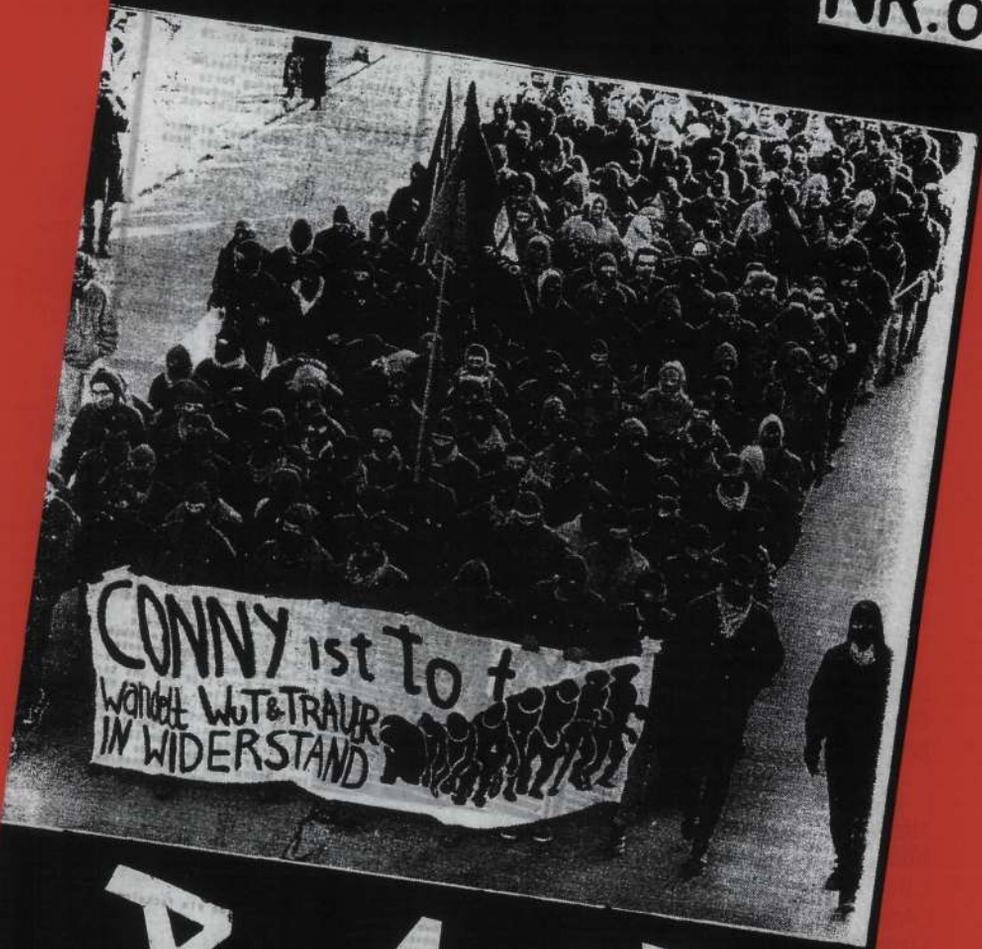
Wie im übrigen Bundesgebiet entstanden ab 1980 auch in Niedersachsen in größeren Städten militante Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken“, deren Anhänger sich selbst als „Autonome“ bezeichneten. Sie wollten damit die Ablehnung ihrer Einbindung in bestehende politische Strukturen zum Ausdruck bringen.

Ihren Ursprung hatten diese Gruppierungen u.a. in der Hausbesetzer-Szene. Gemeinsame Ziele wurden in der Folgezeit nicht erkennbar. Die einzige übergreifende Motivaton ist der Haß auf Staat und Gesellschaft. Dieses „Schweine- und Verbrechersystem“ stehe für Unterdrückung, Arbeitszwang und Ausbeutung und verhindere ein selbstbestimmtes Leben. Das durchgehende Motto für die eigenen Aktionen ist daher oft „Feuer und Flamme für diesen Staat“!

„Autonome“ bejahen grundsätzlich Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Eine Minderzahl hält sogar das „Umplätten“ bestimmter Repräsentanten des Staates für „eine richtige

DEZEMBER '89  
KOSTET NIX

NR. 8



RAZZ

Sache“! Aus dieser Einstellung heraus fand die Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Dr. Alfred HERRHAUSEN, am 30. November auch Beifall bei „Autonomen“ u.a. aus dem Hafenstraßenmilieu in Hamburg. In einem Flugbatt vom 15. Dezember erklärten sie unter der Überschrift „Deutsche Bank und deutsches Geld morden in aller Welt“, daß HERRHAUSEN der wichtigste Stratege des deutschen Kapitals gewesen sei, deshalb bedauere man seinen Tod nicht. In Niedersachsen orientierten sich die „Autonomen“ vorwiegend an regionalen Problemen. In Göttingen stand der „Antifaschismuskampf“ im Vordergrund. Aus der Sicht der gesamten linksextremistischen Szene in Niedersachsen ist Göttingen das „Faschiszenzentrum“ im Lande.

Die Braunschweiger „Autonomen“ beschäftigten sich in erster Linie mit dem von ihnen besetzten „Konzerthaus“ in der Böcklerstraße. Sie rechnen mit der Räumung des besetzten Komplexes durch die Polizei.

In Hannover versuchten „Autonome“ weiterhin, Einfluß auf die Bewohner des Sprengelgeländes zu gewinnen.

Kleinere „autonome“ Gruppen existieren in Lüneburg, Oldenburg, Osterholz und Delmenhorst. Die Gruppe in Lüneburg war bisher weitgehend in der „Anti-AKW-Bewegung“ tätig. Die Gruppe in Osterholz wandte sich vor allem gegen die „Panzertrasse“ in Richtung „Lucius-D.-Clay-Kaserne“ der USStreitkräfte bei Garlstedt.

In letzter Zeit wurden bei den „Autonomen“ auch Bestrebungen gegen die Vereinigung Deutschlands festgestellt.

## Besondere linksextremistische Aktionsfelder

### „Antifaschismuskampf“

Der „Antifaschismuskampf“ war 1989 die alle Linksextremisten einigende Klammer. Aktivitäten richteten sich gegen konservativ-demokratische wie rechtsextremistische Vereinigungen und Personen gleichermaßen.

Aktionen gegen „Neofaschismus“ wurden damit begründet, daß es keine grundsätzlichen ideologischen Unterschiede zwischen bürgerlichen und den offensichtlich faschistischen Positionen gäbe; Faschismus sei integraler Bestandteil jedes parlamentarischen Systems in den imperialistischen Staaten.

Besonderes Angriffsziel der „Antifaschisten“ war die Polizei. Ihr galt die Polemik „Deutsche Polizisten schützen Faschisten“. Dies kam besonders in Göttingen zum Ausdruck, als nach Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und „Antifaschisten“ eine Studentin, die sich einer Personenfeststellung durch die Polizei entziehen wollte, auf einer vielbefahrenen Straße vor einen PKW lief und getötet wurde. Dieser Unglücksfall wurde sofort als „Mord“ bezeichnet. Eine „Antifaschistin“ sei von den „Bullen in den Tod getrieben“ worden. Auf Flugblättern mit den Titeln:

Antifaschistin - Bullenjagd auf Antifaschisten endet mit dem Tod von Conny wurde im gesamten Bundesgebiet

nr.  
3



# information antifaschistischen kampf

braunschweig  
feb. 89

Zerschlagung aller faschistischen  
Organisationen und Banden!



zu einer Großdemonstration in Göttingen am 25. November aufgerufen. An der Demonstration beteiligten sich etwa 12 - 15.000 Personen. Darunter befand sich ein Block von ca. 2500 Vermummten aus dem Kreise der militanten „Autonomen“. Dieser „schwarze Block“ marschierte an der Spitze des Demonstrationzugs und gab der ganzen Veranstaltung ein aggressiv-militantes Gepräge. Aus dem Demonstrationzug heraus wurde eine Vielzahl von Sachbeschädigungen verübt. Bei Auseinandersetzungen erlitten zahlreiche Polizeibeamte Verletzungen.

## **Einflußnahme von Linksextremisten auf die „Anti-Kernkraft-Bewegung“**

Ein herausgehobenes Thema der Linksextremisten war auch im Berichtsjahr die Be- oder Verhinderung von „Atomtransporten“ auf Schiene und Straße. Entsprechende „Kampagnen“ wurden auf mehreren bundesweiten „Konferenzen“ der Kernkraft-Gegner beschlossen, an der auch Linksextremisten teilnahmen.

Seit der Aufgabe des Standortes Wackersdorf für eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und der damit einhergehenden Verlagerung der Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente nach La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) gehörte die „Internationalisierung der Atomwirtschaft“ zu den bevorzugten Themen der „Anti-Kernkraft-Bewegung“.

In Niedersachsen konzentrierten sich die Aktivitäten zunächst auf die Behinderung von CASTOR-Transporten in das Zwischenlager Gorleben. Erheblichen Widerstand löste die Planung einer Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) aus, in der abgebrannte

Brennstäbe und sonstige radioaktive Abfälle in eine endlagerfähige Form gebracht werden sollen. Bei Baubeginn kam es zu vielfältigen Aktionen von Kernkraftgegnern unter linksextremistischer Beteiligung. Auch der Schacht Konrad in Salzgitter-Watenstedt als geplantes Endlager für radioaktiven Abfall, das Versuchs-Endlager „Asse“ und das Erkundungsbergwerk in Gorleben (Prüfung des Salzstockes auf Endlagerfähigkeit für hochradioaktive Stoffe) gaben erneut Anlaß zu Protesten.

Der Deutschen Bundesbahn wurde auf Plakaten und Aufklebern vorgehalten, alles zu transportieren, sogar Bomben, Giftgas, Munition und Atommüll. In der Nacht zum 15. März wurde auf der Bundesbahnstrecke zwischen Celle und Uelzen ein Sprengstoffanschlag auf eine 100 KV-Leitung vorgenommen. Die Tatbekennung enthielt den Hinweis, daß sich die Aktion gegen den Transport von Atommüll und gegen die Deutsche Bundesbahn als „Atomtransporteur“ richte und bei zukünftigen Transporten scharfe Sprengvorrichtungen Verwendung finden würden.

Auf den „Atomrouten“ kam es zu mehreren Sabotagehandlungen und Sachbeschädigungen.

## **Aktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstadt**

Aktionen gegen den Bau einer „Panzertrasse“ (Errichtung eines Eisenbahnanschlußgleises von der Lucius-D.-Clay-Kaserne in Garlstadt an das Netz der Deutschen Bundesbahn) gehen seit etwa Mitte 1986 nahezu ausschließlich von Extremisten aus, die der Bremer und Osterholzer „autonomen“ Szene zuzurechnen sind. Bis zur Fertigstellung der Gleisanlagen im Frühjahr 1989 kam es im gesamten Bereich der etwa 9 km langen Trasse



# CONNY

**Am 17. November 1989 in Göttingen  
von der Polizei in den Tod gejagt.**

**Uns reicht die Trauer nicht  
und nicht der Haß  
ihr bezahlt uns alles  
und ihr bezahlt es teuer**

**Bundesweite Demo  
Samstag, 25.11.1989  
Göttingen 13<sup>00</sup>Uhr Wilhelmsplatz**

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Naziskins und AntifaschistInnen in der Burgstraße in Göttingen trafen sich an einem anderen Ort ca. 20 AntifaschistInnen, um sich den Faschisten entgegenzustellen. Diese Gruppe wurde von Anfang an von mehreren (bis zu 10) Streifen- und Zivilwagen der Bullen verfolgt mit dem Ziel, sie zu jagen, fertig zu machen. Über ihren Funk sagten Sie: "Sollen wir sie plattmachen?"

Nachdem die Gruppe die Weender Landstraße vor dem Kulturzentrum erreichte, sahen die Bullen eine günstige Gelegenheit (wie auch im Bullenfunk zu hören war), ihren Plan umzusetzen und griffen die Antifas mit gezogenen Knüppeln an. Die Leute versuchten über die stark befahrene Weender Landstraße, die einzig offenegebliebene Fluchtrichtung zu entkommen.

Auch Conny versuchte einem der Bullen, der sie angriff, dorthin auszuweichen. Zu diesem Zeitpunkt kam ein Pkw mit recht hoher Geschwindigkeit herangefahren. Conny wurde von ihm erfaßt, in die Luft geschleudert und war sofort tot.

immer wieder zu erheblichen Sachbeschädigungen wie Zerstörung von Verkehrszeichen, Signalanlagen, Zäunen sowie Beschädigung der Gleisanlagen.

Anlässlich der Verlegung der gesamten US-Panzerbrigade im Rahmen eines Manövers ab Ende März, die mit der Inbetriebnahme der Gleisanlagen verbunden war, wurde während der gesamten Transportphase mehrfach versucht, die Gleise mit massiven Hindernissen und Sperren zu blockieren. Während der Rückverlegung der Brigade in der ersten Hälfte des Monats Mai kam es wiederum zu Sachbeschädigungen, Sabotagehandlungen und sonstigen Eingriffen in den Bahnverkehr.

## Linksextremistischer Terrorismus

Auch 1989 waren in Niedersachsen größere terroristische Gewalttaten nicht festzustellen. Das terroristische Umfeld trat in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung.

### „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Anfang 1989 rückte die RAF durch den 10. Hungerstreik der inhaftierten terroristischen Gewalttäter wieder in das Licht der Öffentlichkeit. Der seit 1987 geplante, aber mehrfach verschobene Hungerstreik begann am 1. Februar. In einer abgestimmten Erklärung forderten die Gefangenen als Hauptziel des Hungerstreiks erneut die Zusammenlegung in großen Gruppen. Der Hungerstreik war so geplant, daß nach Ablauf von 14 Tagen zunächst nur zwei Beteiligte weiterhungerten, zu denen in der Folgezeit nacheinander immer weitere Inhaftierte hinzukommen sollten. Man hoffte, daß der

Staat in Zugzwang geraten und den Forderungen der Inhaftierten spätestens dann nachkommen würde, wenn die ersten Hungernden in einen lebensbedrohlichen Zustand gerieten.

Die Forderungen der Inhaftierten wurden durch Informationsveranstaltungen in die Öffentlichkeit getragen und durch Demonstrationen nachdrücklich unterstützt. In etlichen Städten wurden sogen. „Hungerstreik-Infobüros“ eingerichtet. Diese Mobilisierung verfehlte ihre Wirkung auf den gewaltbereiten linksextremistischen Bereich nicht; in vielen Städten – auch in Niedersachsen – kam es zu Sachbeschädigungen und Schmierereien für die Zusammenlegungsforderungen. Höhepunkt war der Brandanschlag auf die Börse in Frankfurt am 12. April.

Als einige Inhaftierte in einen kritischen Gesundheitszustand gerieten, wurde der Hungerstreik unterbrochen, um die staatlichen Stellen zum Einlenken zu bewegen. Bis zum Herbst wurden in mehreren Strafanstalten Kleingruppen gebildet; die Maximalforderungen wurden aber nicht erfüllt. Ende Oktober zogen die Inhaftierten „unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich“. In einer Erklärung wurde „die Initiative, die (die Inhaftierten) für andere (nämlich die anderen Ebenen der RAF) in der Zeit (des Hungerstreiks) an sich gezogen hatten, wieder abgegeben“. Die Inhaftierten gaben der Kommandoebene und dem Umfeld der RAF damit deren Handlungsfreiheit zurück.

Kurz darauf, am 30. November, ermordete die Kommandoebene in Bad Homburg durch einen Sprengstoffanschlag den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Dr. Alfred HERRHAUSEN. Die Attentäter hat-

ten einen auf einem Fahrrad deponierten Sprengkörper mit Hilfe einer Lichtschranke zur Explosion gebracht.

Am Tatort wurde ein Zettel mit der Aufschrift „Kommando Wolfgang Beer“ und dem RAF-Symbol gefunden. Eine ausführliche Taterklärung ging am 5. Dezember bei verschiedenen Presseagenturen ein. Sie zeigt das Bemühen, das gesamte Spektrum des „Widerstandes“ in der Bundesrepublik anzusprechen und in die „revolutionäre Front“ einzugliedern.

Obleich die Taterklärung keine Bezüge zur italienischen Terrororganisation „Brigate Rosse“ enthielt, mit der die RAF im Frühjahr 1988 eine gemeinsame Offensive vereinbart hatte, erklärten vier in Rom angeklagte Mitglieder dieser Organisation am 4. Dezember ihre Solidarität mit der RAF. An der Bildung einer „antiimperialistischen Kampffront in Westeuropa“ mit dem Ziel, „gemeinsame Offensiven gegen die Politiken des Imperialismus zu bilden“, müsse festgehalten werden.

Dem Mord der Kommandoebene folgten Anschläge der „Kämpfenden Einheiten“ - die Militanten der RAF - so ein Anschlagversuch am 10. Dezember auf das Forschungszentrum der BAYER AG in Monheim und ein Sprengstoffanschlag auf die RWE-Hauptverwaltung in Essen am 5. Februar 1990. In den Taterklärungen wird u.a. die Zusammenlegung der Gefangenen gefordert.

Die Stellungnahmen aus linksextremistischen Kreisen zu dem Mord an Dr. HERRHAUSEN zeigen, daß es der RAF nicht gelungen ist, wesentliche Zustimmung für ihr Konzept der „antiimperialistischen Front“ zu erhalten. Die weitgehende Isolation der RAF

läßt indessen bislang keine Abkehr der RAF von ihrem Konzept erkennen.

## **„Revolutionäre Zellen“/ „Rote Zora“**

Die „Revolutionären Zellen“ (RZ) begründeten ihre Anschläge mit der Ausländer- und Flüchtlingsproblematik. Am 9. Mai verübten sie Sprengstoffanschläge gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster. In der Taterklärung werden die Anschläge als Protestaktionen gegen die „imperialistische Flüchtlingspolitik“ und „rassistische Ausländerfeindlichkeit“ in der Bundesrepublik hingestellt. Einem für Asylverfahren zuständigen Richter wird vorgeworfen, „ein kleines aber wirksames Rad im internationalen Klassenkrieg gegen die Armen in drei Kontinenten“ zu sein. Ebenso wurden die Brandanschläge am 12. November auf die „Informations- und Beratungsstelle der Stadt Köln für ethnische Minderheiten“ und am 14. November auf die „Behörde für Arbeit und Soziales“ in Hamburg begründet.

Die innerhalb der RZ - nach eigenen Bekundungen - selbständig operierende Frauengruppe „Rote Zora“ hatte in der Vergangenheit Anschläge zum Themenbereich „Gentechnik/Frauenproblematik“ begangen. Ein erfolgreicher exekutiver Zugriff am 18.12.1987 hat offensichtlich erhebliche Verunsicherung bewirkt. Seitdem kam es lediglich zu einem Anschlagversuch im Februar 1988.

Eine in Berlin gegründete RZ sah im November 1989 eine Verschärfung der „linken Krise“ in der Bundesrepublik durch die Entwicklung in den Staaten des „real-existierenden Sozialismus“. Auch das Scheitern der in Befreiungs-

# Linksextremismus

bewegungen gesetzten Erwartungen hätte zu einem Utopie- und Hoffnungsverlust beigetragen. Künftig seien die Auseinandersetzungen mit Faschisten und dem Faschismus notwendiger Schwerpunkt, die es neben der Reduzierung der Rüstungsfor-

schung und -produktion zugunsten der Ökologiepolitik durch geeignete Aktionen zu beschleunigen gelte.

In Niedersachsen waren im Berichtszeitraum Aktivitäten von „Revolutionären Zellen“ nicht erkennbar.

**„DIE REVOLUTIONÄREN PROZESSE SIND DIE ERFAHRUNGEN, DIE AUS DER ABWIEGE ZWISCHEN LEBEN UND TOD HERAUS, NUN ZU EINEM ENTSCHEIDENDEN KAMPF FÜR DAS LEBEN GEFÜHRT WERDEN.“**

am 30.11.1988 haben wir mit dem 'kommando wolfgang beer' den chef der deutschen bank, alfred herrhausen, hingerichtet; mit einer selbstgebasteten hohlladungslinie haben wir seinen gepanzerten mercedes gesprengt.

durch die geschichte der deutschen bank zieht sich die blutspur zweier weltkriege und millionenfacher obdauern, und in dieser kontinuierlich regierte herrhausen, an der spitze dieses abechtsentrums der deutschen wirtschaft; er war der mächtigste wirtschaftsführer in europa.

deutsche bank, das ist quer durch westeuropa und in weiten teilen der welt zum symbol für die macht und herrschaft geworden, die überall (frontal) mit den fundamentalen interessen der menschen nach einem leben in würde und selbstbestimmung zusammenstößt. unter herrhausens regie hat sich die deutsche bank zur europaweit größten bank aufgeschwungen und dominiert die wirtschaftliche und politische entwicklung, sie hat ihr netz über ganz westeuropa geworfen und steht an der spitze der faschistischen kapitalstruktur, gegen die sich jeder widerstand durchzusetzen

seit jahren bereitet sie den einbruch in die länder osteuropas vor, jetzt steht sie und andere lauern in den stadtlochern, um auch die menschen dort wieder in den stadtlochern, um faschischer ausbeutung zu unterwerfen, herrhausens pläne gegen die länder im zentrum, die selbst in 'linksinthelligen' kreisen als humane fortschrittliche konzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der versuch, die bestehenden herrschafts- und ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern; sie verlängern und verschärfen noch weiter die leiden der völker, es ist weltweit eine destruktive entwicklung, die der imperialismus zur sicherung seiner profit- und machtpositionen produziert; völkerarmut, hunger, erniedrigung, existenzunsicherheit und umfassende zerstörung schafft eine im kern einheitlicher situation, die überall existenzielle dimensionen angenommen hat, nirgends können die menschen wirklich nach ihren angemenheiten vorstellungen und werten leben, aber die akteure dieses systems müssen wissen, daß ihre verbrechen ihnen erbitterte feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen platz geben wird in der welt, an dem sie vor den angriffen revolutionärer guerilla-einheiten sicher sein können.

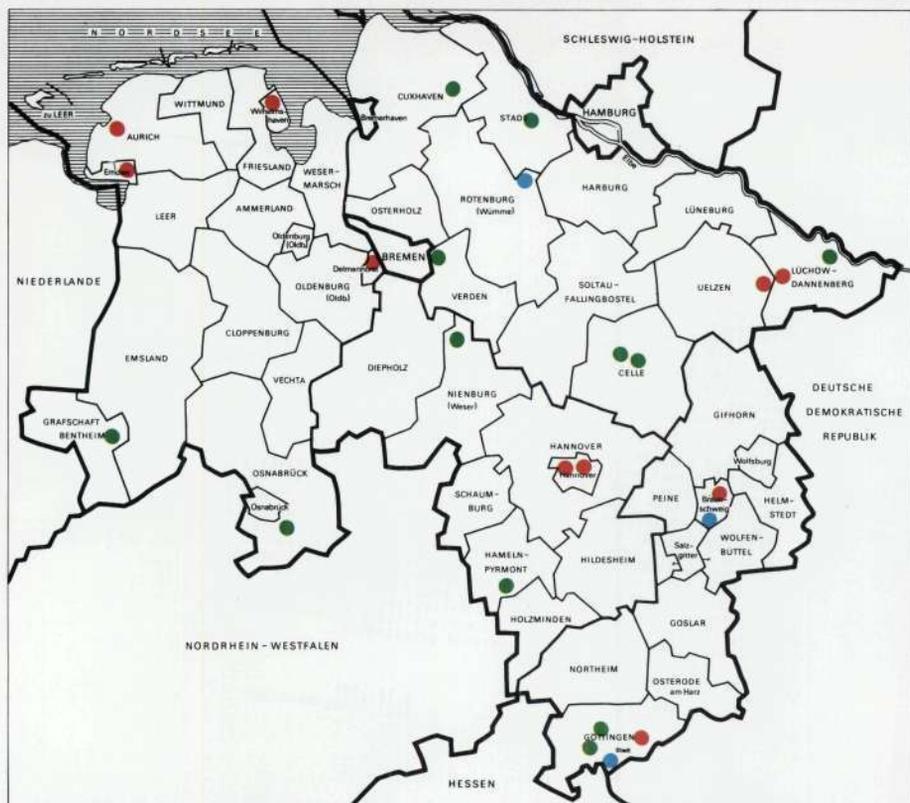
wir alle, die gesamte revolutionäre bewegung in westeuropa stehen vor einem neuen abschnitt. die völlig veränderte internationale situation und die ganzen neuen entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre prozess neu bestimmt und auf neuer grundlage weiterentwickelt werden muß, und daran wollen wir die entscheidung mitmachen, die schluß machen wollen mit der imperialistischen zerstörung und die für eine grundätzlich andere menschen orientierte gesellschaft zu schaffen, und die diese ausentwickeln.

neuer abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die neu-  
zusammensetzung der revolutionären bewegung, was möglich ist,  
weil viele es wollen und es gibt die ersten schritte dahin  
schon, wir stellen uns das vor als einen prozess von gemeinsamer  
diskussion und praxis, in dem offen über die verschiedenen  
erfahrungen, vorstellungen und kritiken geredet wird, um die  
gesamte entwicklung zusammen zu begreifen und um zu politischen  
bestimmungen und konkreten greifbaren vorstellungen für den  
umwälzungsprozess zu kommen.  
in der diskussion darüber müssen die gefangenen teil sein,  
dafür und weil das vernichtungsprojekt gegen sie endlich  
gestoppt werden muß, muß jetzt ihre zusammenlegung und damit  
die perspektive für ihre freiheit erkämpft werden.  
in dieser neuen phase müssen wir es schaffen, die vielfältige  
und unterschiedliche revolutionäre praxis in eine  
orientierung gegen das system zu verbind.n. der revolutionäre  
prozess braucht neue dynamik und produktive wechselseitigkeiten,  
nur zusammen können die kämpfe die nötige kraft entwickeln,  
um destruktive entwicklungen des imperialismus zu stoppen  
und überhaupt seine ganze zerstörerische entwicklungsrichtung  
imperialismus - nur zusammen, also als eine front gegen den  
befreiungskämpfe weltweit einen einheitlichen, internationalen  
und langandauernden umwälzungsprozess durchsetzen.

ZUSAMMEN KÄMPFEN I

8.12.1969  
ROTE ARMEE FRAKTION





## ANSCHLÄGE 1988

1. 1. bis 31. 12. 1988

- 3 ● Sprengstoff
- 10 ● Brand
- 13 ● Sachbeschädigung  
(über 5.000 DM)



## Grundsätzliche Merkmale und Differenzierungen

Der Rechtsextremismus ist im Unterschied zum Linksextremismus, der sich großenteils zum Marxismus-Leninismus bekennt, nicht durch vergleichbar gefestigte ideologische Strukturen gekennzeichnet. Während der Marxismus-Leninismus bis in die jüngste Zeit hinein ein weitgehend geschlossenes ideologisches Weltbild vermittelt hat, bestehen im Rechtsextremismus große Unterschiede in Ideologie und Terminologie sowie in der Zusammensetzung, Aktivität und Gewaltbereitschaft der Mitglieder. In der Öffentlichkeit wird dies häufig nicht gesehen. Begriffe wie Faschismus, Neofaschismus, Neonazismus und Rechtsextremismus werden – insbesondere wenn sie als politische Kampfbegriffe benutzt werden – oft wahllos nebeneinander zur Beschreibung verschiedener politischer Entwicklungen verwendet. So ist etwa die ursprüngliche Bedeutung des historischen Faschismusbegriffs, der sich an dem ständisch-korporativen System Italiens unter Mussolini orientiert, weitgehend verschüttet. Der historische Faschismus hat bislang keiner rechtsextremistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland zum Vorbild gedient. Eine undifferenzierte Betrachtung des Rechtsextremismus erschwert die fundierte politische Auseinandersetzung.

Den in der Bundesrepublik Deutschland tätigen rechtsextremistischen Gruppierungen ist gemeinsam, daß sie teils unverhohlen, teils verdeckt, wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnen oder aktiv bekämpfen. Kennzeichen des Rechtsextremismus sind

- ein übersteigerter Nationalismus, der kompromißlos die deutschen

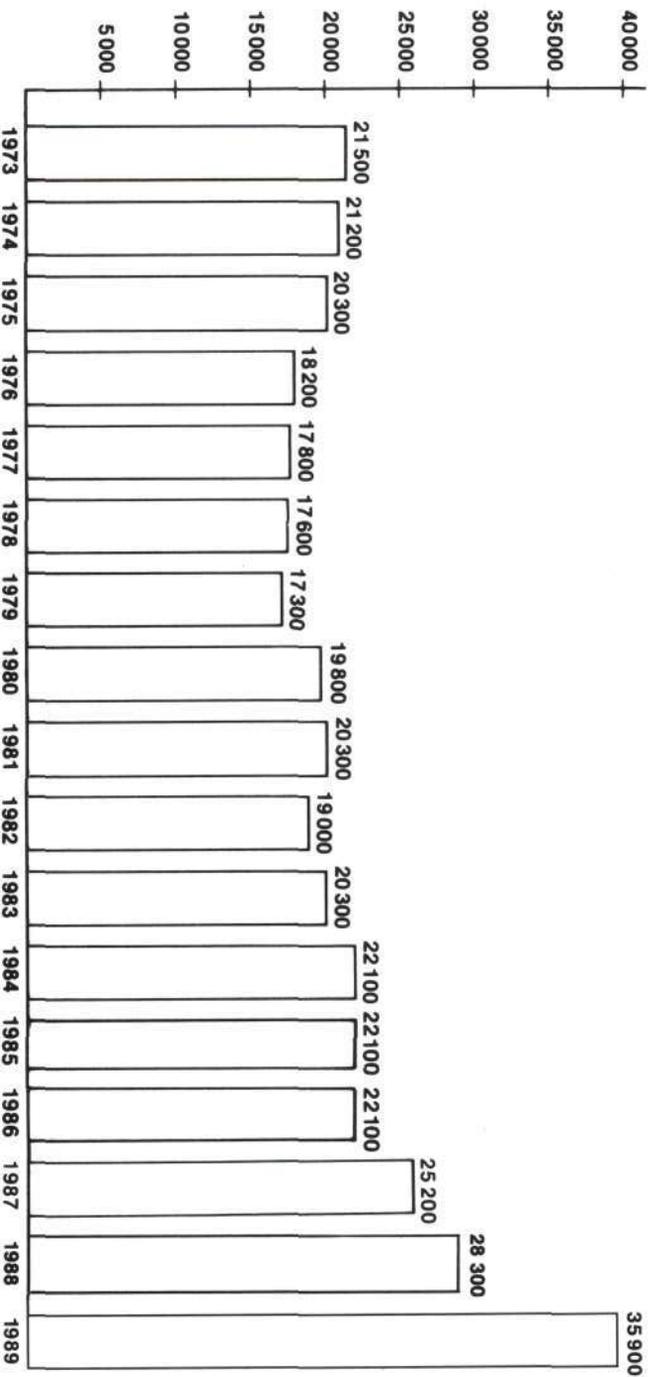
Interessen über jene anderer Länder stellt,

- die Ablehnung pluralistischer Strukturen und deren Ersetzung durch eine rassistisch verstandene „Volksgemeinschaft“, die die Rechte des einzelnen drastisch schmälert und diese dem „Volksganzen“ unterordnet,
- eine aggressive, häufig menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- die mangelnde Distanz zum „Dritten Reich“ und die Verharmlosung, Rechtfertigung oder gar Verherrlichung nationalsozialistischer Untaten,
- die Diffamierung demokratischer Parteien und ihrer Vertreter, beispielsweise als „Vasallen der Besatzerstaaten“.

Die den Rechtsextremismus kennzeichnenden Merkmale sind jedoch nicht bei allen Gruppen im gleichen Maße erkennbar. Während der Neonazismus als ein Unterfall des Rechtsextremismus alle wesentlichen Verfassungsgrundsätze offen ablehnt und langfristig die Errichtung eines dem „Dritten Reich“ vergleichbaren politischen Systems anstrebt, geben sich die „nationaldemokratischen“ und „nationalfreiheitlichen“ Organisationen um die NPD und DVU deutlich vorsichtiger und formulieren ihre Ziele vielfach unter Verfolgung eher tagespolitischer Fragen. Die NPD und auch die „nationalfreiheitlichen“ Rechtsextremisten um die DVU lehnen Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ab. Unter den Neonazis ist hingegen seit Jahren eine deutliche Neigung zur Gewaltanwendung sichtbar, die sich beispielsweise in Körperverletzungen, Sachbeschädigungen oder gar Brandanschlägen niederschlägt. Diese Aktionen sind jedoch selten über län-

# Mitglieder-Entwicklung der rechtsextremistischen Organisation\* von 1973 – 1989

Zahl der Mitglieder



gere Zeit geplant. Vielfach handelt es sich vielmehr um Spontanaktionen, die aus einer aktuellen Situation heraus durchgeführt werden. Gerade dies macht aber die Verhaltensweise neonazistischer Gewalttäter im höchsten Maße unberechenbar und gefährlich.

Herausragendes Merkmal des Neonazismus, aber auch anderer rechtsextremistischer Bestrebungen ist der Rassismus. Als rechtsextremistische Ausprägung der Ideologie von der Ungleichheit der Menschen war und ist er Grundlage einer nach der „Wertigkeit“ der einzelnen „Menschenrassen“ aufgestellten Rangordnung, in der die „Arier“ auf der höchsten und die Juden auf der untersten Stufe stehen.

Gegenwärtig ist dieser Antisemitismus durch eine teilweise rassistisch begründete Ausländerfeindlichkeit überlagert. Rechtsextremisten orientieren sich dabei an den Kriterien der „Fremdartigkeit“ der Ausländer. Je „fremdrassiger“ der Ausländer, insbesondere der Asylbewerber ist, desto deutlicher wird er als potentielle Gefahr der Rassenvermischung oder für die deutsche „Volkssubstanz“ bzw. „Volksgemeinschaft“ hingestellt und man fordert, dem Antisemitismus vergleichbar, aus rassistischen Beweggründen die „Entfernung“ dieser Ausländer.

## Zur allgemeinen Lage des Rechtsextremismus

Bei der zusammenfassenden Betrachtung des Rechtsextremismus für das Jahr 1989 fällt die starke Zunahme der Gesamtzahl rechtsextremistischer Mitgliedschaften (auch nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften) im Vergleich zum Vorjahr

auf. Die deutlichere Zunahme in Niedersachsen erklärt sich zum Teil aus Informationslücken für das Jahr 1988, zum anderen schlägt hier signifikant der überproportionale Anhängerzuwachs durch, den der erhebliche Mitteleinsatz des rechtsextremistischen Verlegers und DVU-Vorsitzenden Dr. FREY bis zur Europawahl 1989 für den Bereich des „national-freiheitlichen“ Rechtsextremismus bewirkt hat.

Im neonazistischen Rechtsextremismus ist nach einer Phase des Mitgliederzuwachses in Niedersachsen ein Rückgang zu verzeichnen. Er ist durch den „Wegfall“ der in Niedersachsen personell mit der FAP fast identischen neonazistischen „Bewegung“ entstanden, während in anderen Teilen der Bundesrepublik die Zahl der Doppelmitgliedschaften nicht so hoch war.

Im Bereich des „nationaldemokratischen“ Rechtsextremismus setzte sich ein leichter Zuwachs fort. In Niedersachsen zeichnet sich jedoch bei den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) eine Trendwende ab, die auf die Opposition der JN gegen die Zusammenarbeit der NPD-Bundesführung mit dem DVU-Bereich zurückzuführen ist.

Die Mitgliedszahlen im Bereich des „sonstigen“ Rechtsextremismus (d.h. eigenständige Gruppen, die den drei anderen rechtsextremistischen „Lagern“ nicht zuzurechnen sind) sind insgesamt annähernd konstant geblieben. Dem Mitgliederschwund wegen Überalterung in einzelnen Gruppen steht die Neugründung einiger Gruppierungen gegenüber.

Die Partei „Die Republikaner“ hat mit einigen Programmaussagen, mit früheren rechtsextremistischen Aktivitäten einer nicht unbedeutenden Anzahl ihrer Funktionäre sowie mit

# Wird Deutschland türkisch ?

Wenn das so weitergeht,  
kommen noch Millionen Türken  
und die Deutschen werden  
Fremde im eigenen Land!

Dagegen hilft nur **DVU**

Ausländer-Begrenzung –  
damit Deutschland  
deutsch bleibt

Darum wählen Sie  
bei der Europa-Wahl  
am 18. Juni

**DVU**  
**DEUTSCHE**  
**VOLKSUNION**  
**Liste D**



öffentlichen Äußerungen Anlaß gegeben, die Frage der extremistischen Ausrichtung und damit ihrer systematischen Beobachtung sorgfältig zu prüfen. Die Abstimmung zwischen Bund und Ländern zur Frage der Einstufung der Partei als Beobachtungsobjekt konnte 1989 jedoch noch nicht abgeschlossen werden.

## Entwicklungen und Tendenzen

Im Jahr 1989 war der „Rechtsextremismus“ durch folgende Entwicklungen und Tendenzen gekennzeichnet:

- Die FAP als wichtigste neonazistische Gruppierung stagniert. Bei anhaltender erheblicher Fluktuation in ihrer Anhängerschaft und ihrem Unvermögen, dauerhafte organisatorische Strukturen aufzubauen, stellt sich ihre Entwicklungsperspektive negativ dar. Nach wie vor versucht die FAP, sich den Schutz des Parteienprivilegs nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu erhalten.
- Die NPD gerät angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland sowie einer Neuformierung und „populären“ Konkurrenz am rechten politischen Rand in eine Entwicklung, die ihre Chancen als Parteiorganisation gefährdet.
- Die bisherigen Partner des erfolglosen „Wahlbündnisses“ von DVU und NPD gehen auf Distanz. Die unterschiedlichen Interessenlagen machen sich wieder stärker bemerkbar.
- Die DVU hat in ihrer Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Europawahl überschritten. Sie stagniert personell und organisatorisch trotz des für den Berichtszeit-

raum festgestellten Mitgliederzuwachses.

- Unverändert stellen Skinheads ein militantes Potential am Rande des organisierten Rechtsextremismus dar. Zusätzlich zu den bundesweit mehr als 250 Skinheads, die – zumindest zeitweilig – dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind, gibt es in der Skinhead-Bewegung als schwer quantifizierbare „Grauzone“ einen Personenkreis, der zwar nicht rechtsextremistisch organisiert ist, aber dennoch dem Rechtsextremismus in seinem Denken und Handeln zumindest nahe steht.

Der heutige Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland birgt in sich zwei unterschiedliche Gefahrenelemente:

Die eine Gefahr besteht in der anhaltenden politischen Herausforderung und dem propagandistisch ideologischen Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Zum anderen gefährdet die Gewaltbereitschaft militanter Kreise und „Einzelkämpfer“ die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im Gegensatz zu den Vorjahren war das Jahr 1989 nicht von besonders schweren rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gekennzeichnet. Für den Berichtszeitraum ist bundesweit aber keine rückläufige Tendenz der Gewalttaten festzustellen. Zudem sind Hinweise über die Erörterung von künftigen Gewalttationen – wenn auch regelmäßig nicht genügend substantiiert – aus internen Zirkeln angefallen. Waffen- und Sprengstoffunde in einschlägigen Kreisen bestätigen überdies die latente Gefährlichkeit.

Zusammengefaßt ist jedoch festzustellen, daß rechtsextremistische

SCHEIN-  
ASYLANTEN  
STOPPEN!

Deutschland  
den  
Deutschen

**NPD**

Nationaldemokraten

Reg.-NPD-PV.-Platz. 4-7000 Stuttgart 1, Verantwortung: Udo Hoffmann E.i.B.

Bestrebungen wie in den vergangenen Jahren auch 1989 keine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dargestellt haben.

## Neonazistische Bestrebungen

### „Die Bewegung“

Nach dem Verbot der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) am 7.12.1983 bildete sich zunächst unter der Bezeichnung „Die Bewegung“ ein Funktionärskreis um die ANS/NA-Anführer und Neonazis Michael KÜHNEN und Jürgen MOSLER. Diese Funktionärsgruppe hielt den organisatorischen Zusammenhalt bisheriger Anhänger der ANS/NA mit anderen Neonazis aufrecht. „Die Bewegung“ trat für die Aufhebung des „NSDAP-Verbots“ und deren Neugründung ein. Seit 1984 unterwanderten ehemalige Aktivisten der ANS/NA sowie neu hinzugekommene Neonazis die noch auf den Stuttgarter Raum begrenzte „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), übernahmen diese Splitterpartei als „parteipolitischen Rahmen“ und bauten nach deren Umfunktionierung bundesweit Kreis- und Landesverbände der nunmehr neonazistischen FAP auf.

Als politisch-ideologische Aktionsbasis diente den Neonazis der „Bewegung“ gleichzeitig bis zum 20. April 1989 das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH). Mitte 1986 kam es im Zusammenhang mit einer

von Anführern der „Bewegung“ veranlaßten Kampagne gegen Homosexuelle, die sich u.a. gegen die führenden Aktivisten KÜHNEN und BREHL richtete, zu einer Spaltung der „Bewegung“ sowie der FAP in zwei Gruppen oder Flügel. Die Führungen der von den Neonazis MOSLER bzw. KÜHNEN geleiteten rivalisierenden Gruppierungen der „Bewegung“ einigten sich im Januar 1989 auf ein „Abkommen“, in dem sie sich verpflichteten, zugunsten ungestörter politischer Arbeit Angriffe auf „Integrität“ und „Ehre“ der jeweils anderen Seite in Zukunft zu unterlassen. Den MOSLER-Anhängern wurde die FAP als „politische Plattform“ zugesprochen, während die KÜHNEN-Anhänger sich hauptsächlich in der von KÜHNEN am 15. Juli 1988 als „FAP-Wählerinitiative“ gegründeten „Nationalen Sammlung“ (N.S.) mit Schwerpunkt in Hessen betätigen wollten.

### Zur Entwicklung der „Gesinnungsgemeinschaft“ um den Neonazi KÜHNEN

Der Bundesminister des Innern verbot am 9. Februar die „Nationale Sammlung“ (N.S.) und ordnete den sofortigen Vollzug dieser Maßnahme an. Im Rahmen dieser Vollzugsmaßnahme wurden über 40 Wohnungen, darunter eine in Niedersachsen, durchsucht. KÜHNEN bezeichnete die Verbotsvorgabe als eine „Bankrotterklärung der etablierten Parteien“. Dort hätte man offenbar Angst vor den Wahlerfolgen der N.S. bei den Kommunalwahlen in Hessen.

Als Reaktion auf das Verbot der „Nationalen Sammlung“ kündigte KÜHNEN die Gründung einer neuen Vereinigung „Initiative Volkswille“ an.

Widerstand

W

# Die Neue Front

Nr. 63

7. Jahrgang

April 100/101 JdS



1889-1989

In Niedersachsen vermochte er damit nichts zu bewegen, da er hier unverändert nur über wenige Anhänger verfügt. Die niedersächsischen Anhänger der neonazistischen „Bewegung“ gehören weit überwiegend dem Flügel um MOSLER und HEIDEL an.

KÜHNENs Anhänger waren bemüht, für ihre Gruppierung neue organisatorische Strukturen zu finden. In dieses Bestreben sind die am 13. März gegründete, auf Hamburg beschränkte Partei „Nationale Liste“ (NL) und die am 5. Mai in Bremen gegründete Partei „Deutsche Alternative“ (DA) einzuordnen. In der Ausgabe Nr. 66 der „Neuen Front“ (Juli/September 1989) wird zur Gründung einer Gruppe „NEUBEGINN“ u.a. mit folgender Begründung aufgerufen:

„Zu diesem Zweck haben wir die Gruppe NEUBEGINN als lockeren „Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik“ (ADAP) gegründet, in der ehemalige und aktive unzufriedene NPD-, DVU-, REP- und FAP-Amtsträger und Anhänger mit anderen unabhängigen nationalen Kämpfern mit dem Ziel einer schwarz-weiß-roten Nationalfront zusammenarbeiten!“

Insgesamt läßt sich feststellen, daß KÜHNEN nach dem Verbot der „Nationalen Sammlung“ seine Anhängerschaft in der Kaderorganisation „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, zu sammeln und organisatorisch im Griff zu halten sucht. Aktivitäten werden von Vorfeldorganisationen oder sonstigen strukturlosen, aber phantasiereichen Aktionsgebilden getragen.

Vom 13. bis 15. Oktober führten die KÜHNEN-Anhänger auf dem Gelände des Vereins „Freundeskreis Filmkunst e.V.“ und der rechtsextremistischen „Gesellschaft für biologische

Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ in Hetendorf ein „Herbstlager des Bereiches Nord“ durch. Die ca. 50 Teilnehmer waren in Zelten untergebracht und beschäftigten sich mit Übungen und Märschen mit „militärischen“ Einlagen. Über den Tagesablauf berichtete „Die Neue Front“ Nr. 68 (Dezember 101 JdF (Jahr des Führers)), S. 28:

„Am Samstagmorgen begann das Lager offiziell. Nach der Aufteilung in Rotten ging es zur großen Durchschlageübung, die sich bis zum Abend hinzog... Ein gemeinsamer Fackelmarsch beendete die Wehrübung. Beim gemeinsamen Zusammensein am Lagerfeuer konnten wir feststellen, daß solche Lager sehr gut für die Kameradschaft und Disziplin der Truppe und für die Beeiligten ein bleibendes Erlebnis sind. Auf der Heimfahrt am nächsten Morgen machten einige Kameraden noch einen kurzen Abstecher ins nahegelegene Arbeitslager Bergen-Belsen und erregten dort einiges Aufsehen“.

Im Zusammenhang mit der politische Entwicklung in der DDR versuchten KÜHNEN-Anhänger am 18. November, in dem nahe der DDR-Grenze gelegenen Ort Lochtum (Kreis Goslar) durch eine Propagandaaktion auf ihre politischen Ziele aufmerksam zu machen. Beamte des Bundesgrenzschutzes unterbanden die Aktion. Die KÜHNEN-Anhänger begaben sich darauf nach Bad Harzburg, um ihre Flugblätter dort zu verteilen.

## **Zur Entwicklung der „Gesinnungsgemeinschaft“ um die Neonazis MOSLER und HEIDEL**

Von den sich um MOSLER und HEIDEL gruppierenden Neonazis der bisherigen „Bewegung“ gingen 1989 eigene Aktivitäten zum 20. April anläß-

lich des 100. Geburtstags HITLERS aus; Hauptbetätigungsfeld war jedoch „ihre“ Partei, die FAP. Zur Europawahl am 18. Juni waren sie bemüht, die FAP als legale Agitationsplattform zu erhalten und zu nutzen und deshalb offene neonazistische Propaganda im Namen der FAP zurückzustellen. Kennzeichnend hierfür ist die Erklärung eines führenden Neonazis und FAP-Funktionärs beim FAP-Landesparteitag in Niedersachsen am 4. Februar:

Ein Ergebnis des Abkommens mit der Kühnen-treuen Gruppe war für die FAP auch, daß „wir somit den Partei-status wiederbekommen haben. Nach Hinweisen eines Anwaltes war es bis zu diesem Tage möglich, uns allein aufgrund des Vereinsgesetzes zu verbieten... Viele sagen auch, es ist idiotisch, daß wir einen Wahlkampf (Europawahl) führen, weil wir sowieso keine Chance haben, irgendein Ergebnis zu erringen, wie wir es uns vorstellen... Nur, Veranstaltungen - wie heute - können wir nur dadurch gewährleisten, daß wir eben zur Wahl antreten. Sie habens ja versucht, zu verbieten... Das wäre Wahlbehinderung. Damit können wir fast jede Veranstaltung, zumindest im großen Rahmen, so durchführen, wie wir uns das vorstellen“.

### **„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)**

Die in Niedersachsen derzeit auf 50 Mitglieder geschätzte FAP ist von Neonazis getragen. Hier sind die „Mitgliedschaft“ in der FAP und in der bisherigen „Bewegung“ im wesentlichen identisch.

Die FAP gibt bundesweit die monatlich erscheinende Publikation „FAP-Intern“, das sogenannte „Innere Organ der FAP“, heraus.

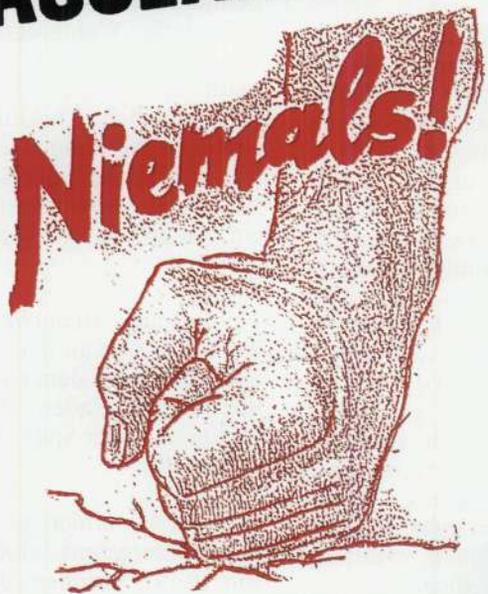
Am 13. Mai führte die FAP einen von ihr auch als „Europa-Kongreß“ bezeichneten Sonderparteitag in Eversen (Kreis Celle) durch, an dem insgesamt ca. 120 Anhänger teilnahmen. Zentraler Tagesordnungspunkt war die Vorstellung des neuen FAP-Programms „Unser Weg in die 90er Jahre“ durch den stellvertretenden FAP-Generalsekretär SWIERCZEK, München. Das Programm lehnt sich inhaltlich stark an das 1985 anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verbreitete Wahlprogramm „Grundsätze und Ziele der FAP“ an. U.a. wird unter der Parole „Deutschland den Deutschen“ die Rückführung der Ausländer in die Heimatländer, der Austritt aus der EG, die Schaffung eines neutralen Gesamtdeutschlands und ein Arbeits- und Sozialdienst gefordert.

Politisches Hauptziel der FAP war die Teilnahme an der Europawahl. 20 Kandidaten mit dem ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden Martin PAPE, Stuttgart, an der Spitze wurden hierfür aufgestellt.

Die FAP erhielt nach dem amtlichen Endergebnis bundesweit insgesamt 19.151 Stimmen (0,1%), davon in Niedersachsen 2.486 (0,1%). In einer „Wahlanalyse“ in „FAP-Intern“ (Nr. 7/89) wertete die FAP das Wahlergebnis, insbesondere die Zahl der Stimmen in Nordrhein-Westfalen (4.181 = 0,1%) als Erfolg. Für künftige Wahlteilnahmen müsse sich die Partei „inhaltlich klarer und vor allem umfassender äußern und vom Image der hirn- und disziplinlosen Schlägerbande wegkommen“.

Seit längerer Zeit war in der Anhängerschaft der FAP Unzufriedenheit mit

# Wahlrecht für AUSLÄNDER ?



## Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

Referat Propaganda, Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51

V.I.S.d.P.: Stefan Koller · Siedlungsweg 23 · 3401 Landolfshausen

Schwüle?

Mit unsern Fahnen



ist der Sieg!

Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51  
V.i.S.d.P.: S. Müller, Stüvestr. 6, 3 Hann. 1

danke!

Verrat am  
Vaterland  
Stoppen!



eshalb: **FAP**

FAP-Niedersachsen  
PLK Nr. 075 582 C  
3000 Hannover 1

dem Bundesvorsitzenden Friedhelm BUSSE erkennbar. Er kündigte daher im Parteiorgan „FAP-Intern“ (Nr. 7/89, Juli) aus „gesundheitlichen Gründen“ seinen Rücktritt an, widerrief aber im August 1989 seine Erklärung.

Als Reaktion auf die Veränderungen in der DDR sprach sich der FAP-Generalsekretär Jürgen MOSLER in einem Artikel in „FAP-Intern“ (Nr. 11/89) „Wir und die Übersiedler“ für eine „Neuvereinigung“ von „DDR“ und „BRD“ aus, da dann auch „genug Platz für die vielen deutschen Aussiedler aus dem Osten“ vorhanden sei. Im gleichen Zuge müßten „alle unerwünschten Ausländer fremder Kulturkreise... und alle Scheinasylanten... unser Land verlassen!“ Begrüßt wurden die „Blutauffrischung“ mit Deutschen aus Mitteldeutschland und dem Osten sowie die große Anzahl der Kinder deutscher Einwanderer.

Die Bemühungen der FAP, in der DDR organisatorisch Fuß zu fassen, zeigten 1989 keine erkennbare Wirkung. In einem Artikel im Parteiorgan „FAP-Intern“ wurde im Dezember als Ziel formuliert, „über die vielen Besucher aus dem Osten die Fackel unserer Weltanschauung auch drüben wieder sichtbar zu entzünden“.

## **FAP-Aktivitäten in Niedersachsen**

Zu einer Kundgebung und Saalveranstaltung am 4. Februar in Rotenburg/Wümme waren ca. 200 FAP-Anhänger aus Nord- und Westdeutschland angereist. Wegen einer Gegendemonstration mit rd. 1.300 Teilnehmern, darunter einer großen Anzahl militanter „Autonomer“, ver-

zichtete die FAP-Führung auf den zunächst geplanten Marsch durch die Innenstadt.

Im Anschluß an die Kundgebung begaben sich die FAP-Anhänger zu einer geschlossenen Saalveranstaltung nach Bülstedt (Kr. Rotenburg/Wümme). Parallel wurde ein Landesparteitag mit der Wahl eines neuen FAP-Landesvorstandes durchgeführt. Neuer Vorsitzender wurde Norbert APPEL aus Hildesheim, sein Stellvertreter wurde Michael GIESE aus Seevetal.

An einem Landesparteitag am 7. Oktober in Bisperode (Raum Hameln/Bad Münder) mit einem „Gau-Kameradschafts-Abend“ nahmen ca. 70 Personen, auch aus benachbarten Bundesländern, teil. Auf der Tagesordnung standen Nachwahlen zum Landesvorstand und die Nominierung der Kandidaten zur niedersächsischen Landtagswahl 1990.

Der ursprünglich für den 25. November vorgesehene FAP-Bundesparteitag wurde wegen der aktuellen Entwicklung in der DDR abgesagt. Stattdessen führte die FAP in Duderstadt eine Propagandaaktion durch. Ca. 80 FAP-Anhänger marschierten durch die Innenstadt. Auf der Marktstraße wurde der Zug aufgelöst. Die Teilnehmer verteilten in einzelnen Gruppen Flugblätter der FAP überwiegend an Besucher aus der DDR. Immer wieder wurden dabei Sprüche wie „Wir marschieren - die FAP“ und „Die Mauer muß weg“ skandiert. Anschließend wurde in der Nähe Duderstadts der „Erfolg“ der Propagandaaktion gefeiert.

Am 9. Dezember marschierten ca. 80 FAP-Anhänger aus Nord- und Westdeutschland in Göttingen zu dem als Versammlungsstätte von Jugendli-

chen aus der „linken“ Szene bekannten Jugendzentrum „JUZI“. Die Neonazis, die Transparente mit Aufschriften wie „Keine Einheit Europas ohne die Einheit Deutschlands“ und „Deutsche, macht euch frei. Schlagt das Juzi zu Brei“ mitführten, verteilten Handzettel und riefen ausländerfeindliche Parolen. Aus dem Demonstrationzug heraus gingen dann ca. 30 Neonazis mit Steinen und Leuchtraketen zum Jugendzentrum vor, in dem sich ca. 50 Personen aufhielten. Diese erwiderten den Angriff mit Leuchtraketen, Steinen und Stahlkugeln. Danach begaben sich die FAP-Anhänger nach Breitlingen bei Duderstadt zu einem „Gautreffen“, um die Aktion in Göttingen zu feiern. Die Parole „Wir kommen wieder“ sei keine leere Phrase.

Am 12. Dezember kam es anlässlich einer Gerichtsverhandlung gegen eine dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnende Person im Amtsgericht Göttingen zu gewaltdätigen Auseinandersetzungen. Zu dem Gerichtstermin hatten sich zahlreiche Linksextremisten eingefunden, von denen jedoch nur etwa 30 im Gerichtssaal Platz fanden. Die übrigen hielten sich im Vorraum des Gerichts auf. Dort versuchten sie, zwei zu dem Termin geladene Zeugen, die mit rechtsextremistischen Anhängern erschienen waren, daran zu hindern, das Gerichtsgebäude zu betreten. Daraufhin stürmten die Rechtsextremisten in den Vorraum des Amtsgerichts und schossen mit Gas- bzw. Schreckschußpistolen auf ihre politischen Gegner. Nachdem diese Verstärkung aus dem Gerichtssaal bekommen hatten, zogen sich die Angreifer zurück. Einer der beiden Zeugen ist als führender FAP-Aktivist und militanter Skinhead wiederholt in Erscheinung getreten.

## Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei



MITTEILUNGSBLATT DER FAP  
FÜR DIE GAUE NIEDERSACHSEN,  
BREMEN UND HESSEN

Zeit wird's:

**Raus aus  
der EG!**

Januar 1989

Weitere Aktivitäten aus dem FAP-Anhängerkreis:

- 27. Februar: FAP-Klebeaktion am Jugendzentrum in Rotenburg/Wümme.
- Am 2. März zerstach in Wolfsburg ein FAP-Anhänger mit einem Skalpell Autoreifen u.a. am Fahrzeug eines Mitglieds des nds. Landtags.
- Am 6. Mai lenkte ein FAP-Aktivist in Nörten-Hardenberg seinen Pkw auf einen libanesischen Asylbewerber, der sich nur durch einen Sprung retten konnte.
- Am 17./18. Juni: Schmieraktion an der berufsbildenden Schule in Wilhelmshaven mit den Parolen: „FAP“, „Ausländer raus“ und Hakenkreuzen.

## „Nationalistische Front“ (NF)

Die im November 1985 gegründete NF konnte auch 1989 in Niedersachsen ihre Organisation nicht weiter ausbauen und verfügt hier nur über wenige Mitglieder. Im Januar erweiterte die NF ihre Basis im ostwestfälisch-lippischen Raum und kaufte über Funktionäre ein Haus in Detmold-Pivitsheide, das neben dem noch genutzten Objekt in Bielefeld als weiteres „Zentrum“ dient.

Am 20. Mai veranstaltete die NF in Rohrsen (Landkreis Nienburg) eine Bundesversammlung (Norddeutsches Treffen). Die ca. 80 Teilnehmer waren vornehmlich aus Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin angereist.

## „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)“

Die 1979 gegründete HNG ist auch weiterhin eine der mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Als Anlaufstelle für „Gesinnungsgenossen“ will sie den Durchhaltewillen inhaftierter Neonazis stärken. Sie gewährt ihnen finanzielle sowie auch immaterielle Unterstützung und vermittelt Kontakte zu anderen Rechtsextremisten. Schriftleiter des Organs „Nachrichten der HNG“ war im Berichtszeitraum der Neonazi Volker HEIDEL aus Hannover.

Am 1. Juli führte die HNG in Karlsruhe anlässlich des 10. Jahrestages ihres Bestehens eine Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit und Menschenrechte auch für sogen. Neonazis“ durch. Der Aufzug, an dem sich ca. 70 Personen beteiligten, verlief störungsfrei.

## „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)

Aktivitäten der BBI gehen nach wie vor im wesentlichen von deren Gründer und langjährigem Vorsitzenden, dem in Dänemark lebenden 70jährigen Thies CHRISTOPHERSEN aus. Die BBI konzentriert sich auf die Verbreitung von NS-Gedankengut in Schriften.

Vom 10. bis 12. November organisierte CHRISTOPHERSEN im Elsaß ein „Internationales Revisionistentreffen“, an dem ca. 120 Personen teilnahmen. Da CHRISTOPHERSEN in Frankreich seine Festnahme und Auslieferung an die Bundesrepublik Deutschland befürchtete, übernahm der rechtsextremistische Publizist Udo WALENDY die Leitung der Tagung. Als Redner traten u.a. führende rechtsextremistische „Revisionisten“ der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus und zur Judenvernichtung wie Robert FAURISSON (Frankreich), David IRVING (England), Ernst ZÜNDEL (Kanada) und Poul RIES-KNUDSEN (Dänemark) auf.

## „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO)

Die NSDAP/AO verfügte auch 1989 unverändert über eine Vielzahl von meist aus Einzelpersonen bestehenden „Stützpunkten“, die durch Schmier-, Klebeund Verteilaktionen neonazistische Propaganda verbreiten. Das Propagandamaterial beziehen die NSDAP/AO-Aktivistinnen über ihre Auslandszentrale in Lincoln/Nebraska (USA), die von dem Amerikaner Gary Rex LAUCK geführt wird. Nazistische Propaganda ist im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland in den USA kein Straftatbestand.



**UNTER DIESEM ZEICHEN**

- ☸ KEINE ARBEITSLOSIGKEIT**
- ☸ KEINE INFLATION**
- ☸ KEINE SCHWINDEL**

deshalb fordern wir

**NS - VERBOT  
AUFHEBEN!**

*Die KPD ist legal. Wieso ist die NSDAP verboten?*

---

**NSDAP-AO**  
**Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA**

## Weitere herausragende Aktivitäten von Neonazis:

### Aktionen anlässlich des 100. Geburtstags HITLERS

Neonazis der „Bewegung“ bzw. der FAP, hatten lange vor dem 20. April interne Feiern im In- und Ausland, aber auch spektakuläre Aktionen geplant und teilweise auch öffentlich angekündigt. Einige Ankündigungen von Veranstaltungen waren offensichtlich lanciert worden, um die Sicherheitsbehörden zu irritieren und in den Medien ein Übermaß öffentlicher Reaktion auszulösen. Das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf HITLERS“ (KAH), das 1984 unter Mitwirkung von KÜHNEN gegründet worden war, hielt sich nämlich mit öffentlichen Aktivitäten zurück. U.a. wurden folgende Aktionen bekannt:

- Am 20. April drangen in Essen 5 Neonazis in ein Gebäude des WDR ein und hißten vom Balkon eines dort untergebrachten dpa-Büros ein Spruchband mit HITLER-Parolen.
- In Braunschweig kam es am 20. April zu Ausschreitungen. Ca. 100 Personen des „rechten Spektrums“ versammelten sich und belästigten Passanten durch Versprühen von Reizgas und Verschießen von Signalmunition. Später suchten etliche von ihnen bewußt die Konfrontation mit Mitgliedern einer alternativen Wohngemeinschaft und Anhängern aus der autonomen militanten Szene. Hierbei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Weitere Ausschreitungen konnten durch massiven Polizeieinsatz verhindert werden.
- In Langen (Krs. Offenbach) und

Frankfurt/M. versammelten sich am 20. bzw. 21. April bis zu 50 Anhänger von KÜHNEN, um an der Burg Breuberg (Odenwald) einen Fackelzug durchzuführen.

- In Mainz trafen sich auf dem Anwesen des Neonazis Curt MÜLLER ca. 80 Personen zu einer „Gedenkveranstaltung“.

In Niedersachsen wurden zudem zahlreiche Sprüh-, Schmier- und Klebeaktionen mit Parolen zum HITLER-Geburtstag festgestellt.

### Demonstration zum 2. Todestag von Rudolf HESS

Am 19. August demonstrierten in Wunsiedel am 2. Todestag von HESS rd. 200 Rechtsextremisten, überwiegend Neonazis der FAP, der „Bewegung“ und der NF. Bis auf KÜHNEN hatten sich alle führenden Aktivisten der verfeindeten Neonazi-Gruppen versammelt.

Gegen die Veranstaltung hatten zuvor etwa 450 Personen demonstriert, die einem Aufruf eines „Arbeitskreises gegen alte und neue Nazis“ gefolgt waren. Aufgrund eines großen Polizeiaufgebots verliefen beide Veranstaltungen im wesentlichen ohne Zwischenfälle. Die Polizei nahm 23 Personen wegen Vergehens nach dem Versammlungs- und Waffengesetz, wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung vorläufig fest.

## **„Nationaldemokratischer“ Rechtsextremismus**

### **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)**

Die NPD verzeichnete 1989 einen verhalten verlaufenen Aufwärtstrend. Der Mitgliederbestand wuchs um 600 auf 7.000 und damit gegenüber den Vorjahren überproportional. Auch in Niedersachsen konnte die NPD ihre Mitgliederzahl von 750 (1989) auf 800 steigern. Ein wesentlicher Teil des Mitgliederzuwachses war während des Europawahlkampfes festzustellen. Die NPD erlebte den Ausgang der Europawahl als Rückschlag. In der Partei machte sich Resignation breit. Erst nach den politischen Veränderungen in der DDR trat die NPD wieder mit einer Kampagne „Volksabstimmung – Wiedervereinigung“ hervor.

### **Teilnahme an Wahlen**

Die NPD nahm 1989 mit unterschiedlichem Erfolg an den Kommunalwahlen in Hessen, im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg teil. Insgesamt schnitt sie besser ab als bei den vorhergehenden Wahlen.

Das beste Ergebnis erreichte die NPD am 12. März in Hessen, wo sie mit Unterstützung der DVU in sechs Wahlkreisen und neun Kommunen kandidiert hatte. In ihrer Wahlpropaganda hatte sie die Ausländer- und Asylantenproblematik in den Vordergrund gestellt. In Frankfurt/Main konnte sie mit 6,6% der Stimmen Aufsehen erregen.

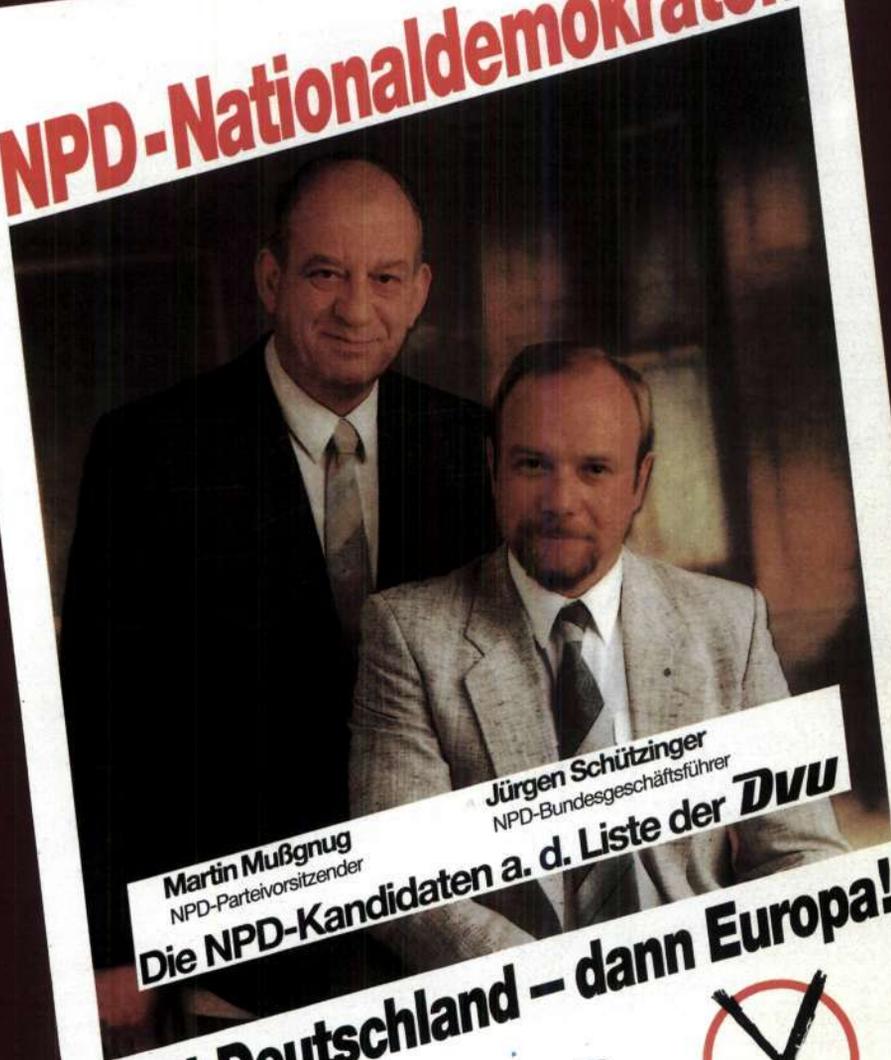
In einem Interview, das die rechts-extremistische „Deutsche National-

Zeitung“ veröffentlichte, nannte der NPD-Parteivorsitzende MUßGNUG als maßgebliche Gründe für den Aufschwung der NPD und der DVU eine Ausplünderung der arbeitenden Menschen durch „unverschämten Asylbezug“, die „Bonner Bonzenwirtschaft“ und die „Verschwendung“ deutscher Steuergelder an alle Welt. Insbesondere Rentnerinnen, Rentner und Kranke würden von der unsozialen Politik mit voller Wucht getroffen. Entsetzliche „Greuelthaten“ wie die staatlich finanzierte „Massentötung Ungeborener“ und eine „fürchterliche EG-Politik“ hätten dazu beigetragen, daß Millionen Deutschen nun der Krug platze.

### **Europawahl**

In einem aufwendigen Wahlkampf hatte die DVU als Bündnispartner der NPD, versucht, in das europäische Parlament einzuziehen. Die NPD war nicht zur Europawahl am 18. Juni angetreten, sondern unterstützte vereinbarungsgemäß die gemeinsame Liste. Die Wahl endete mit dem für beide Parteien enttäuschenden Ergebnis von 1,6%. Dieses Ergebnis war dennoch das beste für eine rechtsextremistische Partei bei einer bundesweiten Wahl seit 1969. Der Erfolg der „Republikaner“ bei dieser Wahl stellte die NPD vor eine neue Situation. Sie sah sich jetzt nicht mehr gemeinsam mit der DVU als führende Kraft im rechten Lager und befürchtete die Abwanderung ihrer Mitglieder zu den „Republikanern“. Deshalb grenzten sich NPD und DVU in einem gemeinsamen Aufruf, der sogen. Münchener Erklärung, als die „authentischen Nationalen“ von den „Republikanern“ ab. Zur Vorbeugung gegen eine Mitgliederabwanderung und zur Mobilisierung rief die

# NPD-Nationaldemokraten



Martin Mußnug  
NPD-Parteivorsitzender

Jürgen Schützing  
NPD-Bundesgeschäftsführer

Die NPD-Kandidaten a. d. Liste der **DVU**

Erst Deutschland – dann Europa!

**DVU** – Liste **D** –



NPD zur Parteitreu auf und erinnerte an das gemeinsame Ziel, die Teilnahme an der Bundestagswahl 1990.

In der NPD machten sich nach der Europawahl Enttäuschung und Resignation breit. Kritiker des Bündnisses mit der DVU bezeichneten den Wahlausgang als verdiente Quittung an die NPD-Parteiführung für ihre falsche Politik des Zusammengehens mit der DVU. Die NPD müsse sich so schnell wie möglich von der DVU trennen und mit den „Republikanern“ zusammenarbeiten.

Die NPD-Parteiführung unterbreitete den „Republikanern“ daraufhin zum Schein ein Bündnisangebot, um der Basis zu beweisen, daß nicht sie einer Zusammenarbeit entgegenstehe. Der Brief an die „Republikaner“ wurde zudem der Presse zugeleitet, um der NPD Publizität zu verschaffen. SCHÖNHUBER lehnte dieses Ansinnen wie erwartet ab.

Das Verhältnis der bisher verbündeten Parteien DVU und NPD ist gespannt. Zwar bekräftigte DVU-Chef FREY seine Zusage, die NPD im Bundestagswahlkampf zu unterstützen. Umstritten blieb aber längere Zeit, ob die DVU neben der NPD an den Landtagswahlen im Saarland und in Niedersachsen teilnehmen wird. Schließlich sagte FREY die Teilnahme der DVU an diesen Wahlen ab. Dies führte zu erneuten Irritationen und vergrößerte die Distanz zwischen den beiden Parteien.

## **Zum Verhältnis NPD/ „Republikaner“**

Die NPD-Parteiführung ist bisher zu einer Zusammenarbeit mit den „Republikanern“ unter Schönhuber nicht bereit, vertritt aber grundsätzlich als politisches Ziel die Auffassung, die Bildung einer gemeinsamen „Rechten“ dürfe nicht aus dem Auge verloren werden. Der Vorstand forderte die Partebasis daher auf, die Kontakte zur Basis der „Republikaner“ zu pflegen und auszubauen. Die „Republikaner“ müßten von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit überzeugt werden.

## **Bundesparteitag der NPD**

Am 11./12. Februar hielt die NPD in Rahden (Kreis Minden-Lübbecke) ihren im November 1988 verschobenen 22. Bundesparteitag unter dem Motto „Gegen Integrationsterror – Deutschland den Deutschen!“ ab.

Die Veranstaltung war zunächst von der Kreispolizeibehörde und vom Ordnungsamt der Stadt Rahden wegen der erwarteten gewalttätigen Ausschreitungen untersagt worden. Auf Klage der NPD hob jedoch das Verwaltungsgericht Minden das Verbot auf. Diese Entscheidung wurde vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt.

An dem Parteitag nahmen rund 700 Personen, davon rund 200 Delegierte, sowie zahlreiche Medienvertreter teil. Der Parteivorsitzende MUßGNUG bekräftigte in seiner Rede das Bündnis mit der DVU und rief zur Einheit in den eigenen Reihen auf.

Die von mehreren Landesverbänden unterstützte innerparteiliche Opposition gegen die Politik der NPD-Führung blieb erneut erfolglos. Ihr Antrag auf Abwahl des Parteivorstan-

des wurde ebenso zuückgewiesen wie ihre Forderung nach erneuter Diskussion einer eigenen Kandidatur der NPD bei der Europawahl am 18. Juni. Die Delegierten beschlossen vielmehr mit großer Mehrheit, bei der Europawahl im Wahlbündnis mit der DVU unter deren Namen anzutreten.

Am 11. Februar protestierten mehr als 5.000 Demonstranten gegen den Bundestag der NPD und bildeten einen dichten Ring um das Versammlungslokal. Dabei kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen, bei denen die Polizei gewalttätige Gegner der NPD und NPD-Parteitagsteilnehmer trennen mußte. Nach Angaben der Polizei gab es mehrere Verletzte.

## Reaktionen der NPD auf die Veränderungen in der DDR

Fast alle Rechtsextremisten begrüßen die innenpolitischen Veränderungen in der DDR und sehen sich in ihren deutschlandpolitischen Vorstellungen bestärkt. Sie werben für sich unter Übersiedlern aus der DDR und deutschstämmigen Aussiedlern und agitieren gegen Ausländer. Von dieser Agitation erhoffen sie sich Stimmenzuwachs bei künftigen Wahlen.

Im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ wurde zu verstärkter Werbung für die vom Parteivorstand eingeleitete Aktion „Volksabstimmung – Wiedervereinigung“ aufgefordert. Der Parteivorsitzende MUßGNUG vertrat in einem Leitartikel des Blattes die Auffassung, 1990 werde das „Jahr der nationalen Bewährung“. Der Generalsekretär der NPD rief die gesamte Parteiorganisation auf, sich bis zum letzten Mitglied mit aller zur Verfügung stehenden Kraft der Aufgabe zu widmen, dem deutschen Volk die Forde-

rungen der NPD klarzumachen. In der „Deutschen Stimme“ wurde die „Stimmung“ bei der Einreise von DDR-Bürgern an der innerdeutschen Grenze so beschrieben: „Es war wie bei der Befreiung der Österreicher oder der Sudetendeutschen. Plötzlich schien alles abgefallen – vierzig Jahre Umerziehung, vierzig Jahre Verneinung des eigenen Volkes“.

Der Parteivorstand eröffnete die Kampagne „Volksabstimmung – Wiedervereinigung“ mit einem Aufruf an alle Landesverbände, am 2. und 3. Dezember Propagandamaterial an den Grenzübergängen zur DDR und an den Grenzbahnhöfen zu verteilen. Den NPD-Verbänden längs der Grenze zur DDR wurde unaufgefordert entsprechendes Propagandamaterial (Aufkleber, Plakate und Flugblätter) zugesandt, das diese verteilen und nachdrucken sollten.

Mitglieder des NPD-Landesverbandes Niedersachsen versuchten bereits am 18. November am Grenzübergang Eckertal bei Bad Harzburg in einer gemeinsamen Aktion mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen für ihre Ziele zu werben.

In NPD-Kreisen wurde gefordert, die Aktion „Volksbefragung – Wiedervereinigung“ auch zum Propagandaschwerpunkt des Bundestagswahlkampfes 1990 zu machen.

## Aktivitäten der NPD in Niedersachsen

Am 1./2. April fand in Northeim der 25. ordentliche Parteitag des NPD-Landesverbandes Niedersachsen statt, an dem rd. 200 Personen teilnahmen. Im Mittelpunkt standen die Neuwahlen des Landesvorstandes und die Diskussion über den Wahlkampf zur Europawahl am 18. Juni.

Die 81 Delegierten wählten Dr. Heinz SCHIMMEROHN zum Landesvorsitzenden; 1. Stellvertreter wurde Klaus HOFFMANN (Kreisverband Uelzen).

Gegen die NPD-Veranstaltung demonstrierten am 1. April ca. 200 Personen.

Am 3. September hielt die NPD in Munster (Landkreis Soltau-Fallingb.-stel) für den Bereich Norddeutschland die erste von insgesamt vier im Bundesgebiet durchgeführten Kreisvorsitzendentagungen ab. An der Veranstaltung nahmen rd. 150 Personen teil. Sie diente dazu, die Kreisvorsitzenden für die anstehenden Wahlen zu mobilisieren und ihnen Argumentationshilfen für die Wahlkämpfe zu geben. Eine Teilnahme der NPD an der Landtagswahl in Niedersachsen war bereits vorher im Parteivorstand beschlossen worden.

Der Parteivorsitzende MUBGNUG erläuterte auf der Veranstaltung seine Zielvorstellung, im gesamten Bundesgebiet zu Wahlen anzutreten und zumindest 0,5 % der Stimmen zu erreichen. Falscher Optimismus, etwa die Parole vom Überspringen der 5 %-Hürde, sei nicht angebracht. Das Parteivorstandsmitglied VORSATZ betonte, daß die NPD an der Basis nichts von den „Republikanern“ trenne und weiterhin versucht werden solle, gemeinsame Listen aufzustellen. Auf Dauer sei die NPD den „Republikanern“ überlegen, weil sie besser organisiert sei und die besseren Ideen habe. In Zukunft müsse man sich vor allem um die Aus- und Übersiedler kümmern.

Am 12. August führte der NPD-Landesverband Niedersachsen in Hameln eine „Protestaktion“ zum Tag des Mau-

erbaues durch. Alle Verbände der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ und die „Deutsche Volksunion“ waren aufgerufen, sich an dieser Aktion „aus Anlaß des 28. Jahrestages des Baues der Schand- und Mordmauer in der Reichshauptstadt Berlin“ mit starken Abordnungen zu beteiligen. Indessen nahmen an der in der Innenstadt durchgeführten Kundgebung mit Info-Ständen nur ca. 50 Personen teil. Etwa 100 Gegendemonstranten störten mit Megaphonen die Veranstaltung. Die Polizei konnte Auseinandersetzungen unterbinden.

Am 22. November fand in Schmalförden (Landkreis Diepholz) eine Landesdelegiertentagung des NPD-Landesverbandes Niedersachsen statt, die ausschließlich zur Beratung und Beschlußfassung des Wahlprogramms zur Landtagswahl 1990 sowie zur Aufstellung der Landesliste der NPD einberufen wurde. Die vom Landesvorstand vorgelegte Landesliste fand nicht die uneingeschränkte Zustimmung der Delegierten. Die Plätze 1-7 waren hart umkämpft, zum Teil waren drei Wahlgänge nötig. Die Landesliste umfaßte 25 Personen. Sie wurde angeführt vom Landesvorsitzenden Dr. SCHIMMEROHN, Hannover, und seinen drei Stellvertretern. Das in offener Abstimmung angenommene Wahlprogramm stand unter dem Motto „Aufbruch für Niedersachsen“: „NPD wählen heißt Protest gegen Bonn und Stopp der Überfremdung unserer Heimat Niedersachsen!“ Die Wahlteilnahme war in NPD-Kreisen nicht unumstritten. In Anbetracht der Zersplitterung des „rechten“ Lagers und der erwarteten Wahlteilnahme der „Republikaner“ rechneten einige NPD-Funktionäre mit einer „schmachvollen“ Niederlage, die für die Partei lähmend sein und sie

um Jahre zurückwerfen werde. In der Tat hat die NPD bei der Landtagswahl am 13. Mai 1990 nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis lediglich 8.219 Zweitstimmen (= 0,2%) erzielt.

## „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

### Allgemeine Entwicklung

Die Jugendorganisation der NPD nahm an dem bundesweit feststellbaren Aufwärtstrend der Mutterpartei während des Europa-Wahlkampfes teil und konnte ihre Mitgliederzahl auf 900 steigern. In Niedersachsen stagniert die Mitgliederzahl bei 100. Seit der Europawahl im Juni ist eine leichte Mitgliederabwanderung festzustellen, so daß sich gegen Jahresende eine rückläufige Tendenz im Mitgliederbestand zeigte. Nach Auffassung von NPD-Funktionären haben von der Abwanderung zum Teil die „Republikaner“ profitiert.

Trotz der allgemeinen Enttäuschung über den Ausgang der Europawahl herrschte in JN-Kreisen auch Schadenfreude, weil es der DVU auch mit erheblichen Wahlkampfaufwendungen nicht gelungen war, sich gegenüber den „Republikanern“ zu behaupten. Aus dem Kreise der JN war in der Vergangenheit massive Kritik an der Zusammenarbeit der NPD mit der DVU geäußert worden.

### JN-Bundeskongreß

Am 22./23. Juli fand in Herne der JN-Bundeskongreß statt, auf dem ein neuer Bundesvorstand gewählt wurde: Bundesvorsitzender wurde der Vorsitzende des JN-Landesverbandes Berlin,

KABUS, der als einziger kandidiert hatte. Der bisherige Bundesvorsitzende SENDBÜHLER wurde nicht mehr in den Vorstand gewählt. Aus Niedersachsen wurden zwei JN-Funktionäre als Beisitzer bestätigt. Die Teilnehmer des Bundeskongresses zeigten Geschlossenheit und Loyalität gegenüber der NPD. Ablehnend stand die Führung der JN dem Bündnis mit der DVU und Kontakten zu den „Republikanern“ gegenüber. Der neue JN-Bundesvorsitzende machte in einem Interview in der Novemberausgabe der „Deutschen Stimme“ deutlich, daß die JN nur überleben könnten, wenn die Unterschiede zu den „Republikanern“ herausgearbeitet würden. So müßten die JN klarmachen, daß sie die grundsätzlichen Lösungen hätten, während Schönhuber fast nur an der Oberfläche operiere.

### JN-Landeskongreß

Auf ihrem Landeskongreß wählten die JN am 23. September einen neuen Vorstand für den Landesverband Niedersachsen. An der Veranstaltung, die im JN-Heim in Sulingen/Rathlosen (Landkreis Diepholz) stattfand, nahmen rund 50 Personen teil. Erneut wurde Kritik an dem Wahlbündnis zwischen NPD und DVU laut. Mit großer Mehrheit forderten die Anwesenden den NPD-Landesvorstand auf, keine Koalitionsangebote an die „Republikaner“ zu richten. Neuer Landesvorsitzender wurde Waldemar MAIER aus Göttingen, der Markus KIRCHHEIM aus Wolfenbüttel ablöste. MAIER ist durch Aktivitäten in verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen hervorgetreten. Er ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Göttingen sowie Mitglied des NPD-Landesvorstandes.

In einem Beitrag im Informationsblatt der niedersächsischen JN, Ausgabe 4/89, schrieb Maier zu den politischen Umwälzungen des Jahres 1989:

„Es scheint, daß die deutsche Jugend erneut die Kraft des nationalen Idealismus spürt. Alles spricht z.Zt. für eine Wiederbelebung des Nationalgefühls. Dieses mit allen Kräften zu unterstützen ist vordringlichste Aufgabe unserer Gemeinschaft; wir sind nun gefordert, es den baltischen Völkern des Sowjetimperiums gleichzutun und den nationalen Befreiungskampf zunächst auf geistiger Ebene zu eröffnen“.

## **„National-freiheitlicher“ Rechtsextremismus: DVU**

Die Entwicklung der DVU wurde 1989 maßgeblich durch die Europawahl vom 18. Juni beeinflußt. Entsprechend den Vereinbarungen der Präsidien von DVU und NPD, sich bei Wahlen unter Wahrung der organisatorischen und politischen Eigenständigkeit gegenseitig zu unterstützen, trat die DVU zur Europawahl an.

Der Wahlkampf wurde bereits Anfang des Jahres mit einer Postwurfsendung eröffnet, die 27 Millionen Haushalte erreicht haben soll. In den übersandten Materialien wurde u.a. gegen die Europapolitik der Bundesregierung polemisiert. Nur die DVU vertrete die deutschen Interessen.

Bemerkenswert war, daß der Wahlkampf offensichtlich auf besondere Wählergruppen konzentriert wurde. So wurden von der DVU bei rund 8000 Meldebehörden im Bundesgebiet die Anschriften aller männlichen Wähler der Geburtsjahre 1900 - 1930 angefordert.

Eine ebenso finanziell aufwendige zweite Postwurfsendung der DVU wurde Ende Mai verteilt. Mit dieser Konzentration auf Postwurfsendungen ging die DVU Störungen ihrer Wahlkampfarbeit durch politische Gegner aus dem Wege. Die zum DVU-Spektrum gehörende „Deutsche Nationalzeitung“ (DNZ) erklärte in ihrer Ausgabe vom 20. Januar 1989 die Postwurfsendungen zu einem großen Erfolg. Die Rückschriften stünden den politischen Forderungen der DVU zu 95% positiv gegenüber. Außerdem gingen täglich 950 bis 1100 Anträge auf Aufnahme in die Partei ein, so daß das Ziel, mehr als 15.000 neue Mitglieder zu gewinnen, bei weitem übertroffen werde.

Wegen dieses Erfolges sah man ein bundesweites Interesse an einer Großkundgebung, die dann am 11. Februar in Ruhstorf (Landkreis Passau) mit ca. 2600 Teilnehmern durchgeführt wurde. Sie stand unter dem Motto „Auf dem Weg ins Europaparlament“. Als Redner traten das Vorstandsmitglied des Landesverbandes Bayern der NPD, Karl FEITENHANSEL, und der Bundesvorsitzende der DVU, Dr. FREY, auf. Sie sprachen zu den Themen „Rettet die Bauern vor der EG“ bzw. „Europawahl - Wende für Deutschland“.

Auf dem Bundesparteitag der DVU am 4. März in Planegg bei München mit etwa 1.000 Teilnehmern, unter ihnen auch Funktionäre der NPD, verkündete Dr. FREY, die Postwurfsendung von Anfang des Jahres habe einen Zuwachs von 10.000 Mitgliedern gebracht, so daß die DVU nunmehr über 28.000 Mitglieder verfüge.

Am 27. Mai fand in der Passauer Nibelungen-Halle eine weitere Großkundgebung der DVU statt, die einen Höhepunkt des Europawahlkampfes



# DVU DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D

Präsidentenwahl 2. 9000 Mitglieder  
Listenvorstand: Präsident (D) 80 834 1334  
Vizepräsident (D) 80 834 1334  
Kassier (D) 80 834 1334

Adresse der DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D  
Postfach 100000, D-3300 Bielefeld 10  
Postfach 100000, D-3300 Bielefeld 10  
Telefon (051) 310 100 100  
Telefax (051) 310 100 100

...ehr geehrter Herr!  
...und Bürger sind von den Bonner  
...nt.

...r älteren Generation werden verraten  
...ins „Gesundheitsreform“. Sie bringt  
...asten der Älteren und Kranken.

...Steuerkasse viele Milliarden Mark

...n kassieren ab,  
...k fließen an die EG und ins Ausland,  
...haften in die eigene Tasche.

**TSCHEN AUFGABEN!**  
**TSCHEN VOLKSUNION - Liste D**

...regründet. Im September 1987  
...ug in den Landtag von Bremen.  
...über 10 Prozent der Älteren

**DEUTSCHE VOLKSUNION.**  
Wahl (18. Juni 1989) erstmalig  
**ERST DEUTSCHLAND -**

...sonders für die Interessen  
...leine herzliche Bitte an Sie:  
...verdiente Quittung. Machen  
...zettel:

DVU!  
...insche



# DVU DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D

Präsidentenwahl 2. 9000 Mitglieder  
Listenvorstand: Präsident (D) 80 834 1334  
Vizepräsident (D) 80 834 1334  
Kassier (D) 80 834 1334

## Liebe deutsche Landwirte und Winzer!

Deutschlands Bauern garantieren die Ernährung des Volkes. Ohne  
gesunden Bauernstand keine gesicherte Zukunft. Die Europäische  
Gemeinschaft (EG) gefährdet die deutsche Landwirtschaft. Über  
eine Million deutsche Landwirte mussten bereits aufgeben. Bei  
vielen der verbliebenen 670.000 Bauernhöfen herrscht Existenznot.  
Minister Kiechl (CSU) läßt Tausende Höfe durch Flächenstilllegung  
zerstören. Er fördert EG-Agrarfabriken und ruiniert die bäuerlichen  
Familienbetriebe.

Kanzler Kohl und seine Regierung haben es verschuldet, daß der  
deutsche Steuerzahler jetzt gar 30 Milliarden Mark im Jahr an die  
EG zahlen muß, bald 40 und dann 50 Milliarden Mark. Wir zahlen,  
die anderen kassieren.

Deutsche Bauern und Winzer erhalten für harte Arbeit immer  
weniger Geld. Die EG diktiert die Preise und verlangt, daß  
deutsche Bauern immer weniger produzieren, obgleich sich die  
Bundesrepublik nur zu 80 Prozent aus den Produkten ihrer  
Landwirtschaft selbst versorgen kann. So machen wir uns vom  
Ausland noch abhängiger. Gleichzeitig werden die Steuern erhöht,  
um die EG zu finanzieren.

**Deutschland und die deutschen Bauern brauchen eine Partei, die  
deutsche Interessen vertritt. Im ersten Anlauf schaffte die  
DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D (DVU) gleich nach ihrer  
Gründung im Herbst 1987 den Sprung in den Landtag von  
Bremen. Jetzt tritt die DVU bundesweit zur Europawahl an und  
wird nach dem Muster von Bremen ins Europa-Parlament  
einziehen. Dort wird die DVU die Interessen des deutschen Volkes  
und speziell der deutschen Landwirte vertreten.**

**Die DVU fordert:**

1. Umfassende Förderung von Bauern und Winzern, um durch  
gerechte Preise und angemessene Gewinne die Familienbetriebe

- bitte wenden -



## Erst DEUTSCHLAND dann EUROPA

**Schwerpunkt -  
Programm der DVU  
zur Europa-Wahl  
am 18. Juni 1989**

Die Deutsche Volksunion - Liste D  
(DVU) wird im neuen EG-Parla-  
ment die deutschen Interessen  
vertreten. Ja zu einem Europa, in  
dem Völker und Staaten zu ge-  
genseitigem Nutzen zusammen-  
arbeiten. Nein zu einer EG, in der  
die Deutschen Zahlmeister sind  
und in der die Rechte des deut-  
schen Volkes geopfert werden.

**in stolz  
SCHER  
sein**



**U  
THE**

darstellen sollte. Unter den ca. 2.500 Personen befand sich auch der Parteivorsitzende der NPD, MÜßG-NUG. In seiner Rede beklagte Dr. FREY die „Hetze“ der Massenmedien gegen die Postwurfsendung und kündigte eine weitere Postwurfsendung an.

Die DVU will in den Europawahlkampf ca. 18 Millionen DM investiert haben. Einen großen Teil dieser Summe soll Dr. FREY aus seinem persönlichen Vermögen aufgebracht haben.

Bei der Europawahl wurden für die DVU 1,6 % der Wählerstimmen abgegeben. Das Ergebnis blieb damit - trotz des Wahlbündnisses mit der NPD - weit hinter den Erwartungen zurück, die bei 6 bis 7 % lagen. Die DVU erreichte ihr Ziel nicht, in das Europaparlament einzuziehen. Sie übertraf aber das Ergebnis der NPD, die 1984 an der Europawahl teilgenommen und damals 0,8 % der Wählerstimmen erzielt hatte. Die Wahlkampfkostenerstattung der DVU belief sich auf etwa 3,6 Millionen DM und blieb damit ganz erheblich hinter den eingesetzten Mitteln zurück.

Die Wochenblätter der DVU führten den Mißerfolg auf die Beteiligung der „Republikaner“ zurück. Die Medien hätten ein „REP-Fieber“ erzeugt. Hervorgehoben wurde allerdings, daß nahezu 9 % der Wähler die „Rechtsparteien“ DVU und „Republikaner“ gewählt hätten.

In einer „Münchener Erklärung“ vom 18. Juni betonten die Parteivorsitzenden von NPD und DVU, MÜßG-NUG und Dr. FREY, „daß viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, national bzw. das, was sie dafür halten, zu wählen“. Der eigene Mißerfolg wurde damit erklärt, daß es „dem Bonner Parteikartell kurzfristig gelungen ist,

durch eine gewaltige Medienkampagne diese nationalen Stimmen auf die Republikaner umzuleiten“.

Dementsprechend kommentierte die DNZ vom 30. Juni in dem Artikel „Deutsche Rechte: Wie gehts weiter?“ das Wahlergebnis dahin, daß die „Republikaner“ die von DVU und NPD ausgearbeiteten Argumente übernehmen hätten. Die Wählerstimmen würden mittel- oder langfristig auch der „authentischen Rechten“ (gemeint sind DVU und NPD) zugute kommen. Dr. FREY tröstete sich und seine Anhänger damit, daß die DVU trotz der „pseudorechten Konkurrenz“ das mit Abstand beste Wahlergebnis der „authentischen Rechten“ seit zwei Jahrzehnten erzielt habe.

In Niedersachsen hatte die DVU, unterstützt durch die NPD, zur Europawahl Kundgebungen in Northeim, Uslar, Goslar, Wolfsburg, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Wilhelmshaven, Celle und Adelebsen durchgeführt. Dabei kam es auch zu Gegendemonstrationen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen.

## Zur Entwicklung der DVU in Niedersachsen

Die Aktionsfähigkeit der DVU in Niedersachsen wurde im Sommer 1989 durch Unstimmigkeiten in der Führung des Landesverbandes erheblich beeinträchtigt. Der bisherige Vorsitzende trat aus „persönlichen“ Gründen zurück. Um ein Vakuum zu vermeiden, fand am 1. Oktober in Hannover ein Landesparteitag statt, an dem ca. 100 Personen teilnahmen. Dr. FREY war ebenfalls angereist. Der überraschend anberaumte Landesparteitag sollte dazu dienen, die Organisationsprobleme im Landesvorstand zu lösen. Nach dem Mißerfolg bei der Europa-

wahl war in Niedersachsen zeitweilig der Eindruck entstanden, die DVU werde ihre Aktivitäten einstellen. Um diesem Anschein entgegenzuwirken und um dem Verband neue Impulse zu geben, erschien die Wahl eines handlungsfähigen Landesvorstandes besonders wichtig. Ohnehin war die DVU in Niedersachsen damit beschäftigt, eine arbeitsfähige Organisation auf Kreis- bzw. Ortsebene zu etablieren. Es ist davon auszugehen, daß Dr. FREY seine Vorstellung einer völlig zentralistischen Führung der Partei geändert hat, weil ihm klar geworden ist, daß die Funktionäre vor Ort nur dann eigene Aktivitäten entfalten, wenn sie - wie bei der NPD - genügend Spielraum dafür haben. Im Hinblick auf die Altersstrukturen der DVU wird es für den Landesverband Niedersachsen nicht leicht sein, eine größere Anzahl von Parteimitgliedern für diese Aufgaben zu mobilisieren.

War in Niedersachsen durch die Postwurfsendungen zur Europawahl zunächst ein starker Mitgliederanstieg festzustellen, so zeichnete sich - bedingt durch das schlechte Ergebnis bei der Europawahl - später wieder eine gegenläufige Entwicklung ab. Um diesem Trend entgegenzuwirken, will die DVU bei der Mitgliederwerbung zunächst Aus- und Übersiedler vorrangig ansprechen. Für diesen Personenkreis wurde besonderes Propagandamaterial entwickelt und den Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

### **Reaktionen des „nationalfreiheitlichen“ Rechtsextremismus auf die DDR-Entwicklung**

Die „national-freiheitliche“ Presse befaßte sich seit dem 9. November ausführlich mit der demokratischen Ent-

wicklung in der DDR. In dem Leitartikel der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) vom 17. November wird betont, daß zur Entwicklung in der DDR auch wesentlich die „nationale Bewegung“ der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik beigetragen habe. Hätte es hier nicht die unbeirrbar „Nationalen“, „Deutschgesinnten“, „Patrioten“ und „Rechten“ gegeben, die trotz aller Unterdrückung durch „Herrschende“, trotz tausendfacher Widerstände und oft unter Inkaufnahme schwerster persönlicher Nachteile den deutschen Gedanken hochgehalten haben, hätte es diesen „nationalbewußten Deutschen“ in der Bundesrepublik nicht gegeben. Die „Separatisten“ hätten ihre Pläne dann voll durchsetzen können. Sie hätten Westdeutschland noch vielmehr als ohnehin geschehen, mit Fremden aus allen Kontinenten überflutet, um hier eine multikulturelle Gesellschaft zu schaffen, also die „volkkliche Einigung“ der deutschen Nation zu zerstören..

### **Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen**

#### **„WIKING-JUGEND e.V.“**

Die „Wiking-Jugend e.V.“ (WJ) ist weiterhin mit rund 400 Mitgliedern eine der bedeutendsten rechtsextremistischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik. Sie entstand 1952 aus dem Zusammenschluß verschiedener Jugendverbände, der „Reichsjugend“, der Jugendorganisation der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), mit Teilen der „Deutschen Unitarier Jugend“ und dem „Vaterländischen Jugendbund“. Den Funktionären der WJ gelang es, die Kontinuität rechtsextremistischer Jugendarbeit von den 50er-Jahren bis zur Gegenwart zu wahren.

Aufbau und Organisationsstruktur erinnern stark an die von den Nationalsozialisten beherrschte „HITLER-Jugend“ bzw. den „Bund Deutscher Mädel“ (BDM).

Von Anfang an stand eine völkisch-nationalistische Ideologie mit der Überbetonung der nordischen Rasse im Mittelpunkt der Arbeit. Durch geschickte Kombination von Lagerfeuerromantik bzw. Abenteuer und politischer Schulung gelingt es der WJ immer wieder, Interessenten in ihren Bann zu ziehen, ohne daß dabei die Zielrichtung der politischen Beeinflussung deutlich wird.

Auch wenn von der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO), dem Zusammenschluß von WJ und ehemaligen ANS/NA- und jetzigen FAP-Aktivisten, nicht mehr die Rede ist, bestehen weiterhin enge Verbindungen der WJ zum neonazistischen Rechtsextremismus. Der WJ-Bundesführer erklärte in „FAP-intern“ in Nr. 11/89 auf die Frage: „Wie sehen Sie die Beziehungen der Wiking-Jugend zur FAP?“, „Ein Teil unserer Mitglieder ist in der FAP organisiert, mein ältester Sohn ist sogar Mitglied im Parteivorstand. Ich selbst bin schon seit den sechziger Jahren Mitglied der NPD. Zur Weltanschauung der FAP muß ich nicht viel sagen. Die WJ sieht sich als sozialistischen Jugendverband. Damit dürfte auch zu unserem Verhältnis zur FAP alles klar ausgedrückt sein.“ Eine der attraktiven WJ-Veranstaltungen ist das alljährliche Wintertreffen in der Rhön zu Silvester an der Grenze zur DDR. Zur Jahreswende 1988/89 hatte die WJ erklärt, daß man sich mit „Feuer und Flamme“ auf Fulda freue. Der Landkreis Fulda untersagte das geplante Treffen der WJ unter Hinweis auf regelmäßig stattfin-

dende Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern anlässlich dieser Veranstaltung. Im Zusammenhang mit der von einem Aktionskomitee „Nie wieder Faschismus“ für den 31. Dezember 1988 in der Fuldaer Innenstadt angekündigten Demonstration gegen die WJ nahm die Polizei insgesamt 29 Rechtsextremisten in Gewahrsam, unter ihnen den WJ-Bundesführer NAHRATH.

In Lüneburg stürmten im April 1989 ca. 20 Rechtsextremisten – unter anderem Anhänger der WJ – eine Diskussionsveranstaltung der VVN-BdA, provozierten mit dem Hitlergruß und forderten ein Verbot der linksextremistisch beeinflussten VVN-BdA. Daraufhin kam es zu Rangeleien und körperlichen Auseinandersetzungen, bei denen 6 Personen verletzt wurden. Die Rädelsführer, bekannte Funktionäre rechtsextremistischer Organisationen, wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Auch 1989 gelang es der WJ wieder, ihr jährliches „Pfungstreffen“, die „35. Tage Volkstreuer Jugend“ in Hetendorf, Landkreis Celle, durchzuführen. Unter den ca. 200 Teilnehmern befanden sich wiederum zahlreiche Neonazis und ausländische WJ-Anhänger. Das Programm unter dem Motto „IHR WERDET EINMAL DEUTSCHLANDS ZUKUNFT SEIN!“ enthielt neben sportlichen Wettkämpfen und theoretischer Schulung auch „wehrt-sportliche“ Übungen. Die Regelmäßigkeit, mit der sich Anhänger der WJ in Hetendorf zu Veranstaltungen treffen, läßt die guten Beziehungen zu der von dem Rechtsanwalt RIEGER, Hamburg, geführten rechtsextremistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ erkennen, die Miteigentümerin der als Treffpunkt dienenden Grundstücke ist.

## **Rechtsextremistische Gruppenbildung in Hann.-Münden**

Nachdem schon zwischen 1978 und 1982 in Hann.Münden Aktivitäten von Rechtsextremisten festgestellt worden waren und dann eine Phase der „Ruhe“ eingetreten war, ließ sich seit Ende 1988 eine Weiterentwicklung der rechtsextremistischen Szene, eines „Freundeskreises“, beobachten.

Aufgrund von Beschlüssen der Staatsanwaltschaft Göttingen wurden am 9. April hauptsächlich in Hann.-Münden 20 Personen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, des Verstoßes gegen das Waffengesetz und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorläufig festgenommen und ihre Wohnungen durchsucht. Dabei wurden Pistolen, scharfe Munition, zahlreiche Bajonette, ein Metallsuchgerät, Unterlagen über eine Satzung und Mitgliederlisten einer „Wehrsportgruppe - Mündener Stahlhelm Bund“ (WSG-MSB), NS-Uniformen und -Ausrüstungsstücke, eine Hakenkreuzfahne, Schrifttum des „Dritten Reiches“ sowie rechtsextremistisches Propagandamaterial von NPD, JN, FAP, DVU und der „Taufnussfront“, einer Skinhead-Gruppe aus Hessen, gefunden. Die Täter wurden inzwischen zu Geldstrafen verurteilt.

Durch die Ermittlungen wurden bei den Anhängern der „WSG-MSB“ Verbindungen und Entwicklungslinien zu der rechtsextremistischen Szene in Hann.Münden vor 1982 erkennbar.

Neonazistische Schmierereien waren 1989 in Hann.-Münden vermehrt festzustellen. Der jüdische Friedhof wurde geschändet.

Der „Freundeskreis“ in Hann.Münden verfügt über gute Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppen nicht nur in der benachbarten Region Göttingen-Kassel. Dabei überwiegen Verbindungen zur NPD. „Einzelkämpfer“ sind als Anhänger der FAP in Erscheinung getreten.

## **Rechtsextremistischer „Treffpunkt“ HETENDORF weiter in den Schlagzeilen**

Wie im Vorjahr behielt Hetendorf im Landkreis Celle auch 1989 als „Treffpunkt“ für Rechtsextremisten bundesweite Bedeutung.

Die Wiking-Jugend führte ihre Lagerveranstaltungen zu Pfingsten und in den Sommerferien durch und wurde dabei von Neonazis „geschützt“.

Um die Jahreswende 1989/90 bemühte sich der Vorsitzende der rechtsextremistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, die Miteigentümerin des als „Treffpunkt“ dienenden ehemaligen Kinderheimes ist, ein weiteres Grundstück in Hetendorf zu erwerben. Hiermit war beabsichtigt, die Attraktivität Hetendorfs als Veranstaltungsort für Rechtsextremisten zu erhöhen und sich vor Ort als „Institution“ zu stabilisieren.

Das Land Niedersachsen war bemüht, die weitere Ausbreitung rechtsextremistischer Aktivitäten in Hetendorf zu verhindern. Im April 1990 wurde für das genannte Grundstück ein anderer Erwerber gefunden.

# Rechtsextremismus



**Beschlagnahmtes Material in  
Hannoversch-Münden**

# In Hetendorf wächst die Angst vor den Neonazis

## Zentrum der Rechtsextremisten bald noch größer?

VON RAINER BUTENSCHÖN  
HANNOVER, Hetendorf - so heißt eine unscheinbare Ortschaft nördlich

„Körperzüchtung“ und Orientierungsmenschen sorgen sie für Unruhe. Genauso wie die in bizzarr Uniformen gekleideten „Sicherungsvereinigungen“ aus den Reihen der FAP oder der Nationalistischen Front - zweier militärrer Neonazi-Organisationen, deren Angehörige bereits

mehrfach bundesweit durch Terroranschläge von sich reden machten. Zu zwei Drittel gehört das Ende der Jahre gekaufte Anwesen einem Verein, der sich unverdächtig „Freundekreis kurt“ nennt, und dessen Mitglieder alten K-Filmen ergötzen. Zu einem Zentrum der „Gesellschaft“ (Vorstand: „Eugen“) in Hanbur „it peur“ re

**Neonazis in Hetendorf bei Hauskauf gescheitert**  
Unternehmensgruppe Olympia kauft Gutshof für  
Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf

Unternehmensgruppe Olympia kauft Gutshof für  
Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf

**Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf**



↑ Treffpunkt Hetendorf bei Cel  
↓ Volkstreu Jugend

**Hetendorf - Stützpunkt extremistischer Gruppen?**  
Bei Zwangsversteigerung...  
HETENDORF ZELLE - 312 000 Mark war das Meistgebot...  
für ein Wohnobjekt in Hetendorf, das seitdem im Wege der Zwangsversteigerung im Besitz der bürgerlichen Gruppe für biologische Antriebe...  
Rechtsextremisten  
deutschland zu  
punkt ausbauen  
zuletzt auf  
betont 47 und  
Lohnverhältnis

Gegen Rechtsextremismus: Untersch.

menischen Arbeitskreises

**„Hetendorfer Anwesen verbieten“**

Kaufabsichten von Rechtsextremisten in Hetendorf gescheitert / Finanzministerium: „privaten Investor gefunden“

## Haus Nr. 47 von Olympiagruppe Bonn gekauft Aussiedler sollen hier neue Heimat finden

HETENDORF. - Die Kuh ist vom Eis, das Anwesen Hetendorf Nr. 47 von einem privaten Investor erworben: Am späten Dienstag nachmittag wurde der Kaufvertrag in Hannover unterschrieben. Nach schwierigen Verhandlungen ist es unserm Haus gelungen zu verhindern, daß das Objekt in des Niedersächsischen Finanzministeriums, sichtlich erleichtert der CZ gestern früh mit.

soll jedoch - wie die CZ aus gut unterrichteten Kreisen erfuhr - deutlich über dem Gebot von Rechtsanwalt Jürgen Rieger liegen. Der Vorsitzende der vom Verfassungsschutz unterstützten



schel

## Überblick über das rechts-extremistische Potential innerhalb der Skinhead-Bewegung in Niedersachsen

Als jugendkulturelle Szene sind die Skinheads in der Bundesrepublik keine homogene Gruppe. Obgleich bei vielen Skinheads rechtsextremistische Tendenzen und Orientierungen prägend für ihr Verhalten sind, können sie nicht als „neofaschistische“ Jugendbewegung bezeichnet werden. Ihnen geht es vielfach darum, durch neonazistische Verhaltensweisen zu provozieren und Aufmerksamkeit zu erzielen. Sie sind aber weitgehend weder gewillt, noch aufgrund ihrer Disziplinlosigkeit fähig, Einfluß auf Fragen der politischen Willensbildung zu nehmen. Militante Skinheads stellen vielmehr vor allem eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, zumal sie bei bestimmten Auseinandersetzungen häufig auch das neonazistische Gewaltpotential verstärken.

Seit 1984 entstehen in der Bundesrepublik „Jugendcliquen“, die wie Skins „rechte“ Skinmusik hören, sich aber nicht wie Skins kleiden. Wie Skins fallen sie jedoch bei Konzerten und Sportveranstaltungen durch gewalttätiges und brutales Verhalten auf.

Deshalb war es auch im Gegensatz zu früheren Erhebungen 1989 schwieriger, Kriterien für den Begriff „Skinhead“ zu definieren. Galten bisher Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel als eindeutige Erkennungszeichen für einen Skinhead, so hat sich inzwischen das äußere Erscheinungsbild gewandelt. Manche Anhänger der Skinhead-Bewegung haben sich normal gekleideten Altersgenossen ange-

glichen, um nicht mehr sofort identifizierbar zu sein.

- Verhaltensweisen wie
- extreme Gewaltbereitschaft gegenüber Personen, die als Gegner empfunden werden,
  - starke Gruppenbildung mit exzessivem Alkoholgenuß
  - Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie
  - provokatives Verwenden von rechtsextremistischen Kennzeichen (§ 86 a StGB), haben nach wie vor Gültigkeit und konnten insbesondere bei schweren Auseinandersetzungen in Hannover und Göttingen festgestellt werden.

Die Gesamtzahl der Skinheads in Niedersachsen wird derzeit auf mindestens 550 geschätzt (1987:450).

Über ca. 80 Skinheads (1987:65) liegen Erkenntnisse vor, die eine Zuordnung zum rechtsextremistischen Potential innerhalb der Skinhead-Bewegung rechtfertigen. Die Zahl der Skinheads, die sich rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen anschließen, ist – bedingt auch durch starke personelle Fluktation – insgesamt weiterhin gering. Jedoch sind einzelne rechtsextremistische „Anführer“, die meistens aus der Skinhead-Bewegung stammen, in der Lage, Skinheads – wenn auch meist nicht für längere Zeit – für rechtsextremistische Aktivitäten, insbesondere der FAP zu interessieren und zu engagieren.

Bei den zahlreichen Krawallen mit Beteiligung von Skinheads konnte eine eigentliche „Steuerung“ durch Rechtsextremisten nicht oder nur im Ansatz beobachtet werden. Die Vorstellung einer „Steuerung“ wäre im übrigen

dem Verhältnis von Skinhead-Bewegung und organisiertem Rechtsextremismus nicht angemessen. Angesichts der Wertvorstellungen und erheblichen Gewaltbereitschaft der Skinheads als Gruppe gegenüber „Andersartigen“ und Minderheiten bedarf es nur geringfügiger Anlässe oder Gelegenheiten, um Krawalle auszulösen. Schwerpunkte von Auseinandersetzungen mit Skinheads waren 1989 wiederum Hannover und Göttingen. Hier kam es zu den nachstehend aufgeführten gewalttätigen Aktionen:

#### **6./7. Januar**

Ca. 60 Skinheads attackierten das Jugendzentrum „Juzi“.

#### **Göttingen**

Als eine Gruppe verummter Personen aus dem „Juzi“ gegen die Skinheads voring, verhinderte die Polizei eine drohende Straßenschlacht.

#### **25. März**

3 Angehörige der sog. „Psycho-Billies“ (eine Gruppe mit Bisingen Affinität zu Skins) verübten einen Brandanschlag auf eine Asylantenunterkunft. Motiv: Ausländerhaß.

#### **23. Juli**

Als Polizeibeamte in Zivil eine „Grillparty“ von 50 Wiershausen Skins und Anhängern rechtsextremer Gruppen aus Göttingen und Hann.Münden kontrollierten, wurden mehrere Schüsse aus einer Schreckschußpistole gefeuert.

#### **10. September**

Schwere Zusammenstöße zwischen Skinheads und türkischen Jugendlichen in der Innenstadt Hannovers. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Körperverletzungen. Die Polizei konnte weitere Gewalttätigkeiten verhindern.



#### **13. Oktober**

Angriff von ca. 40 verummten Personen aus dem Juzi auf Göttingen einen Bus, in dem eine Gruppe von Skinheads fuhr. Die Polizei mußte die Kontrahenten trennen.

#### **9. Dezember**

Ca. 80 FAP- Anhänger - darunter zahlreiche Skinheads aus Göttingen marschierten geschlossen zum „Juzi“. Aus dem Demonstrationzug der FAP gingen Teilnehmer mit Steinen und Leuchtraketen gegen das Jugendzentrum vor.

## Allgemeine Entwicklung

Die Aktivitäten ausländischer Extremisten und Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland wurden auch im Jahre 1989 überwiegend von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen in ihren jeweiligen Heimatländern bestimmt. Verstärkt wurde aber auch gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik und Maßnahmen deutscher Behörden agitiert. Die Auswirkungen des Zerfalls der kommunistischen Ideologie in Osteuropa auf extremistische Ausländer sind noch nicht deutlich geworden. Islamisch-fundamentalistische Gruppierungen reagierten auf die Veröffentlichung des Buches „Die Satanischen Verse“ von Salman RUSHDIE unverhüllt fanatisch.

Die „Provisional Irish Republican Army“ (PIRA) setzte anlässlich des 20. Jahrestages des Eingreifens britischer Truppen in Nordirland ihre Terrorserie auch in der Bundesrepublik mit schweren Mord- und Bombenanschlägen fort. Mit vier Todesopfern und zahlreichen Verletzten erwie sie sich als die z.Z. gefährlichste Gruppierung im Bereich der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern.

Die außerordentlich gewalttätige Terrororganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) führte unbeeindruckt von dem in Düsseldorf anhängigen Prozeß gegen 19 ehemals führende Funktionäre die brutale Verfolgung von „Abtrünnigen“ im Ausland fort. In der Bundesrepublik kam es – wohl aus taktischen Gründen – nicht zu schweren Gewalttaten.

Zum Jahreswechsel 1989/90 war weltweit ein Anstieg terroristischer Aktivitäten durch arabisch-schiitische Extremisten festzustellen. Die

Anschlagsvorbereitungen richteten sich gegen jüdische bzw. israelische und USamerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik.

Stärker als alle anderen Nationalitäten stellen türkische Extremisten neben dem Protest gegen die „Militärjunta“ in der Heimat die Verbesserung der sozialen Stellung der türkischen Mitbürger in der Bundesrepublik sowie die Ausländer- und Asylpolitik in den Vordergrund.

Das linksextremistische Spektrum ist weiter stark zersplittert. Die mitgliederstarken islamischen Organisationen traten nach außen wenig in Erscheinung.

Trotz des Todes des Revolutionsführers KHOMEINI hielten sich die iranischen Regimegegner auffallend zurück. Lediglich die monarchistischen Gruppierungen traten verstärkt hervor.

Die Mitgliederzahl in extremistischen oder entsprechend beeinflussten Organisationen blieb in Niedersachsen mit rund 4300 im Vergleich zum Vorjahr bei einer leichten Zunahme zugunsten der islamisch-extremistischen Gruppen insgesamt konstant.

## „Provisional Irish Republican Army“ (PIRA)

Mit dem Bombenanschlag auf eine Kaserne der Britischen Rheinarmee am 19. Juni in Osnabrück setzten nordirische Terroristen ihre Anschlagserie in der Bundesrepublik fort, die 1987 in Mönchengladbach ihren Anfang genommen hatte. Die Täter deponierten fünf Bomben mit insgesamt 160 kg Sprengstoff an einem Kasernengebäude. Nur ein Sprengsatz detonierte. Es entstand erheblicher Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt.

Der Anschlag vom 19. Juni eröffnete im Hinblick auf den 20. Jahrestag der Intervention britischer Truppen in Nordirland eine Serie von weiteren Mord- und Bombenanschlägen:

- Am 2. Juli explodierte in einer Wohnsiedlung britischer Armeeingehöriger in Hannover eine Autobombe unter dem Pkw eines britischen Corporals, als dieser seinen Wagen besteigen wollte. Der Soldat wurde getötet, die Ehefrau und vier Kinder zum Teil schwer verletzt.
- Zu einem versuchten Mordanschlag kam es am 28. August ebenfalls in Hannover. Unter seinem Kfz entdeckte ein britischer Soldat eine Autobombe, die entschärft werden konnte. Aussehen und Zusammensetzung des Sprengkörpers entsprechen der typischen PIRA-Bauweise.
- Am 1. September wurde in Münster aus einem Fahrzeug mit einem Schnellfeuergewehr auf zwei britische Soldaten geschossen. Beide erlitten schwere Verletzungen.
- Am 7. September wurde in Unna-Massen die deutsche Ehefrau eines britischen Armeeingehörigen aus einem vorbeifahrenden Pkw erschossen. In einem Selbstbeziehungsschreiben bekannte sich die PIRA am 8. September in Dublin/Irland zu diesem Mord.
- Am 26. Oktober wurden auf einem Parkplatz in Wildenrath/NRW ein britischer Soldat und dessen sechs Monate alte Tochter getötet, die Ehefrau des Soldaten verletzt. Die PIRA bekannte sich am 27. Oktober in Dublin zur Tat und „bedauerte“ den Tod des Kleinkindes.
- Neben diesen Sprengstoff- und Mordanschlägen kam es zu zahlreichen Bomben- und Morddrohun-

gen gegen britische Einrichtungen und Personen.

Mit den Anschlägen auch außerhalb Nordirlands und Großbritanniens erreichte die PIRA zusätzliche Resonanz in den Medien vor allem auf dem Kontinent.

## Kurden

Seit 1984 führt die linksterroristische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) einen bewaffneten „Befreiungskampf“ gegen die Türkei mit dem Ziel, einen eigenständigen Kurdenstaat zu errichten. In Europa wird sie durch ein „Zentralkomitee für Europa“ vertreten, das in 20 PKK-Gebiete unterteilt ist. Zehn dieser Gebiete befinden sich in der Bundesrepublik, von wo aus der Kampf in der Türkei propagandistisch, personell und materiell unterstützt wird. Die bis vor zwei Jahren gegen konkurrierende Kurdenorganisationen verübten Gewalttaten wurden nicht mehr festgestellt, „abtrünnige“ Parteimitglieder hingegen werden weiterhin verfolgt und „bestraft“. Die PKK und ihre Teilorganisationen agitierten zudem in vielfältiger Form gegen die Verhaftung ihrer Funktionäre durch deutsche Sicherheitsbehörden.

Die übrigen kurdischen Organisationen traten 1989 in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung.

## „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Die in der Bundesrepublik bestehenden PKK-Vereine sind in der FEYKA-Kurdistan („Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD

e.V.“) organisiert. In Niedersachsen gehören dazu

- der „Arbeiterverein der Patrioten Kurdistans in Celle“ und - der „Arbeiterverein aus Kurdistan in Hannover“.

Als PKK-Teilorganisation fördert die „FEYKA-Kurdistan“ die finanzielle und materielle Unterstützung der Partei und sieht überdies ihre Aufgabe darin, die Mitgliedsvereine ideologisch einzuschwören. Unter großen Sicherheitsvorkehrungen begann am 24. Oktober vor dem OLG in Düsseldorf ein Prozeß gegen 19 Mitglieder und Funktionäre der PKK. Die Anklage wirft ihnen Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB vor.

Im Gerichtssaal kam es zu Tumulten und Handgreiflichkeiten zwischen den Angeklagten und dem Justizpersonal. Vor dem Gerichtsgebäude protestierten Hunderte von Kurden. In Paris besetzten etwa 60 Kurden die Botschaft der Bundesrepublik.

Bereits am 21. Oktober hatten über 5.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet an einer von der FEYKA-Kurdistan organisierten zentralen Demonstration in Düsseldorf teilgenommen, darunter zahlreiche Deutsche aus linksextremistischen Organisationen. Zuvor hatte das „Kurdistan-Komitee“ in Köln, eine Teilorganisation der PKK, in einer Erklärung das Strafverfahren als eine offene Kriegserklärung des bundesdeutschen Staates im Namen des imperialistischen Systems gegen den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes bezeichnet. In einer Phase, in der die neofaschistische Bewegung eine massive Steigerung vollziehe, sei ein derartiges Verfahren als gegen jegliche

Werte der Demokratie, der Freiheit, des Friedens und der Menschheit gerichtet zu qualifizieren.

Bis zum Jahresende konnte nicht einmal die Anklageschrift verlesen werden. Am 13. Dezember begannen die Angeklagten einen befristeten Hungerstreik. Ingesamt wird mit einer Prozeßdauer von mindestens zwei Jahren gerechnet. In einem Presse-Interview erklärte der Generalsekretär der PKK, Abdullah ÖCALAN (Syrien), bislang habe die PKK die Deutschen nicht direkt angegriffen. Wenn sich deren Haltung jedoch nicht ändere, werde die PKK gegen deren Existenz in der Türkei und ihre Einrichtungen vorgehen. In Niedersachsen wurden gegen den Prozeß zahlreiche Protestaktionen durchgeführt.

Im März wurde in Paris ein 28jähriger PKK-Aktivist verhaftet, der im Verdacht steht, am 3. Mai 1987 in Hannover den Funktionär der „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD“ (KOMKAR), Ramazan ADI-GÜZEL, auf offener Straße erschossen und eine deutsche Passantin lebensgefährlich verletzt zu haben.

Wiederholt wurden Kurden im Raum Celle massiv bedroht, die sich geweigert hatten, die PKK zu unterstützen.

In einem deutschsprachigen Flugblatt, das u.a. in Hannover verteilt wurde, riefen die „Kurdistan-Komitees in Europa“ (Nebenorganisation der PKK) die Bundesbürger zu einem Boykott von Türkeireisen auf. Wörtlich hieß es:

„...Diese faschistische Junta versucht durch Werbungen über das angeblich 'billige Tourismus-Paradies', das um den Preis der Ermordung, Massakrierung und Folterung der bei-



# KURDISTAN REPORT

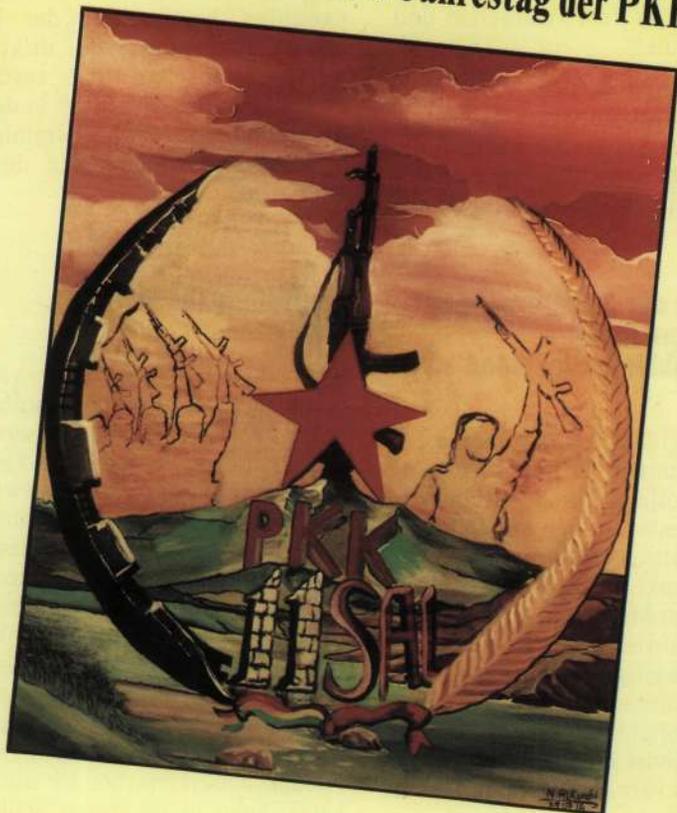
November 1989

Nr. 28

Preis: 3.-DM

ORGAN DER EUROPAVERTRETUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

Wir begrüßen den 11. Jahrestag der PKK!



den Völker errichtet wurde, auch Sie anzusprechen. Die Wahrheit über dieses 'Paradies' ist die Wahrheit über ein Land, in dem die Menschenrechte auf die grausamste Weise zertreten, die Menschen unter systematischen Folterungen ermordet und zu Krüppeln gemacht, in dem den Arbeitern, Studenten und Frauen gezielt Feuer eröffnet wird... Deshalb sagen wir: Fahren Sie zum Urlaub nicht in die Türkei oder nach Kurdistan. ...Sprechen Sie jeden Freund, Kollegen und Bekannten an. Sagen Sie 'Nein' zum Urlaub in einem faschistischen Land! Keine D-Mark für die Massaker an dem kurdischen und türkischen Volk!“

Bei einer ähnlichen Aktion im Vorjahr war gewarnt worden: „Achtung – Lebensgefahr! Reisen Sie nicht in die Türkei! Bombenanschläge auf touristische Einrichtungen stehen bevor!“

## **„Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (KOMKAR)**

Am 3. Mai 1987 war in Hannover der KOMKAR-Funktionär Ramazan ADIGÜZEL auf offener Straße erschossen und eine Passantin lebensgefährlich verletzt worden. Der Mord geschah zu einem Zeitpunkt, als die PKK noch mit den brutalsten Methoden gegen Angehörige konkurrierender Kurdenorganisationen vorging. Der zunächst unerkannt entkommene Mordschütze konnte in der Folgezeit als ein 28-jähriger PKK-Aktivist identifiziert und im März in Paris verhaftet werden. Damit bestätigte sich der von Anfang an vermutete PKK-Zusammenhang.

Der orthodox-kommunistischen KOMKAR gelang es im Jahr 1989 nach

einer längeren Zeit der Inaktivität ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen wieder aufzunehmen. Auf politische Veränderungen im Heimatland hinarbeitend organisierte sie u.a. Protestveranstaltungen zum 1. Jahrestag des Giftgaseinsatzes gegen Kurden im Irak und mit etwa 900 Teilnehmern eine Demonstration gegen „Folterungen und Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei“. An ihrem 11. Bundeskongreß nahmen etwa 500 Personen aus dem In- und Ausland teil. Unter Hinweis auf die Beteiligung von „faschistischen“ Parteien an den Europawahlen hatte einer der Redner erklärt, die „forcierte, diskriminierende, feindselige und rassistische Politik der Herrschenden“ in der Bundesrepublik gegenüber Immigranten und Asylsuchenden zeige ihre Wirkung.

## **„Befreiungsbewegung Kurdistans“ (TEVGER)**

In einem Interview mit dem Zentralorgan der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) „Unsere Zeit“ (UZ) vom 15. September erklärte ein Spitzenfunktionär der „Bewegung“, alle Aktionen gegen den türkischen Staat, bewaffnet oder unbewaffnet, seien legitim und nicht terroristisch. Die TEVGER, ein 1988 gegründetes Aktionsbündnis mehrerer linksextremistischer Kurdenvereinigungen, arbeitet nach ihren Verlautbarungen für die Befreiung des türkischen Teils Kurdistans vom „kolonialen Joch“. In Niedersachsen machte sie durch Plakataktionen in mehreren Städten auf sich aufmerksam.

## **„Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V.“ (KKDK)**

Die ebenfalls orthodox-kommunistische KKDK beteiligte sich 1989 vorwiegend an Aktionen anderer Organisationen. An ihrem Jahreskongreß nahmen nur noch etwa 50 Delegierte von Mitgliedsvereinen und Stützpunkten teil. In Niedersachsen sind lediglich kleine Stützpunkte in Celle, Hannover und Oldenburg bekannt.

## **Türken**

Auch 1989 kämpften türkische Linksextremisten vornehmlich für die Veränderung der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Heimatland. Weitere Agitationsthemen waren u.a. die deutsche Wirtschaft und Militärhilfe an die Türkei, die Ausländerpolitik der Bundesregierung sowie die Wahlerfolge der „Republikaner“.

Türkische Linksextremisten und kurdische Gruppen veranstalteten am 9. September in Köln eine Protestdemonstration mit über 20.000 Teilnehmern anlässlich des Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980 in der Türkei.

Von den orthodox-kommunistischen Gruppierungen gingen kaum Aktivitäten aus. Die in der Diskussion stehende Zulassung einer kommunistischen Partei in der Türkei und auch der desolate Zustand der im Vorjahr gegründeten „Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei“ (GDF) trugen wesentlich zur Inaktivität bei.

Dem Zusammenschluß der Dachverbände „Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP) und der „Kommunistischen Par-

tei der Türkei“ (TKP) zur „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“ (TBKP) folgten deren in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Hilfsorganisationen FIDEF und DIBAF und gründeten die „Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei“ (Göçmen Dernekleri Federasyonu = GDF).

Der von Cemaleddin KAPLAN geführte islamisch-extremistische „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ spaltete sich. Niedersächsische Mitgliedsvereine des KAPLAN-Verbandes schlossen sich den „Abspaltern“ noch nicht an.

## **Linksextremistische Organisationen**

### **„Devrimci Isci“**

Die Annäherung der beiden rivalisierenden Gruppen „Devrimci Isci“ (Revolutionärer Arbeiter) und „Göçmen“ (Emigrant) scheiterte. Inzwischen hat sich „Göçmen“ aufgelöst. Ein Teil ihrer Anhänger schloß sich dem „Devrimci Isci“ an. Diese Gruppe wirkte überwiegend publizistisch. Sie bezeichnete die Regierung der Türkei als Folterregime. Die Bundesregierung sei aufgrund der Militärhilfe für die Türkei direkt an der Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes beteiligt. Ferner wurde der Entwurf des neuen Ausländergesetzes angegriffen. Das Gesetz „öffne staatlicher Willkür Tür und Tor“.

Das „Informationsbüro Türkei“ in Hannover - maßgeblich von Angehörigen der Gruppe „Devrimci Isci“ geleitet - veröffentlichte zum 1. Mai eine Sonderausgabe seiner deutschsprachigen Zeitschrift „Türkei Information“. Unter dem Motto „Zusammenlegung

jetzt!“ griff das Blatt den Hungerstreik der RAF-Häftlinge auf und bezeichnete deren Forderungen als berechtigt.

## **„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L)**

Die Anhänger der gewaltorientierten und in der Türkei regional terroristisch operierenden TKP/M-L sind in der Bundesrepublik in den Basisgruppen

- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V., (ATIK) und
- „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V., (ATIF) organisiert.

Daneben agiert noch die Abspaltung „TKP/M-L Bolschewik“ ((TKP/M-L B), die sich auch „Bolschewik Partisanen“ (BP) nennt.

Die TKP/M-L verbreitete Anfang des Jahres im Bundesgebiet Flugschriften, in denen sie die Initiatoren des internationalen Tribunals gegen die türkische Regierung vom 10./11. Dezember 1988 in Köln heftig kritisierte. Das Tribunal habe Revolutionismus durch Reformismus ersetzt. Revolutionäre dürften nicht Schulter an Schulter mit Imperialisten gegen den Faschismus kämpfen, sondern sie sollten die Revolution verwirklichen. Aktionseinheiten wie das Tribunal seien dazu der falsche Weg.

Das „Informationsbüro Türkei“ (Hannover) gehörte zu den Mitinitiatoren des Internationalen Tribunals gegen die türkische Regierung und hatte im Rahmen dieser Veranstaltung eine „Anklageschrift“ zum Thema „Polizei- und Militärhilfe besonders der BRD und deren Bedeutung für das türkische Folterregime“ vorgelegt.

Die TKP/M-L leitete Mitte Oktober ihre diesjährige Spendenkampagne ein. Sie stand unter dem Motto „Vom Feind gewaltsam, vom Volk freiwillig“. Besonders gefordert seien die Landsleute im Ausland, während Scheinrevolutionäre, die im Ausland ein bequemes Leben führten, zum Schweigen gebracht werden müssten. Die Spendengelder sollen zur Ausrüstung der „Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO) (militärischer Teil der TKP/M-L) mit Waffen verwendet werden.

Wie bereits im Vorjahr in Berlin und Dortmund kam es auch im Rahmen der laufenden Spendenkampagnen am 20. und 26. Oktober in Walldorf zu einem Raubüberfall auf türkische Geschäftsleute durch Angehörige der TKP/M-L.

## **„Konföderation türkischer Arbeitervereine in Europa“ (ATIK)**

Die ATIK versteht sich als „demokratische“ Massenorganisation mit der Aufgabe, die Revolution in der Türkei zu unterstützen. In Flugschriften ruft sie einheimische und ausländische Arbeiter auf, eine Einheit gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschismus zu bilden. Nach Auffassung der ATIK arbeiten die bürgerlich-demokratischen Länder mit den einheimischen Faschisten kooperativ zusammen, um die Befreiungsbewegungen niederzuschlagen. Ein typisches Beispiel sei die Bundesrepublik. Faschistische Parteien wie die Republikaner, NPD und DVU betrieben hier legale Parteiaktivitäten. Eine andere Verhaltensweise erwarte man aber vom westdeutschen Imperialismus ohnehin nicht, weil er auch eine Hitlersche Abschiebepolitik verfolge, den Ausländern das kommunale Wahlrecht nicht gewähre und das Asylrecht aufheben wolle.

Im Oktober/November nahm die ATIK in der Ausgabe ihres deutschsprachigen Organs „MÜCADELE (Kampf) gegen Unterdrückung und Ausbeutung“ ausführlich zur Massenreise aus der DDR Stellung. Nach Auffassung der Verfasser werde der Flüchtlingsstrom aus der DDR von den Dreckschleudermedien zu einer aggressiv demagogischen Diffamierungskampagne gegen den Marxismus-Leninismus ausgenutzt. Ziel dieser Hetzkampagne sei es, in beiden deutschen Staaten den Klassenkampf zu schwächen und den Kommunismus zum Hauptfeind der Völker zu erklären. Dabei mißbrauche man die DDR-Flüchtlinge als Manövriermasse im Interesse der „imperialistischen Großmacht BRD“.

### **„Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF)**

Die Aktivitäten der ATIF hatten – wie bereits in den Vorjahren – weiter rückläufige Tendenz. Sie polemisierte Mitte Februar mit einem Flugblatt gegen die geplante Ausländergesetzgebung. Mit der Gesetzesnovelle würden die wenigen Rechte der Ausländer noch mehr beschnitten, der politische Druck verstärkt und der Familiennachzug erschwert. Die Ausländer würden damit zu Menschen zweiter und dritter Klasse herabgewürdigt und zu einer Randgruppe der Gesellschaft abgestempelt. Die Ausländerfeindlichkeit sei Staatspolitik der westdeutschen Imperialisten.

### **„Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.“ (DIDF)**

Die DIDF, Basisorganisation der proalbanischen „Revolutionären

Kommunistischen Partei der Türkei“ (TDKP), verfolgt das Ziel der Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges. Sie bezeichnet die türkische Politik als barbarisch und wirft den europäischen Regierungen vor, mit der Türkei ein Land zu unterstützen, in welchem die Menschenrechte mit Füßen getreten würden. Aus Protest gegen das Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen Demonstranten am 1. Mai in der Türkei organisierte die DIDF in Duisburg eine Kundgebung, an der sich über 3.000 Personen beteiligten. An einer Solidaritätsdemonstration für in der Türkei inhaftierte politische Gefangene am 12. August in Bonn nahmen etwa 2.000 Teilnehmer teil.

### **Islamische Extremisten**

#### **„Vereinigung der neuen Welt-sicht in Europa e.V.“ (AMGT) (AVRUPA-MILLI-GÖRUS- TESKILATLARI)**

Die AMGT strebt eine islamisch-fundamentalistische Staatsform in der Türkei mit parlamentarischen Mitteln an. Sie besteht aus Anhängern der im Heimatland verbotenen „Nationalen Heilspartei“ (MSP) bzw. deren Nachfolgeorganisation „Wohlfahrtspartei“ (Refah Partisi/RP), die von Necmettin ERBAKAN geführt wird.

Ihren Jahreskongreß führte die AMGT am 4. Juni in Köln mit etwa 8.000 Teilnehmern durch. ERBAKAN trat als Hauptredner auf. Er vertrat u.a. die Auffassung, daß ein EG-Beitritt für die Türkei nicht anzustreben sei, da dies einen Hemmschuh für den Islam bedeute. Die über 200 Teilnehmer aus Niedersachsen kamen überwiegend aus Hannover, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter.

Salman RUSHDIE's „Satanische Verse“ lösten auch in Kreisen der AMGT Unruhe aus. Der Vorstand rief seine Mitgliedsvereine zur Besonnenheit auf und erklärte, daß sich die Mitglieder der AMGT von dem iranischen Aufruf zur Tötung des Autors nicht angesprochen fühlten.

## „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln“

Der Verband unter dem Vorsitz von Cemaleddin KAPLAN stand im Berichtsjahr weniger im Interesse der Öffentlichkeit als in den Vorjahren. Im wesentlichen wurde das Verbandsgeschehen durch interne Auseinandersetzungen zwischen KAPLAN und seinem Stellvertreter Hasan Hayri KILIC beherrscht, die im April zur Spaltung des Verbandes führten. Unter der Bezeichnung „Islamische Bewegung“ meldete die Oppositionsgruppe im Sommer eine eigene Organisation an. Die neue Gruppierung beabsichtigt, Zweigstellen zu eröffnen und Moscheen zu errichten.

Nach wie vor propagiert der Verband den revolutionären Sturz des türkischen Regimes und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster. In seinem neuen Verbandsorgan „ÜMMET“ (Gemeinschaft der Gläubigen/Muslime) befürwortete KAPLAN die Anwendung von Gewalt:

„Die Muslime haben die von ihrem Glauben ihnen erteilte Aufgabe, Gewalt anzuwenden... Um die Glaubensfreiheit zu sichern und die Sicherheit der Personen zu gewährleisten, die Allah auf den richtigen Weg geführt hat, ist die Anwendung von Gewalt eine völlig legale Aufgabe.“

Es ist eine göttliche Aufgabe, alle Mächte (Kräfte), die sich den Muslimen in den Weg stellen, ... in tausend Stücke zu zerschlagen und sie zu stürzen...“.

Etwa 5.000 überwiegend türkische Muslime aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten am 4. März in Bonn gegen die Veröffentlichung des RUSHDIEBuches. KAPLAN trat als Redner auf. Er forderte, den Koran zur Staatsverfassung für die gesamte Menschheit und den Islam zu einem weltumfassenden Staat, zum Träger der Weltherrschaft, Weltpolitik und Weltzivilisation zu machen.

## Extreme Nationalisten

### „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) (AVRUPA DEMOKRATİK UELKUECUE TUERK DERNEKLERI FEDERASYONU)

Die weiterhin aus der Türkei von dem Rechtsextremisten Alparslan TÜRKES gesteuerte ADÜTDF konnte die nach der Spaltung 1987 eingetretene Schwächung nicht überwinden. Bei den Mitgliedsvereinen ist ein Vertrauensschwund gegenüber der Führung des Dachverbandes zu bemerken. Die Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit kam auch in Niedersachsen fast zum Erliegen.

## ARABER

### Schitische Extremisten

In der Bundesrepublik leben mehrere hundert Mitglieder und Anhänger der libanesischen Gruppierungen „AMAL“ (Gruppen des libanesischen Widerstandes) und „HIZB ALLAH“

(Partei Gottes). Während die „AMAL“ von Syrien unterstützt und finanziert wird, ist die „HIZB ALLAH“ in finanzieller und ideologischer Hinsicht weitgehend vom Iran abhängig. Obwohl sich beide Gruppen im Libanon aufs schärfste bekämpfen, gehen ihre Anhänger im Bundesgebiet eher zurückhaltend und vorsichtig miteinander um.

Die „HIZB ALLAH“ führt seit 1983 weltweit Terroranschläge und Entführungen westlicher Geiseln durch. Inzwischen werden ihr etwa 60 Morde, Flugzeugentführungen und Sprengstoffverbrechen angelastet. Im Laufe des Jahres 1989 gab es mehrere Hinweise auf den Aufbau von „HIZB ALLAH“-Netzen in Europa, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Am 9. Dezember wurden Wohnungsdurchsuchungen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durchgeführt, die jedoch ohne konkretes Ergebnis blieben. In- und ausländische Sicherheitsbehörden hatten auf geplante terroristische Anschläge hingewiesen.

„HIZB ALLAH“-Anhänger in der Bundesrepublik geben sich nie als solche zu erkennen, sondern bezeichnen sich stets als Angehörige und „Söhne des libanesischen Widerstandes“. Anhänger der „AMAL“ und „HIZB ALLAH“ gibt es insbesondere in Nordrhein-Westfalen sowie im Bereich Osnabrück.

### **„Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando – (PFLP-GC)“**

Im Rahmen der Ermittlungen des Generalbundesanwalts, die im Oktober 1988 zur Festnahme von terrorverdächtigen PFLP-GC-Aktivisten und

zur Aufklärung von zwei Sprengstoffanschlägen gegen US-Militärzüge bei Hedemünden im Landkreis Göttingen führten, konnte in Neuss und Frankfurt/M. weiteres Beweismaterial wie Sprengstoffe, Zündvorrichtungen und Waffen sichergestellt werden.

Mitte April 1989 wurden bei einer weiteren Durchsuchung der Wohnung des Hauptverdächtigen Radio- und Fernsehgeräte vorgefunden, bei denen es sich nach späteren Feststellungen um Sprengsätze handelte. Bei den kriminaltechnischen Untersuchungen im Bundeskriminalamt wurde ein Beamter getötet und ein weiterer schwer verletzt.

## **IRANER**

„Die Satanischen Verse“ von RUSHDIE stießen weltweit auf Proteste schiitischer Moslems. Nachdem KOHMEINI am 14. Februar zur Ermordung des Schriftstellers aufgerufen hatte, kam es in vielen Ländern zu teilweise gewaltsamen Protestaktionen, Bombendrohungen und Brandanschlägen. Betroffen waren vorwiegend Buchhandlungen und Verlage, die bereit waren, das Buch zu vertreiben.

Auf einer von einem „Islamischen Komitee“ organisierten Kundgebung am 4. März in Bonn mit etwa 6000 Moslems aus dem gesamten Bundesgebiet wurde eine an einem Galgen hängende Puppe verbrannt, die RUSHDIE darstellen sollte. Zuvor hatte sich die islamisch-extremistische „Union der Islamischen Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.) nach einer Pressemeldung öffentlich bereiterklärt, das von KOHMEINI verhängte Todesurteil zu vollstrecken.

Obwohl das Buch inzwischen in vielen Ländern angeboten wird und seit

einiger Zeit auch in deutscher Sprache erschienen ist, haben die Proteste ein Jahr nach Erscheinen kaum nachgelassen.

Der Tod KHOMEINIs am 3. Juni löste bei den im Bundesgebiet lebenden Iranern unterschiedliche Reaktionen aus. Während die Monarchisten das Ereignis feierten, betrauerte die U.I.S.A. den Tod ihres geistigen Führers und bekundete ihre Treue zur Islamischen Republik Iran. Die orthodox-kommunistische „TUDEH-Partei Iran“ gab ein Kommuniqué heraus, in dem sie zum gemeinsamen Kampf gegen das Regime aufrief und dabei erstmals die Monarchisten nicht ausklammerte.

## **Anhänger der iranischen Regierung**

### **Union der Islamischen Studentenvereine in Europa, (U.I.S.A.)**

Die Anhänger der iranischen Regierung werden in der Bundesrepublik unverändert durch die islamisch-extremistische U.I.S.A. repräsentiert. Ihre Aktivitäten wurden im Jahre 1989 fast ausschließlich von dem Verdikt gegen RUSHDIE und dem Tod des Ayatollahs beeinflusst. Ein bisher nicht aufgeklärter Sprengstoffanschlag im Februar auf eine Versammlungstätte der iranischen Volksmohajedin in Köln wird U.I.S.A.-Anhängern zugeschrieben.

Obwohl die Anzahl der U.I.S.A.-Mitglieder im Bundesgebiet auf nur 400 geschätzt wird – vertreten an etwa 30 Universitätsorten –, gelingt es der Organisation, zu aktuellen Anlässen die doppelte Anzahl von Personen zu mobilisieren. In Niedersachsen bestehen Stützpunkte in Braunschweig, Clausthal-Zellerfeld, Göttingen, Hannover und Hildesheim.

## **Gegner der iranischen Regierung**

Das Spektrum der oppositionellen Iraner in der Bundesrepublik reicht von orthodox-kommunistischen Parteien über sozialrevolutionäre Gruppen und Gruppen der „Neuen Linken“ bis zu den Monarchisten. Mit rund 300 Mitgliedern ist die „TUDEH-Partei Iran“ die größte der orthodox-kommunistischen Oppositionsgruppierungen. Zentrales Agitationsthema im abgelaufenen Jahr war die Hinrichtungswelle im Iran, von der die iranischen Kommunisten – neben den Volksmohajedin – am stärksten betroffen sind. Nach den politischen Umwälzungen in der DDR und den Ostblockländern überdenkt die Partei ihren politischen Standort.

Die iranischen Volksmohajedin, islamische Fundamentalisten marxistischer Prägung, agieren in der Bundesrepublik unter der Bezeichnung „Islamische Moslemische Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (MSV). Obwohl die Anzahl ihrer Anhänger auf nur 800 geschätzt wird, konnten die Volksmohajedin für eine Gedenkveranstaltung am 11. Februar in der Universität in Köln 2000 Teilnehmer gewinnen. Während der Veranstaltung wurde von bisher unbekanntem Tätern ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem zwei Iraner leicht verletzt wurden und erheblicher Sachschaden entstand. Die MSV machte iranische Stellen für den Anschlag verantwortlich. In der Vergangenheit auch in Niedersachsen festgestellte Stützpunkte in Braunschweig, Hannover und Oldenburg sind seit längerer Zeit inaktiv.

Monarchistische Regimegegner sind überwiegend in dem Dachverband „Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutsch-

land und West-Berlin“ (R.K.M.I.) und dessen Mitgliedsverbänden organisiert. Als einzige Oppositionsbewegung nimmt der „Rat“ nach dem Tode KOHMEINIs für sich in Anspruch, eine führende Rolle in der künftigen iranischen Politik übernehmen zu können.

Anders als in den Vorjahren traten iranische Monarchisten durch eine Vielzahl von Demonstrationen und Versammlungen in Erscheinung, nachdem der in den USA lebende Schah-Sohn Reza PAHLEWI seine politische Arbeit intensiviert hatte. Von den 1000 geschätzten Mitgliedern im Bundesgebiet leben etwa 140 in Niedersachsen. Es gibt Bestrebungen, die neben dem R.K.M.I. bestehenden etwa 30 monarchistischen Gruppen unter einem neuen Dachverband zu vereinen.

Die 1989 begonnenen und über den Jahreswechsel andauernden revolutionären Veränderungen in den Warschauer-Pakt-Staaten haben im Berichtszeitraum 1989 noch keine gravierenden Auswirkungen auf die von diesen Staaten gegen die Bundesrepublik ausgehende Spionagebedrohung gezeigt.

Auch in diesem Jahr wurden den Spionageabwehrbehörden des Bundes und der Länder wieder mehrere hundert Personen bekannt, die von den Geheimdiensten der Warschauer-Pakt-Staaten zu einer Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik aufgefordert worden waren.

Die von den nachrichtendienstlichen Ansprachen betroffenen niedersächsischen Bürger sind auch in diesem Jahr noch zu über 50% von DDR-Geheimdiensten kontaktiert worden. Die - in der Rangfolge Militär, Politik und Wirtschaft - von der Spionageabwehr erkannten Spionageaufträge der Geheimdienste der Warschauer-Pakt-Staaten gegen niedersächsische Institutionen gingen immer noch überwiegend von der DDR aus.

Noch am 18. November erhielt ein in der DDR amnestierter Strafgefangener, der am 20. November in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wurde, Spionageaufträge gegen die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz. Dies also neun Tage nach Öffnung der innerdeutschen Grenze und zu einem Zeitpunkt total umwälzender politischer und gesellschaftlicher Reformen in der DDR.

Die Geheimdienste der Warschauer-Pakt-Staaten funktionierten nach dem Erkenntnisstand Dezember 1989 noch. Ihre Rechtfertigung besteht

offensichtlich darin, daß sie einerseits in ihr Militärbündnis eingebunden sind und ihren potentiellen Gegner in den NATO-Bündnisstaaten sehen. Andererseits haben die Warschauer-Pakt-Staaten wissenschaftlich-technologisch gegenüber dem Westen starken Nachholbedarf, der mit dem Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zum Teil einfacher zu befriedigen ist.

Menschliche Schwächen und Notlagen werden von den Geheimdiensten des Ostens immer wieder bedenkenlos ausgenützt, um Bundesbürger für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen. Der Betroffene wird oftmals unter dem Vorwand „man wolle ihm helfen“ angesprochen und dann in eine Mitarbeit verstrickt. Dabei wird die ursprüngliche Problemlage jedoch vom östlichen Geheimdienst nicht beseitigt, sondern vielmehr zur Sicherung der Abhängigkeit aufrechterhalten mit der Folge, daß sich die gesamte Konfliktsituation für den Betroffenen noch erheblich verschärft.

Als Beispiel dafür folgender Fall:

Der Fernmeldebeamte M. hatte für seine insgesamt 5-köpfige Familie ein verfügbares Einkommen von monatlich noch ca. 1.000,- DM, da er u.a. durch einen Hausbau stark verschuldet war.

Eines Tages meldete sich bei M. telefonisch ein ihm bis dahin unbekannter Mann, der sich über seine Schuldenlage informiert zeigte und ihm erklärte, er kenne Leute in Ost-Berlin, die in solcher Situation helfen könnten. M., der aufgrund seiner finanziellen Misere nach jedem Strohalm griff, erklärte sich zu einer Reise nach Ost-Berlin bereit. Dort traf er dann auf einen Mann, der sich schnell als Mitarbeiter des damaligen Ministe-

riums für Staatssicherheit zu erkennen gab und als Gegenleistung für finanzielle Zuwendungen Informationen aus dem dienstlichen Bereich des Fernmeldebeamten verlangte.

Bei einem der nachfolgenden Treffs erhielt M. von seinem Auftraggeber ein handelsübliches Diktiergerät mit Zusatzausrüstung. Dieses Gerät sollte M. an Telefonanschlüsse der Bundeswehr, zu denen er aufgrund seiner dienstlichen Tätigkeit Zugang hatte, anbringen. Die auf diese Art mitgeschnittenen Gespräche überbrachte M. dann jeweils nach Ost-Berlin.

Als M. nach etwa 3-jähriger Tätigkeit für das damalige Ministerium für Staatssicherheit verhaftet wurde, hatte er von seinem Führungsoffizier Gelder in Höhe von ca. 20.000,- DM erhalten – ein wahrhaft lächerlicher Betrag als Preis für einen privaten und beruflichen Ruin.

M. wurde 1989 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu 1 Jahr und 11 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Offene Grenzen und verstärkte Handelsbeziehungen bringen die Menschen aus Ost und West einander näher. Daß dies im Ostblock noch immer nicht gefahrlos abläuft, zeigen folgende Fälle:

- a. In Siofok/Ungarn standen zwei braungebrannte Männer an einer Bar und suchten Kontakt zu Westtouristen. Daß sie dies im Auftrage des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR machten, ahnten die späteren Gesprächspartner, zwei Bundesbürger, nicht. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte die jungen Leute aus der DDR mit Reisegeld versorgt und sie mit dem Auftrag nach Ungarn geschickt, dort Bundesbürger als Urlauber zu kontaktieren, die in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind. Die beiden DDR-Bürger konnten nach Rückkehr in die Heimatorte ihrem Führungsoffizier Personalien und Lebensumstände der Bundesbürger mitteilen.
- b. Mehr und mehr suchen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland Partnerschaften mit Städten im Ostblock. Kontakte dieser Art sollen das gegenseitige Verständnis und Vertrauen fördern. Einen Vertrauensbruch eklatanter Art entstand, als Delegationsreisende aus der Bundesrepublik in Rumänien feststellen mußten, daß ihre Unterkunft mit Abhöreinrichtungen vollgepfropft war. Dabei hatten sich die Installateure keine große Mühe gemacht. Die Einrichtungen waren unschwer auch für den Laien zu erkennen. Der rumänische Geheimdienst hatte es nicht nur bei der Installation von Abhöreinrichtungen belassen. Auch die Dolmetscherin, die den Dialog zwischen Rumänen und Deutschen hilfreich begleiten sollte, hatte Berichtspflichten in Form von Persönlichkeitsbeschreibungen der Delegationsmitglieder bei ihrem Führungsoffizier. Dieser wiederum war als Mitarbeiter des rumänischen Instituts für kulturelle Beziehungen getarnt.
- c. Im Rahmen seines Referendariats verbrachte ein künftiger Jurist einen Kurzaufenthalt in Polen und bekam über diesen Aufenthalt Kontakte zu amtlichen und halbamtlichen Stellen. Im Rahmen einer Dienstreise und eines damit verbundenen Aufenthaltes in einem Hotel wurden ihm von der Rezeptionsangestellten eindeutige Damenangebote gemacht. Der angehende Jurist

wußte aber, daß der polnische Geheimdienst ständig auf der Suche nach für Bundesbürger kompromittierenden Situationen war. Damit wird der Ansatzpunkt für eine nachrichtendienstliche Ansprache geschaffen.

- d. Daß auch Pilgerreisen z. B. nach Czenstochau/Polen sehr oft die Begleitung des polnischen Geheimdienstes erfuhren, verdeutlichte die Erkenntnis, daß sich in dem dortigen Hotel „Patria“ in jedem Endzimmer eines Flures Abhöreinrichtungen befanden, die ständig von Mitarbeitern des dortigen Geheimdienstes in den Räumlichkeiten der Rezeption bedient wurden. Während des starken Touristenzustromes wurde natürlich auch die Bedienungsmannschaft verstärkt.
- e. Seeleute in der ganzen Welt treffen sich häufig während ihrer Reisen in Seemannsheimen, knüpfen Kontakte und pflegen dort Freundschaften. So ist es nur natürlich, wenn ein Seemann den anderen bittet, anlässlich der nächsten Reise ihm doch diese oder jene Kleinigkeit aus dem Westen mitzubringen. Daß solche Mitbringsel häufig gegen die Zollbestimmungen des Gastlandes verstoßen können, mußte ein Hamburger Seemann im Seemannsheim Archangelsk/UdSSR erfahren. Er hatte einem Seemannskollegen etwas aus dem Westen mitgebracht und diesem übergeben. Schon nach kurzer Zeit stellten sich KGB-Mitarbeiter bei dem Hamburger ein und erklärten ihm, daß man über den Zollverstoß hinwegsehen könnte, wenn er bereit sei, künftig Informationen zu liefern. Ihm drohe sonst ein Strafverfahren, außerdem müßte man sein Verhalten seiner

Reederei im Heimatland melden, um ihn auch disziplinarisch bestrafen zu lassen.

- f. Ein bemerkenswerter Fall einer sogenannten „Briefanbahnung“ durch einen sowjetischen geheimen Nachrichtendienst ereignete sich im Sommer 1989.

Der Student Werner K. hielt sich besuchsweise bei seinen Eltern in Niedersachsen auf. Eines Morgens erschien ein unbekannter Mann und händigte ein für K. bestimmtes Päckchen aus. K. wußte mit dem Inhalt des Päckchens, einem Bild in einem Holzrahmen mit einem religiösen Motiv, zunächst nichts anzufangen. Erst einige Wochen später untersuchte er das Bild genauer und entdeckte, daß die Rückwand eine versteckte Nachricht enthielt. Diese bestand aus einem in russischer Sprache verfaßten Brief und fünf exakt in der dreieckigen Form des Bildes gefalteten 100,- DM-Scheinen.

Werner K., der in den 60er Jahren zusammen mit seinen Eltern aus der UdSSR in die Bundesrepublik ausgesiedelt war, beherrscht die russische Sprache perfekt. Der Briefschreiber bezeichnete sich als Freund aus Kinderjahren in der UdSSR. Ohne Umschweife bot er Werner K. die Aufnahme „geschäftlicher Beziehungen gegen Bezahlung“ an und forderte ihn zu einem Treffen an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit im Bahnhof Friedrichstraße (Ost-Berlin) auf.

Werner K., der sich nicht an den „Jugendfreund“ erinnern konnte, aber als ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr über die Praktiken öst-

licher Geheimdienste unterrichtet war, tat das einzig Richtige und wandte sich an die zuständigen Abwehrbehörden.

- g. Militärspionage hat nach wie vor große Bedeutung. So lauten einhellig die Prognosen der Sicherheitsexperten. Beispielhaft steht dafür folgender Fall:

Ein Ehepaar aus der Bundesrepublik Deutschland besuchte Verwandte in der DDR. Als man beim Kaffee zusammensaß, läutete ein Mann an der Haustür, der in gebrochenem Deutsch vorgab, für eine sowjetische Zeitung über das deutsch-deutsche Verhältnis zu berichten. Er erkundigte sich, nachdem man ihn eingelassen hatte, nach den Berufen, Verdienstmöglichkeiten und Lebensläufen. Man versprach sich gegenseitig, beim erneuten Besuch in der DDR wiederum in Kontakt zu treten; einige kleine Geschenke wurden avisiert. Die Besuche in der DDR häuften sich, die Besuchsabläufe allerdings veränderten sich. Man traf sich nicht mehr bei den Verwandten, sondern im entfernten Ost-Berlin. Dort wurde eine spärlich eingerichtete Wohnung zum Kommunikationsort. Die Bundesbürger erkannten, daß es dem Gesprächspartner weniger um Journalistisches, als vielmehr um Militärisches-Nachrichtendienstliches ging. Er wußte, daß seine Gesprächspartner im Bundesbereich in der Nähe eines großen Truppenübungsplatzes wohnten und interessierte sich für Militärbewegungen dort. Bei dem vermeintlichen Journalisten handelte es sich um einen Angehörigen des Nachrichtendirektorates der sowjeti-

schen Truppen in der DDR, einem Teil des militärischen Nachrichtendienstes der UdSSR. Dieser Nachrichtendienst, genannt „RU“, hat taktische Aufklärungsaufgaben.

Als Beleg für die nachrichtendienstliche Aufgabenstellung der Geheimdienste der UdSSR (KGB und GRU) mag die im Rahmen von „Glasnost“ und „Perestroika“, d.h. Offenheit und Umgestaltung, veröffentlichte KGB-Erfolgsbilanz dienen. So berichtete die Zeitung „Moskauer Komso molze“ im September 1989 von durch das KGB angeworbenen Agenten ausländischer Herkunft:

1986	600 Personen
1987	720 Personen
1988	900 Personen
1989	bisher 800 Personen.

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz mit ihrer Spionageabwehr ist keine Polizeibehörde. Sie ist nicht verpflichtet, einen Agenten, der sich ihr umfassend offenbart hat, den Strafverfolgungsbehörden zu überstellen.

Schon mancher in Spionage verstrickte Bürger hat durch ein vertrauliches Gespräch mit der Spionageabwehr Erleichterung und Hilfe gefunden. Jeder von einer nachrichtendienstlichen Ansprache eines Geheimdienstes der Warschauer-Pakt-Staaten betroffene Bürger sollte sich daher vertrauensvoll wenden an:

**Niedersächsisches  
Innenministerium  
Postfach 44 20  
3000 Hannover  
oder Tel. (0511) 31 14 19.**

Wie die vorstehenden Ausführungen zum Extremismus, Terrorismus und zur Spionage gezeigt haben, ist unsere Gesellschaft vielfältigen Gefahren ausgesetzt:

- Die auf Westaufklärung ausgerichteten Organisationseinheiten der östlichen Nachrichtendienste waren bis Ende 1989 weiterhin funktionsfähig und entfalteten ihre Aktivitäten auch während der ersten Monate des Jahres 1990.
- Terroristische Aktivitäten dauern an.
- Ungeachtet des faktischen Zusammenbruchs der bisher von der SED gesteuerten DKP entfalten sie und andere links- und rechtsextremistische Organisationen Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik von innen her, d.h. auch durch Unterwanderung ihrer Institutionen, in ihrem politischen Sinne zu destabilisieren.

Der demokratische Staat muß daher Schutzvorkehrungen treffen und dabei insbesondere Vorsorge treffen, daß in seinen Institutionen oder den von ihm zur Erfüllung wichtiger öffentlicher Aufgaben eingeschalteten Wirtschaftsbetrieben keine Personen beschäftigt werden, die ihre beruflichen Kenntnisse nachrichtendienstlich oder für ihre politisch-extremistischen Zielvorstellungen mißbrauchen können.

Zu den notwendigen Maßnahmen zählen einmal technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen, zum anderen personelle Sicherheitsmaßnahmen, d.h. die durch Rechts-

und Verwaltungsvorschriften geregelte Überprüfung von Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig werden sollen. An beiden wirkt auch die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde nach § 3 Abs. 2 NVerfSchG mit.

In der pluralistisch ausgestalteten freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung genießen individuelle Freiheitsrechte prinzipiell Vorrang vor den ebenfalls angemessen zu berücksichtigenden Allgemeininteressen.

An diesen Prinzipien hat sich die Niedersächsische Landesregierung bei ihrem Beschluß vom 24.10.1989 orientiert, mit dem novellierte Sicherheitsrichtlinien in Kraft gesetzt worden sind.

Die neugefaßten „Niedersächsischen Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimtutzes“ (NSiR) sind weitgehend an die entsprechende Regelung des Bundes aus dem Jahre 1988 angelehnt. Sie berücksichtigen nicht nur Erkenntnisse aus Spionagefällen der letzten Jahre, sondern verbessern deutlich die Rechtsstellung des von einer Sicherheitsüberprüfung Betroffenen. Nach dem Grundsatz „Qualität statt Quantität“ sind ferner die Anzahl der Sicherheitsüberprüfungen reduziert und die ggf. als „Sicherheitsrisiko“ zu bewertenden Sachverhalte präzisiert worden.

Darüber hinaus hat die Niedersächsische Landesregierung der veränderten politischen Situation in den Ländern des bisher so genannten „kommunistischen Machtbereichs“ und insbe-

sondere in der DDR dadurch Rechnung getragen, daß mit Beschluß vom 19.12.1989 eine neue „Vorläufige Regelung über Reisen von Landesbediensteten in und durch den kommunistischen Machtbereich“ getroffen wurde. Die bis dahin restriktive Reiseregulung für Geheimnisträger wurde wesentlich liberalisiert.

## Verfassungsschutz durch Aufklärung

Der gesetzliche Auftrag und die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sind in den letzten Jahren zunehmend in die öffentliche Diskussion geraten. Eine sachliche Auseinandersetzung über diese Themen ist in einem demokratischen Rechtsstaat legitim und sogar erwünscht. Der Verfassungsschutz muß sich, wie jede andere Behörde auch, sachlicher Kritik stellen. Soweit Geheimhaltung nicht zwingend geboten ist, sollte die Arbeit des Verfassungsschutzes so transparent wie möglich gemacht werden. Allerdings hat auch eine zunehmende, zum Teil gezielt und systematisch betriebene Polemik manche Bürger, gerade auch solche der jüngeren Generation, verunsichert. Hier fehlt es häufig an den notwendigen Informationen, um sachliche Kritik von irreführender Agitation unterscheiden zu können. Auch die konkreten geschichtlichen Erfahrungen aus der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Diktatur und den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch von 1945, die zum Prinzip der wehrhaften Demokratie im Grundgesetz und damit auch zur Einführung des Verfassungsschutzes geführt haben, sind der jüngeren Generation inzwischen weitgehend unbekannt.

Dies ist nach den Erkenntnissen soziologischer Untersuchungen einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die demokratiefeindlichen Weltbilder links- und rechtsextremistischer Ideologien gerade auf junge Menschen Anziehungskraft haben.

Aus diesen Gründen hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder schon vor einigen Jahren beschlossen, die Bemühungen um entsprechende Unterrichtung der Öffentlichkeit (Verfassungsschutz durch

Aufklärung) zu verstärken und dafür eigene Organisationseinheiten bei den Verfassungsschutzbehörden zu errichten. In Niedersachsen ist von jeher großes Gewicht auf die Erfüllung dieser Aufgabe gelegt worden. Auch im Berichtszeitraum haben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in zahlreichen Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Seminaren einige tausend Zuhörer über Notwendigkeit, gesetzlichen Auftrag und Arbeit des Verfassungsschutzes sowie über die Ideologien und die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen des Rechts- und Linksextremismus informiert. Im Vordergrund stand dabei das Bestreben, junge Menschen (in Schulen, Ausbildungsstätten und Einrichtungen für staatsbürgerliche Bildung) und wichtige Multiplikatoren (u. a. Auszubildende und Führungskräfte) zu erreichen.

Auch dieser Jahresbericht ist ein Stück Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfahrung der Weimarer Republik lehrt, daß Feinde der Demokratie die auch ihnen gewährte Freiheit und Toleranz dazu mißbrauchen, ein System der Unfreiheit und Intoleranz zu errichten. Darüber gilt es aufzuklären. Intoleranz ist von einer freiheitlichen Demokratie nicht hinzunehmen.

*„In der Tat, hier hat die Toleranz ihre Grenzen. Wenn wir der Intoleranz den Rechtsanspruch zugestehen, toleriert zu werden, dann zerstören wir die Toleranz und den Rechtsstaat. Das war das Schicksal der Weimarer Republik.“ (Karl POPPER: Duldsamkeit und intellektuelle Verantwortlichkeit, in: Auf der Suche nach einer besseren Welt, München 1984, S. 250)*



*Teil der Öffentlichkeitsarbeit  
 des niedersächsischen Verfas-  
 sungsschutzes:  
 Ausstellung zu Extremismus,  
 Terrorismus und Spionage*





Senden Sie mir bitte \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1989 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: \_\_\_\_\_).

Tel.: (       )

Senden Sie mir bitte \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1989 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: \_\_\_\_\_).

Tel.: (       )

Absender:

---

---

---

---



Niedersächsisches  
Innenministerium  
Postfach 44 20

3000 Hannover 1

Absender:

---

---

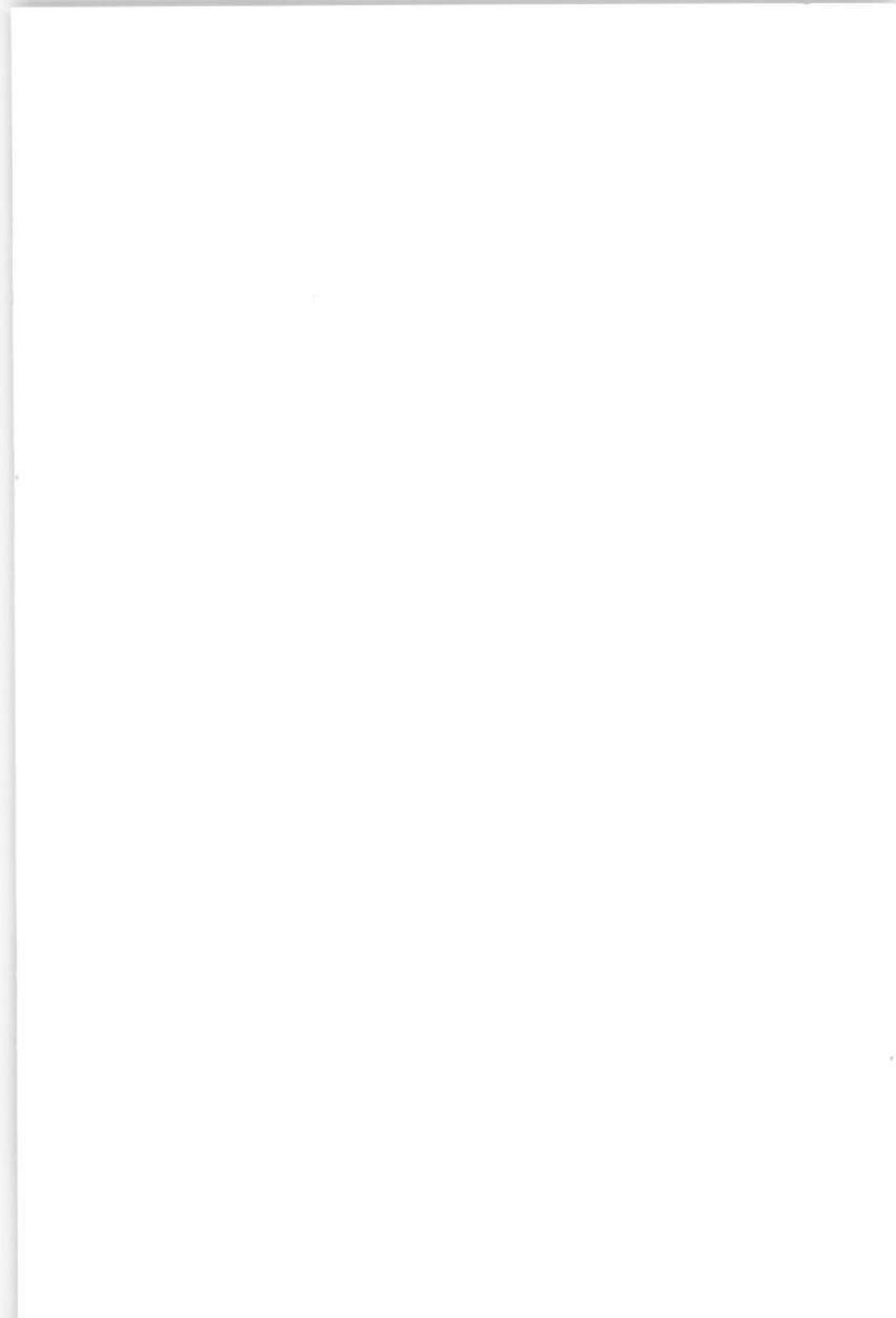
---

---



Niedersächsisches  
Innenministerium  
Postfach 44 20

3000 Hannover 1



- **Linksextremismus**
- **Rechtsextremismus**
- **Ausländerextremismus**
- **Spionage**